

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



11. Juni 1988
Jg. 9 Nr. 12

G 7756 D

Preis:
2,50



Parteienlandschaft: Das soziale Dilemma der Grünen und die Zukunftsaussichten der FDP
Seite 5



Reagan in Moskau: Was ist mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in fremde Staaten?
Seite 10



Südafrika/Azania: Farmerbeitergewerkschaft der NACTU in heftigen Auseinandersetzungen gegen Entlassungen von Farmarbeitern
Seite 15

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/21 1658.
Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 4

Parteien: Das soziale Dilemma der Grünen und die Zukunftsaussichten der FDP 5

Bertelsmann: Auch Fernsehfußball jetzt konzernabhängig 7

Asylpolitik: Zentrale Abschiebungen werden eingeführt 7

„Fall Nachmann“: Neuer Stoff für subtile antisemitische Kampagnen 8
Pressberichte 9

Reagan in Moskau: Was ist mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in fremde Staaten? 10
Menschenrechte und Religionsfreiheit gegen Glasnost und Perestrojka 11

Auslandsberichterstattung

Eritrea und Tigray: Große Erfolge der Befreiungskräfte 12

USA: Keine Anklage wegen des Move-Massakers 14

Chile: Überausbeutung am Beispiel der Saisonarbeiterinnen . . . 14

Südafrika/Azania: Kampf gegen das Todesurteil gegen W. Ntobela 15

Azania: Farmerbeitergewerkschaft der NACTU: Aktionen gegen Entlassungen 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Ketzerbriefe Nr. 10 18
Multis als Förderer azanischer Gewerkschaften? 18
Gewerkschaft der Polizei und Arbeitskämpfe 18
Metallkapitalisten Köln und Krankheit 19

Niedersachsen: CDU-Hasselmann macht scharf – DKP politisch bekämpfen 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

VW AG: Der Haustarif soll weg. Lohnsenkung und Intensivierung . 22

Anzeige

Schluß mit der Zusammenarbeit westdeutscher und türkischer Geheimdienste!

Stoppt die Aktivitäten der MIT in der BRD!

Schluß mit der Verfolgung türkischer und kurdischer Organisationen!



Herausgegeben von: Bund Westdeutscher Kommunisten, Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD (Feyka Kurdistan); Freie Arbeiterunion/Rätekommunisten; Freunde des kurdischen Volkes Hamburg; Heviya Gel; Kivileim; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Die Broschüre wird weiter unterstützt von: AKSA; Antiimperialisten Köln; Arbeitskreis Kurdistan München; Bunte Hilfe Darmstadt; Freunde des kurdischen Volkes Gießen; TKP/B.

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260 226, 5000 Köln 1; Preis: 1,00 DM

Ergebnisse der gemeinsamen Verhandlungskommission von BWK und VSP

Herausgeber:

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/21 64 42
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/73 03 65
Zu beziehen über beide Organisationen Preis: 2,00 DM

Christdemokraten: „Sicherheitsunion und Ostexpansion

Verwirklichung des EG-Binnenmarktes, Aufbau einer „Europäischen Sicherheitsunion“ und stärkere Versuche, die Staaten des RGW zu spalten und unter EG-Einfluß zu bringen – diese Ziele bekräftigten am 15. Mai die Vorsitzenden der in der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) zusammengeschlossenen Christdemokraten der EG. Nach Abschluß der Konferenz in Bonn legte EVP-Vorsitzender J. Santer eine Erklärung vor, in der es u.a. heißt: „Im Blick auf die Errichtung einer Europäischen Union muß auch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik entwickelt werden.“ Dies müsse „unter Einbeziehung der Instrumente und der Erfahrungen der Westeuropäischen Union (WEU), der Eurogroup und sonstiger Formen europäischer Verteidigungszusammenarbeit“ und „im Rahmen der Atlantischen Allianz“ geschehen. Parallel zum Aufbau dieser waffenstarrten „Gemeinschaft“ wollen die Christdemokraten den RGW zu spalten und seine Mitgliedsstaaten einzeln zu isolieren versuchen, um sie leichter unterwerfen zu können. Die EVP begrüßt „die bevorstehende Aufnahme

von Beziehungen zwischen EG und RGW“ und schlägt vor: „Besondere Aufmerksamkeit sollte der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und gleichermaßen auch der kulturellen Bindungen mit den Nachbarvölkern Mitteleuropas geschenkt werden.“ – (rül)

Gemeinsame Tätigkeiten gegen den „EG-Gipfel“ in Hannover

Gegen das am 27./28.06 in Hannover unter BRD-Vorsitz stattfindende „EG-Gipfeltreffen“ und das von EG-Kommission, Bundesregierung, CDU/FDP-Landesregierung und der Stadt Hannover veranstaltete „Fest der Europäer“ (24.-28.06) hat sich Ende Mai ein Aktionsbündnis gebildet. Unter den Losungen „Gegen den BRD-Imperialismus“, „Gegen die EG – Gegen das Europa der Konzerne“, „Unterstützt die Arbeiterbewegung im Kampf um ihre sozialen und politischen Rechte“, „Unterstützt die Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus“ und mit einer Kritik am „gemeinsamen Binnenmarkt“ und an der „imperialistischen und neokolonialistischen Politik der EG“ haben BWK, Freunde des kurdischen Volkes, Initiative Internationale Solidarität, VSP und Volksfront ein Flugblatt

veröffentlicht und rufen zu Veranstaltungen, Ständen und einer Kundgebung auf. Die MLPD hatte sich an den Beratungen beteiligt, das Flugblatt mit geprägt und dann auch unterzeichnet, zog aber kurz vor Drucklegung ihre Unterstützung mit der Begründung, die von ihnen gesehene „Initiative der Arbeiter Europas“ werde nicht betont, zurück. Eine erhebliche Differenz lag auch in der Bewertung der „nationalen Befreiung“. Die Marxistische Gruppe (MG) verließ die Beratungen, da sie „nationale und antikommunistische Bewegungen wie in Nordirland, im Baskenland und in Kurdistan nicht unterstützen werde“. MG und MLPD werden eigene Veranstaltungen gegen den „EG-Gipfel“ durchführen. Im Bündnis tätige Kräfte werden u.a. Veranstaltungen zur „Politik der Faschisten im EG-Parlament“, zur „EG-Nahostpolitik“ und eine Podiumsdiskussion „Gegen die EG und den BRD-Imperialismus – Unterstützt die bewaffneten Befreiungskämpfe“ durchführen. Vertreter von Sinn Fein, Herri Batasuna, Feyka Kurdistan und dem PAC sind dazu eingeladen. – (gec)

„Das war Mord und kein Betriebsunfall“

Frankfurt. Das war ein Zuruf eines türkischen Kumpels am Rande der TV-Berichte über die Rettungsaktionen nach der Kohlestaubexplosion in der nordhessischen Grube Stolzenbach. Er durchbrach die Nachrichtensperre, die in Form von „Exklusiv-Rechten“ einer Illustrierten an Live-Interviews verhängt worden war.

Der Braunkohleabbau dient der Beheizung des Kraftwerks Borken. Die Betreiberin, Preußen-Elektra, will die Grube bis 1993 stillgelegt haben. Die mittlerweile von 2000 auf 800 reduzierte Belegschaft arbeitet in einem „nackten Überlebensakkord“ und ist dabei herumhängenden Elektrokabeln und zentimeterdickem aufwirbelndem Kohlestaub ausgesetzt. So ein Gewerkschafter, der vor wenigen Wochen im Bergwerk war. Auch ist es in den letzten Monaten häufig zu Gasaustritten aufgrund moderigen Stützholzes und zu Wassereinbrüchen gekommen. Das „gnädige Wunder“ (Innenminister Milde), die Rettung von sechs Überlebenden drei Tage nach der Explosion, konnte schließlich stattfinden, nachdem das Team des Hessischen Rundfunks den Rettungsmannschaften anbot, das Stetoskop, mit dem die Experten in 2 km Tiefe nach Klopfergeräuschen abhorchten, gegen ein Richtmikrofon einzutauschen. Ministerpräsident Wallmann wies jeden „Verdacht“ zurück, den bis dahin niemand geäußert hatte. Es sei mit „außergewöhnlicher Präzision“ vorgegangen worden, weshalb auch die „glückliche Rettung“ möglich ge-

worden sei. *Danach* erst wurden Berichte laut, wonach bereits kurze Zeit nach der Explosion die Gruppe der Sechs über Funk ihre genaue Position angegeben hatte, dann aber aufgefordert wurde, den Funkverkehr einzustellen, damit die mögliche Funkverbindung zu anderen Überlebenden nicht gestört werden würde.

Das Handelsblatt schreibt zu dem Unglück mit der Überschrift „Das Restrisiko“: „... Dennoch ist dieses Risiko unerträglich hoch, und offensichtlich gibt es im Bergbau keine Sicherheitstechniken, es auszuschließen. Und das unterscheidet die Kohle trotz Tschernobyl von der Kernenergie: Hier bestimmt der Mensch und nicht die Natur den Sicherheitsstandard ...“ Überflüssig zu erwähnen, daß der Bau eines Kernkraftwerks auf dem Grubengelände seit langem geplant ist. (Quellen: Berichterstattung ARD, ZDF, HR; FR vom 6.6.88, HB vom 3.6.88 – jst)

CDU, CSU und SPD bei den Nachwuchsvertriebenen

200 Leute beteiligten sich am fünften Kongreß des Bundes der Vertriebenen (BdV) „Junge Generation“. Dazu zählt der BdV die Mitglieder, die jünger als 36 Jahre sind. 200000 Mitglieder dieser Altersgruppe gibt der BdV an, 0,1 Prozent davon kamen. Der BdV holt sich seinen Nachwuchs inzwischen vermehrt unter Jugendlichen, die erst in den letzten Jahren als „deutsche“ Aussiedler aus Polen, der UdSSR und der DDR in die BRD gekommen sind. Die Veranstaltung fand rege Unterstützung von führenden Politikern aus CDU, CSU und auch der SPD. Die Bundesministerin für „Innerdeutsches“, Wilms, trat dafür ein, daß sich die Nachwuchsvertriebenen verstärkt um die angeblich drei bis vier Millionen „Deutschen“ in Osteuropa kümmern sollen. Wer sich als Vertriebenennachwuchs fühlt, soll für Volksgruppenrechte und Selbstbestimmungsrecht in den RGW-Staaten kämpfen. Der frontstadterfahrende SPD-Politiker Klaus Schütz, ehemals Regierender Bürgermeister von Westberlin, referierte, daß zwar ein Volk und eine Nation, aber kein Staat ohne Symbole auskommen könne. Er nahm als Referent teil und drückte so seine Unterstützung für das Anliegen der Veranstaltung aus. CDU-Dregger leitete die Arbeitsgruppe „Brauchen wir nationale Symbole“, von der CSU sprach der bayerische Kultusminister Zehetmair über „Deutschland in der Schule“. Das Eintreten für „Wiedervereinigung“ und „Volksgruppenrechte“ werden die Schwerpunkte der „jungen Generation“ im Bund der Vertriebenen sein. Zuschüsse aus den entsprechenden Förderplänen von Bund und Ländern sind diesen Jugendlichen dafür sicher. – (uld)

Hochschule: Demonstrationen der Fachhochschüler 22

Kieler Woche: Bourgeoisie beharrt auf ihrem Besitzanspruch 23

Kurdistan-Demonstration: Gegen die Angriffe der Bundesanwaltschaft 23

ABB-Massenentlassungen: Späth propagiert Konzernstrukturpolitik, der Oberbürgermeister ist hilflos . 24

Wackersdorf: 800000 Einwendungen – „Aus für WAA“? 25

Coburger Convent: 300 Antifaschisten gegen den CC 25

HDW AG: Unternehmenskonzept 1983 – Arbeiter und Angestellte bezahlen mit Lebensjahren 26

HDW und Südafrika: Der Betriebsrat wird erpreßt 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

NPD Landesparteitag Bayern: Die NPD ist ausgewichen – ein „großartiger Erfolg“? 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kärntner Slowenen: Unterdrückt in Österreich – unbekannt im Ausland 30

Triumph der Einfalt über kulturelle Vielfalt? 30

Ende des Ersten Weltkriegs 31

Partisanenkämpfe in Kärnten . . . 31

„Der Übermacht zum Trotz“ . . . 31

Panafrikanismus: Eine wichtige Kraft im Kampf gegen Kolonialismus 32

Spezialberichte

ÖTV-Gewerkschaftstag: Gegen Angriffe auf die rechtliche und materielle Situation der Beschäftigten muß sich die Gewerkschaft rüsten 34

Birgit Breuel: Polizeiknüppel statt „Versorgungsstaat“ 34

Antragsmaterial: Wunsch nach Zusammenschluß und Gegenwehr Möglichkeiten bis 1991, höhere Einkommen durchzusetzen 36

Späths Vorstellungen zur Dienstleistungsgesellschaft 37

Überarbeit, Lohnsenkungen, Teilzeiterplosion im Lehrerbereich – GEW operationsunfähig 38

Strategiediskussion der ÖTV . . . 39

Titelbild: Arbeit im Pflegeheim. Bild: mas, HH

– Aktuell in Bonn –

Bundesmarine bleibt im Mittelmeer

Auf der Frühjahrstagung der NATO erklärte Verteidigungsminister Scholz, daß die Bundesregierung über den gegenwärtigen Einsatz der Bundesmarine im Mittelmeer hinaus dort weiter mit Kriegsschiffen operieren wird. Mindestens drei Schiffe werden zu nächst bis Jahresende für die in diesem Monat zurückkehrenden entsandt, und alles läuft auf eine ständige Stationierung von BRD-Schiffen hinaus. Scholz: Zu den Streitkräftezielen gehört die Schaffung einer ständigen Einsatzgruppe der NATO im Mittelmeer, an der auch die Bundesmarine beteiligt sein soll.

Neue Sozialversicherungskarte: Allgemeininteresse? Flexi-Knute!

Ende Mai hat die Bundesregierung die Drohung der Koalitionsvereinbarung wahrgemacht und einen Gesetzentwurf über eine Plastik-Sozialversicherungskarte verabschiedet. Diese soll in einigen Branchen ständig mitgeführt und bei Bezug von Versicherungsleistungen oder Sozialhilfe hinterlegt werden. Blüm erklärt, damit solle „illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Mißbrauch von Sozialleistungen“ bekämpft werden. – Mit ihrem „Kampf gegen Schwarzarbeit“ will die Regierung den Druck aus Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen so stark machen, daß sich Betroffene schlimmsten Arbeitsverhältnissen nicht mehr widersetzen können.

Betriebsverfassungsgesetz: CDU/CSU und FDP einig

Am 1. Juni haben sich Vertreter der Koalitionsparteien auf Einzelheiten der Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz geeinigt. Bei Einführung neuer Techniken hat der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht. Leitende Angestellte (definiert als solche, die mindestens das Dreifache des Durchschnittseinkommens aller versicherungspflichtig Beschäftigten verdienen) erhalten eigene „Sprecherausschüsse“, „Minderheiten“ (gemeint sind CGB, DAG u.ä.) sollen gestärkt werden.

„Minderheitenschutz“ im öffentlichen Dienst

Zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes liegen gegensätzliche Gesetzentwürfe von CDU/CSU/FDP, SPD und Grünen vor. Am 16. Mai fand eine Anhörung statt. Die Reduzierung des prozentualen Quorums der Unterschriften, die für eine Kandidatur nötig sind, von 10 auf 5 Prozent ist nicht mehr strittig (wegen des Verfassungsgerichtsurteils von 1984). Die Wende-Parteien wollen

auch das absolute Quorum von 100 auf 50 Unterschriften senken, wie es u.a. die Spaltergewerkschaft CGB wünscht.

Zur „Schuldenkrise“ CDU/CSU/FDP-Antrag

Der federführende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat am 18. Mai den (um Teile einer SPD-Vorlage ergänzten) Antrag angenommen. Dort wird den abhängigen Ländern vorgehalten, sie müßten „strukturelle Verzerrungen und soziale Ungleichgewichte abbauen“, um damit „die Voraussetzungen für inländische Ersparnisbildung, produktive Investitionen, ausländische Direktinvestitionen und die Rückkehr von Fluchtkapital (zu) schaffen“. Aus-

auch über Sozialhilfe finanziert werden.

Gentechnologie wird weiter gefördert

Die Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ ist für weitere Förderung der Gentechnologie, der Wirtschaftsausschuß des Bundestags hat sich dem am 18. Mai angeschlossen. Ein Antrag der SPD und der Grünen, daß die verschiedenen problematischen Aspekte noch nicht ausreichend gewürdigt seien, wurde abgelehnt. Ausdrücklich nicht äußern wollte sich der Ausschuß zur Genomanalyse bei Einstellungen und Entlassungen.

Was kommt demnächst?

Am 8. Juni will das Bundeskabinett den Gesetzentwurf von Ministerin



Am 19.5. hat der Bundestag die Beratung eines KDV-Novellierungsgesetzes (BtDs. 11/1942) begonnen. Die Koalition will die bisherige Befristung des geltenden Gesetzes auf 1990 aufheben. Ihre Sprecher hoben die Ausweitung der Zivildienststellen auf über 90000 und die im Juni 1989 in Kraft tretende Zivildienst-Verlängerung auf 24 Monate hervor. Anträge der Grünen, das Prüfungsverfahren abzuschaffen und die „Militarisierung des Zivildienstes“ aufzuheben, wurden abgelehnt.

schußvorsitzender Uwe Holtz (SPD) will vor der IWF-Tagung zu einer gemeinsamen Empfehlung für den Bundestag kommen.

Gegen Kostenübernahme für Verhütungsmittel

Im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit wurde ein entsprechender Gesetzentwurf der Grünen (Drucksache 11/597) am 18. Mai von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die CDU/CSU meinte, ein „Anspruch auf Lustbefriedigung durch den Staat“ könne keinesfalls bestehen, sonst müsse der Staat gar noch bei Partnermangel „entsprechende Partner zur Verfügung“ stellen. Die Bundesregierung meinte, empfängnisverhütende Mittel könnten bei Bedürftigen

Süßmuth zum Beratungsgesetz beraten und dann dem Bundestag zuleiten. Am 12. Juni beginnt in Wiesbaden der CDU-Bundesparteitag. Er dauert bis 15. Juni. Am 15. Juni ist die abschließende Entscheidung des Bundeskabinetts über den Gesetzentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehen. Vom 19. bis 21. Juni findet in Toronto (Kanada) der nächste Weltwirtschaftsgipfel statt. Am 24. Juni wollen EG und RGW ein erstes Abkommen über gegenseitige Beziehungen unterzeichnen. Am 27./28. Juni berät der EG-Gipfel in Hannover über weitere Schritte zum „EG-Binnenmarkt“ bis 1992. Im Juli will die Koalition das Steuerreformpaket endgültig in Bundestag und Bundesrat verabschiedet haben. Vom 16. bis 19. Juli ist Bundesjugendtreffen des DGB in Köln.

Parteienlandschaft

Das soziale Dilemma der Grünen und die Aussichten der FDP

FDP stellt sich als bürgerliche Fortschrittspartei dar

Die Wahlergebnisse der letzten Monate deuten die Auflösung einer politischen Konstellation an, die lange bestanden hat und mit der Hoffnungen vieler Linker – Stichwort: Ende der Wende – verknüpft waren. Die SPD und die Grünen wollen eine „rot-grüne Koalition“ nicht, und die Rechtsparteien fürchten sie nicht mehr. Warum nicht mehr? Vielleicht, weil die Oppositionsparteien ihre Pläne zunehmend auf dem politischen und besonders sozialen Boden errichten, den die Wende geschaffen hat und dessen wesentlicher Bestandteil billigst verfügbare Arbeitskraft ist. Unter dem Begriff der Innovations-, zu deutsch Erneuerungspolitik schießt man kritische und reformerische Bestrebungen ins selbe Fach mit kapitalistischer Expansion und verschärfter Ausbeutung. Es soll sich ja in beiden Fällen etwas ändern, und das genügt der FDP, um sich als bürgerliche Fortschrittspartei zu präsentieren. Problem und Lösung im Originalton FDP:

„Der Staat darf nicht eingreifen, wenn Teile einer Branche ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren“, sagte Bangemann. Für die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik sei es unabdingbar, den industriellen Strukturwandel ‚nicht zu verlangsamen, sondern zu fördern‘. Technisch anspruchslöse Produkte seien in der Bundesrepublik nicht mehr zu international konkurrenzfähigen Preisen herzustellen, sagte Bangemann. Dies betreffe Teile des Schiffbaus, der Kohleförderung und der Stahlproduktion. ‚Die Unternehmen müssen sich dort, wo sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind, aus der Produktion zurückziehen‘, erklärte der FDP-Vorsitzende. ‚Wenn sie das tun, darf der Staat das nicht durch Subventionen verhindern.‘ Die Förderung des Strukturwandels, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten, höhere Mobilität der Arbeitnehmer und ein stärkeres Bewußtsein der Berufstätigen für ihre eigene Qualifikation seien unabdingbare Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ... Der Wirtschaftsminister kritisierte einen vielfach vorherrschenden Mangel an Mobilität der Arbeitnehmer. Sie erwarteten, daß ihnen der Staat oder die Wirtschaft dort, wo sie leben, auch einen Arbeitsplatz stellen.“(1)

Die Idee der völligen Hinordnung des Menschen auf die Nachfragestruktur des Arbeitsmarktes wird vom modernen Liberalismus mit religiöser Brunst entwickelt. Und gerade aus der

Perfektion der Unterordnung erwächst die Freiheit! Eine Kapitalgesellschaft, die eine Werft stilllegt, setzt Schiffsbauer frei. Von Arbeitslosenunterstützung abhängig, werden die Freigesetzten unfrei sein und an Ort und Stelle kleben. Erst die Beendigung der Unterstützung wird sie konkret frei machen, freizügig nach irgendwohin.

SPD kann Kritik am Kapitalismus vermeiden

Es ist schon sehr verständlich, daß solche, mit lustvollem Unterton vorgebrachte Brutalitäten die werktätigen Massen verängstigen. In den besonders betroffenen Gebieten hat die SPD Zulauf. Nun muß aber die SPD

die SPD sich im Konflikt mit CDU, CSU und FDP zeigen, ohne eine Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft führen zu müssen. Sie ist, wie der Fachausdruck heißt, politikfähig. Die Partei hat links ein offenes Ohr für die Sorgen und Befürchtungen der werktätigen Massen. Sie verspricht nur äußerst begrenzte Hilfe.

Grüne Politik und neuer Dienstleistungssektor

Angesichts der reaktionären Politik der Regierungskoalition, der Perversion des Liberalismus zum Sozialdarwinismus und der Entwicklung der SPD zu einer Art Sozialarbeitervereinigung verblüfft die Krise der Grü-

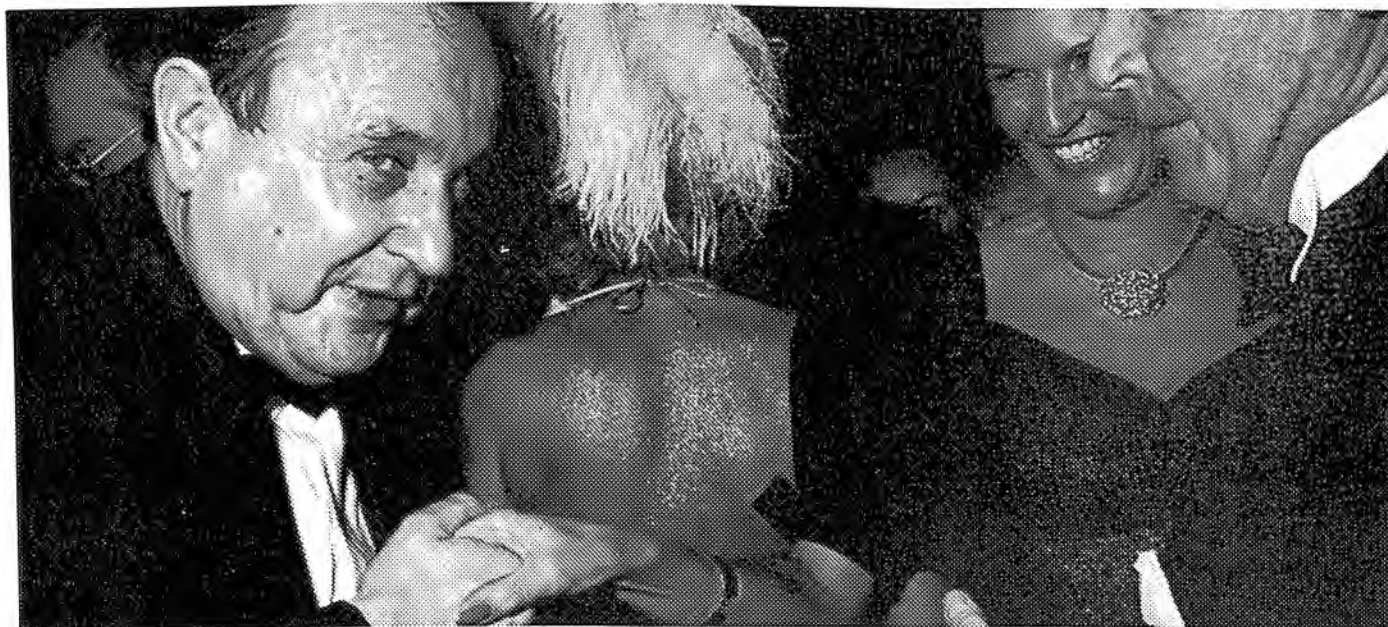


Aus „Naturstoffen stellt diese Werkstatt laut eigener Werbung ihre Kleidungsstücke her und wirbt damit in alternativen Zeitschriften. Nicht erwähnt werden Arbeiter, Löhne und Arbeitsbedingungen. Das Bild (der Werbebeilage entnommen) zeigt die Arbeiter: Asylbewerber aus Indien oder Südostasien. So was nimmt zu.

ihre Kritik an dieser Art Wirtschaftspolitik nicht geradeheraus gegen bürgerliche Klasseninteressen entwickeln. Für die großen Kapitalgesellschaften ist es ja beinahe eine Selbstverständlichkeit, daß der anstehende technologische Umbau der Wirtschaftsunternehmen in hohem Maße durch öffentliche Mittel finanziert werden muß. Die SPD bietet sich für einen solchen Transfer geradezu an. Ihre Bewerbungen um die Landesregierungen sind deswegen in Gebieten wie NRW, dem Saarland, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein nicht auf knallharten Widerstand gestoßen. Solange gesichert ist, daß die Mittel wesentlich in Investitionen fließen und die Kapitalakkumulation entlasten, stört man sich an ein paar Brocken für den Sozialbereich nicht allzusehr. So kann

nen. Nutznießer dieser Krise ist die FDP, die seit geraumer Zeit immer tiefer in die Anhängerschaft der Grünen eindringt. Diese politischen Veränderungen hängen zusammen mit sozialen Veränderungen, die der Umbau, die Modernisierung des BRD-Kapitalismus mit sich bringt und die, wenngleich es sich heute noch um Randerscheinungen handelt, dennoch die Entwicklung der politischen Perspektiven beeinflussen.

Die Grünen sind in der BRD entstanden zugleich mit der schubweisen Integration des alten, klassischen Mittelstandes in die moderne, große Industrie. Die Einordnung privat betriebenen Gewerbes in die große Industrie, die formelle Subsumtion unter das Kapital war ein auslösender Grund für die grüne Parteibildung. So



Mit „neuer Selbständigkeit“ auf dem Vormarsch: die FDP

löste sich die Studentenbewegung ab vom Liberalismus und suchte eine Ideologie und Politik, die zum Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals befähigt. Mit der in den letzten Jahrzehnten vorangetriebene Zusammenfassung von gesellschaftlicher Arbeit unterwarf sich das Monopolkapital eine große Zahl technisch-wissenschaftlich ausgebildeter Arbeitskräfte und zog sie in den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital. Inzwischen bildet sich aber neben diesem – immer noch fortschreitenden – Prozeß der Einordnung selbständigen Handwerks in die große Industrie eine zweite Tendenz heraus. Die großen Werke lagern einzelne Funktionen und Aufgaben aus und übergeben sie an kleine, quasi selbständige Unternehmen. Auch innerhalb der Unternehmen werden immer häufiger einzelne, oft kleine Abteilungen in den Status selbständiger Unternehmen gebracht. So lächerlich diese Art Selbständigkeit auch scheinen mag, sie ist höchst wirksam. Sie stellt die Leitungsfunktionäre nämlich in einen rechenhaften Gegensatz zu den anderen Beschäftigten einer solchen Abteilung, eines solchen Betriebes. Ein Leiter einer kleinen Abteilung bei Siemens z.B. mag mit den gewerkschaftlichen Interessen seiner Untergebenen sympathisieren. Man lagere die Funktion aus, bilde z.B. daraus ein kleines Software-Haus, so ändert sich was Erhebliches. Lohndrückerei wird hier zur Quelle von Einkommen. Die Herausbildung von solchen Unternehmen wirkt ideologiebildend, weit über die unmittelbaren Interessenten hinaus bietet sie der Lebensplanung Anhaltspunkte, macht Perspektiven fest. Im Wettstreit um Einfluß bei diesen neuen Selbständigen schlägt, wie es aussieht, die FDP die Grünen bis jetzt um lange Längen.

Die moderne kapitalistische Gesellschaft kommt ohne eine wuchernde Menge kleiner Unternehmungen nicht aus. Sie entstehen als Produkt der großen Industrie, von der sie allseitig abhängen, die ihnen die Produktionsmittel liefert, die Rohstoffe und die Kundschaft. Die Entwicklung des Gegensatzes zwischen diesen Kleinbetrieben und den großen Monopolen wird ein dauerhaftes und vielgestaltiges politisches Problem bleiben. Da auf den ersten Blick an der Ausnutzung billigster Arbeitskraft verdient wird, scheint eine Interessenidentität mit dem Monopolkapital zu bestehen. Für die grüne Partei, an deren Basis solche Unternehmungen eine wichtige Rolle spielen, taucht die Frage auf, wie man sich im Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu orientieren hätte.

Öffentliche Mittel rollen an

Das Ausmaß des Problems wird klar, wenn man sich vor Augen führt, daß nach dem Willen praktisch aller Parteien erhebliche Mittel von der öffentlichen Hand ausgehen werden, um die Entwicklung des sogenannten neuen Dienstleistungsgewerbes zu fördern. Die Investoren lassen sich nämlich die Kosten für den technischen Umbau der BRD-Wirtschaft und -Infrastruktur nicht aufbürden. Sie bersten zwar vor Geld, aber sie werden es nur anlegen, wo Profite zu erwarten sind. Es gibt aber eine Masse von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, von testweisen Produktionen usw., bei denen von vorneherein gewiß ist, daß Gewinnaussichten nicht bestehen. Die inzwischen überall anerkannten Anstöße für den Wohnungsbau, die die sog. Instandbesetzung erbrachte, hätten von Bauunternehmungen nicht erzielt werden können. Es waren –

zunächst – keinerlei Profitaussichten da. Im Zuge der Innovation gibt es eine Menge von Arbeiten, die getan werden müssen, ohne daß unmittelbare Profitaussichten bestehen. Für die nächsten Jahre sind große öffentliche Programme zu erwarten, werden zunehmend öffentliche Mittel bereitgestellt, die Existenzgründungen fördern. Die FDP z.B. fordert Programme zur Ablösung der Kernenergie (2), Programme zur Kulturförderung (3) u.a.m.

Die Aussicht auf solche Mittel hypnotisiert viele der akademisch gebildeten Werktätigen. Vom Kulturpark bis zum High-Tech-Center, es ist was los, es wird was geboten. Es läßt sich leben. Der reaktionäre Angriff auf Lohn- und Lebensstandard der werktätigen Massen, die billige Arbeitskraft tritt dabei als eine Art Starthilfe in Erscheinung.

Das dürfte eine objektive Grundlage für die Erfolge sein, die die FDP gegenüber den Grünen hat und zwar gerade in den Gegenden der BRD, wo ein solcher öffentlicher Geldsegen zu erwarten ist.

Die Grünen haben sich im Protest gegen das Monopolkapital gebildet. Die Existenznische, die die moderne kapitalistische Gesellschaft der werktätigen Intelligenz bietet, stellt die grüne Partei vor die Aufgabe, ihre Haltung zur Lohnarbeit zu klären. Die Linie, auf dem Hintergrund von brutaler Arbeitsteilung, Lohnunterschieden und Weisungsdiktatur ein emanzipiertes Dasein zu führen, liefert die Bewegung politisch der FDP aus und macht sie sozial zu einer besonders widerlichen Hilfsgruppe des Monopolkapitals, dazu berufen, die Notlage und Desorganisation arbeitender Menschen auszunutzen.

Gewerkschaftliche Orientierung!

Die Sache wird zur Entscheidung kommen in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, also ausgerechnet in jenem Sektor, der von grünorientierten Menschen mit Naserümpfen als besonders unpolitisch gebrandmarkt wird. Dort zeichnen sich Entwicklungen ab, die aussichtsreich sind. Forderungen gegen die Flexibilisierung und gegen die ungesicherten Arbeitsverhältnisse, Forderungen nach dem Recht auf Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Arbeit, Forderungen für ein Recht auf Reproduktion und Ausbildung des Arbeitsvermögens und gegen die Versuche, die sog. Qualifizierung zu einem disziplinarischen Mittel zu machen, kommen in immer mehr Einzelgewerkschaften auf. Im



Kampf um solche Forderungen kann die werktätige Intelligenz Farbe bekennen. Sie kann sich orientieren hin nach der Arbeit, an der sie teilnimmt, und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen eintreten, oder – ob selbständig oder nicht – als ausgelagerter Erfüllungsgehilfe monopolkapitalistischer Menschenverachtung das groteske Bild geschrumpfter Monopolbourgeois bieten. Die gewerkschaftliche Linke, deren Widerstand durch eine Hinwendung der akademischen Intelligenz zu Staat und Kapital bedeutend geschwächt wurde, muß die Auseinandersetzung mit der grünen Partei aufnehmen und versuchen, sie für die fortgeschrittenen Positionen in der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Es ist höchste Zeit. Die FDP z.B. hat ein entwickeltes Programm zwecks Zusammenfassung der „leitenden Angestellten“ und ihrer gesetzlichen Absonderung von den werktätigen Massen (4).

(1) fdk 88, 40, Bangemann zum Strukturwandel; (2) fdk 88, 78, FDP gründet Kommission für „Geschichte und Kultur“; (3) fdk 88, Sonderausgabe, Bundeshauptausschuß zur Energiepolitik; (4) fdk 88, 98, Haussmann zu leitenden Angestellten – (maf)

Bertelsmann

Auch Fernsehfußball jetzt konzernabhängig

Der Welt größter Medienkonzern hat über die Universum-Film AG (ufa) vom Deutschen Fußballbund (DFB) die Übertragungsrechte für die 1. und 2. Bundesliga für 135 Millionen DM für die nächsten drei Jahre gekauft. Der DFB-Liga-Ausschuß, die Vertretung der Profivereine im DFB, war einstimmig dafür. Der DFB-Vorstand stimmte dem Geschäft zu, nachdem zuvor vereinbart wurde, daß für eine Übergangszeit von einem Jahr der DFB direkt mit ARD und ZDF deren Übertragungsrechte aushandelt. Um den Erlös dieser Verkäufe an ARD und ZDF vermindert sich der von der ufa zu zahlende Preis.

Die Bundesliga-Übertragungen gehören zu den beliebtesten Sendungen in den bisherigen Programmen von ARD und ZDF. Die Idee, dieses Zuschauerinteresse dem werbefinanzierten Privatfernsehen nutzbar zu machen, ist weder neu noch überraschend. Schon beim letzten Vertragsabschluß über Pokal- und Nationalspiele zwischen DFB und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkgesellschaften waren Konkurrenzangebote im Gespräch.

Der Bertelsmann-Konzern ist in den letzten Jahren ähnlich wie Daimler und einige andere Konzerne in die Lage gekommen, mit steigenden Überschüssen auch ein bedeutendes Kapital flüssig zu bekommen. Spektakuläre Aufkäufe von ganzen Firmen Gruppen im Druck- und Verlagsbereich und in der Musikproduktion brachten diesen Konzern in die Schlagzeilen.

Andererseits steht der von Bertelsmann zusammen mit CLT (Radio Luxemburg), der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und kleineren Beteiligungen (u.a. von Burda) betriebene Versuch des zweiten Privatfernsehens eindeutig im Schatten von Sat 1. Während in den Haushalten, in denen der Empfang dieser Programme möglich ist, die Einschaltquoten von Sat 1 mit 21,5% der Zuschauer ZDF-Größenordnungen erreicht haben, liegt RTL plus mit geringer Zunahme bei 9,2%.

Die Verbreitung von Sat 1 wird maßgeblich auf den großen Programmanteil von Spielfilmen zurückgeführt. Dafür bietet die an Sat 1 beteiligte Kirch-Gruppe (Filmhandel und -produktionen) dem von Springer maßgeblich beeinflussten Fernsehen die Quelle. Um diesen Konkurrenzvorteil auszugleichen, scheinen die Bundesliga-Übertragungsrechte gerade das richtige und vor allem schnell wirkende Mittel. Die Kosten dieses Kon-

kurrenzkampfes sollen indessen andere bezahlen.

Ab der übernächsten Spielzeit werden ARD und ZDF gezwungen sein, bei dem Bertelsmann-Unternehmen Übertragungsrechte zu kaufen, um nicht die Abwanderung weiterer Zuschauer zu riskieren oder um dort, wo weder über Kabel- noch per Satellit verbreitete Programme zu empfangen sind, dem Versorgungsauftrag nachzukommen. Das scheint absehbar und wird zu einer weiteren Stärkung des Konzernfernsehens sogar mit direkter Unterstützung von Seiten ARD/ZDF führen.

Kritik wird laut, die dem DFB sogar die Gemeinnützigkeit bestreiten will. Diese Prügel treffen den falschen. Es ist doch bekannt, daß viele Vereine in Schulden bis über die Ohren stecken. Das spricht zumindest für höhere Einnahmennotwendigkeiten. Ob die Verteilung der Fernsehmillionen diesen Notwendigkeiten entspricht, ist wohl zu bezweifeln. Vielleicht findet hier die berufliche Organisation und Vertretung der Berufsspieler einen Ansatzpunkt. Schließlich wird nicht der Fußball verkauft, sondern sie tragen ihre Arbeitskraft zu Märkte. Diese wird nun in weitaus größerem Umfang für Werbezwecke ausgenutzt werden und somit erhöhter Beanspruchung unterliegen.

Wenn schon „Gemeinnützigkeit“ entzogen werden soll, dann sollte man vielleicht damit beginnen, den Medienkonzernen einmal die Rechnung dafür aufzumachen, was ein solches Rundfunknetz kostet, wie es die Bundespost durch Gebühren und öffentliche Mittel einschließlich der Kabel-Milliarden finanziert. Vielleicht kann auf diesem Wege der Strategie von Bertelsmann, Springer und anderen, das öffentlich-rechtliche Fernsehen zum teuersten Sparprogramm zu machen, begegnet werden. – (haj)

Asylpolitik

Zentrale Abschiebungen werden eingeführt

Wie bereits üblich über eine Initiative von Baden-Württemberg, dann aller Bundesländer, werden im Bundestag demnächst drei weitere Verschärfungen in der Asylpolitik beschlossen:

1) Die befristete Praxis des „beschleunigten Verfahrens“ für „offensichtlich unbegründete Asylanträge“ wird Dauerrecht. Als „offensichtlich unbegründet“ werden immerhin 35% aller Anträge betitelt und abgelehnt: „Den Asylbewerbern wird ... vor Augen geführt, daß sie nicht ... ein langfristiges Asylverfahren betreiben und damit einen jahrelangen Aufent-

halt in der BRD erreichen können.“ (1) Nach der Ablehnung ist die „sofortige Durchsetzbarkeit der Ausreisepflicht ... als im öffentlichen Interesse dringend geboten anzusehen ...“ (1) Eine solche Regelung stützt sich auch auf eine EG-Richtlinie vom April 1987.

(2) Das Einspruchsrecht gegen eine Ablehnung wird auf eine Woche verkürzt und sofern die Prozeßkostenhilfe (bei immerhin 500–2000 DM für ein Verfahren) abgelehnt wird, ist kein Widerspruch mehr möglich.

(3) Ermächtigung für alle Bundesländer, „aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei einer Behörde zu konzentrieren“. In Baden-Württemberg existiert die zentrale Abschiebestelle mit zentralem Abschiebeknast seit Herbst 1986 und die Landesregierung meldete stolz einen Anstieg der durchgeführten Abschiebungen über den Stuttgarter Flughafen: „Im ersten Halbjahr 1987 wurden mehr Abschiebungen durchgeführt, als im (ganzen) Jahr 1986.“ (2) Diese Regelung soll nun bundesweit durchgeführt werden. Für 1986 führt Baden-Württemberg diese Statistik: „Von den zur Ausreise verpflichteten 1917 Asylbewerbern seien lediglich 9,5% freiwillig ausgewiesen, und nur 4,2% abgeschoben worden. Untergetaucht ... seien 18%, bei 33% hätten die Ausländerbehörden von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abgesehen.“ (2) Der tödliche Inhalt des Gesetzes: „es könne auf Dauer nicht akzeptiert werden, daß der größte Teil der rechtskräftig abgewiesenen Asylbewerber in der Bundesrepublik verbleibe.“ (2) Die bislang in mehreren Städten erprobte Praxis, örtlich genügend Druck gegen eine drohende Abschiebung zu erzeugen, wird schwierig, wenn plötzlich sehr viele Fälle anliegen und die landesweit zentralisiert sind. Die in Baden-Württemberg konsequent durchgezogene Lagerhaltung für Flüchtlinge erleichtert die Abschiebungen. Wer wird überhaupt erfahren, wieviele nicht ins nächste Lager verlegt, sondern bereits abgeschoben sind? Die beiden letzten bundesweiten Treffen von Flüchtlings- und Immigranteneinitiativen haben sich mit diesem Problem beschäftigt und Strukturen diskutiert, Flüchtlinge vor Abschiebung zu schützen. Es gibt Aufrufe von Kirchengliederungen, Flüchtlinge zu verstecken. Wie sich das Kräfteverhältnis wirklich gestalten wird, wenn die Abschiebewelle ins Rollen gebracht wird, ist offen. Und es sollen viele dran sein: Die Anerkennungsquote für Flüchtlinge wurde von 15,9% im Jahr 1986 auf derzeit 9,4% gesenkt. (4)

(1) Bundestagsdrucksache 11/2302, Gesetzesbegründung; (2) Wochen dienst der baden-württembergischen Landesregierung, 5/88; (3) Wochen dienst 30/86; (4) Wochendienst 1/86 (bes)

„Fall Nachmann“

Neuer Stoff für subtile antisemitische Kampagnen

Am 17. Mai erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, daß es in den vergangenen Jahren zu finanziellen Unregelmäßigkeiten beim Zentralrat gekommen sei. Verantwortlich dafür soll Werner Nachmann gewesen sein, der bis zu seinem Tode im Januar 1988 Vorsitzender des Zentralrats war. Galinski hat eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung der Finanzen des Zentralrats beauftragt, ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

1980 waren nach Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Organisationen, die Ansprüche jüdischer Verfolgte gegen die Bundesrepublik vertreten, von der Bundesregierung 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Damals waren die Antragsfristen für Wiedergutmachungsansprüche abgelaufen. Mit den 400 Millionen wurden entsprechende Regelungen mehr als dürrig verlängert und die Vergabe auf „Härfälle“ beschränkt. Seit 1980 sind nach Anga-

tungen irgendeinen Beweis anzutreten. Ungewöhnlich ist, daß die Bundesregierung sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe die Vorgänge im Kabinett behandelte und eine längere Stellungnahme abgab. Kanzleramtsminister Schäuble schaltete sich persönlich unmittelbar ein und sprach mit Galinski.

Es scheint äußerst unglaubwürdig, daß das Finanzministerium acht Jahre lang die anfallenden Zinserträge einfach „vergessen“ hat, wie es mehrere Zeitungen behaupten. Andererseits steht für den Verfasser fest (u.a. weil das nämlich niemand behauptet), daß die beteiligten Organisationen insgesamt keine Kenntnis von den Vorgängen hatten. Umso unverfrorener ist es, wenn NATIONALZEITUNG (1) und Frankfurter Rundschau (3) nahelegen, daß es der Druck jüdischer Organisationen gewesen sei, der eine Prüfung der Finanzen durch die Behörden verhindert habe.

Da liegt es schon näher, daß die



ben der Regierung 130 000 Anträge gestellt wurden, von denen ca. 70 000 positiv mit bis zu 5 000 DM beschieden wurden.

Das Geld wurde dem Zentralrat der Juden insgesamt zur Verwaltung übergeben. Dem Finanzministerium wurden monatliche Abrechnungen überstellt, die nach Auskunft von Regierungssprecher Ost nicht zu beanstanden waren (11). Von den Zinserträgen dieser Gelder soll Nachmann zweistellige Millionenbeträge auf eigene Firmenkonten überwiesen haben. Die Medien überschlugen sich nach der Mitteilung Galinskis in Spekulationen, ohne für die verschiedenen, sich teilweise widersprechenden Behaup-

Regierung unter dem Vorwand der Wiedergutmachung Mittel und Wege suchte und fand, größere Geldbeträge unkontrolliert Zwecken zuzuführen, die öffentlich nicht zu rechtfertigen wären. Dafür spricht auch, daß Nachmanns Firmen trotz angeblicher Millionenstützung in Konkurs gegangen sind (9).

Es verwundert auch, daß z.B. der SPIEGEL den Tod Nachmanns als „gut getarnten Selbstmord“ kolpor tiert, wohingegen man sich, wenn man schon spekuliert, doch Gedanken darüber machen könnte, warum in letzter Zeit mehrfach in Skandale verwickelte Personen unter zumindest

Presseberichte zum „Fall Nachmann“

(1) „Die ... offenbar gewordenen Großbetrügereien in Höhe von vielleicht 40 Millionen Mark ... richten den Blick auf den gigantischen Wiedergutmachungskomplex. Kaum ein Normalbürger kennt die wahre Geschichte dieser ausufernden Reparationszahlungen, die am Ende 150 Milliarden Mark erreichen könnten. ... Daß es dazu kam, hat kein anderer als eben Dr. Goldmann zuwege gebracht. ... Der erste Bundeskanzler zeigte sich dem Chef der zionistischen und jüdischen Weltorganisation in keiner Weise gewachsen.“ (*Nationalzeitung*, 3.6., S.3 ff.)

(2) „Obwohl sich Nachmanns Gaunereien über viele Jahre hinziehen, konnten (bzw. durften) die zuständigen Finanzbehörden kein Haar in des Betrügers Geschäftssuppe finden ... Das stößt beim ‚Normalbürger‘, dessen Finanzgebahren von der Obrigkeit mit Argusaugen bewacht wird, auf Unverständnis und Empörung.“ (*Nationalzeitung*, a.a.O.)

(3) „Gab es und gibt es hochgestellte Persönlichkeiten, die ihre Hand schützend über Werner Nachmann hielten? Im Stuttgarter Kultusministerium ... ist ein mit den jüdischen Gemeinden in Baden befaßtes gewesener Beamte inzwischen begreiflicherweise wortkarg geworden. Gleichwohl sind Informationen nach draußen gedrungen, wonach von Sachbearbeitern dieses Ministeriums seit Jahren immer wieder gefordert worden sein soll, diese Gemeinden müßten sich endlich Satzungen zulegen, um auf diese Weise ... auch besser kontrollierbar zu sein – ohne Erfolg. ‚Eins auf den Deckel ge-

kriegt‘ zu haben soll die permanente Erfahrung gewesen sein, die hartnäckige ... Beamte machten und die sie ihren Partnern auf der jüdischen Seite auch nicht vorenthielten.“ (*Frankfurter Rundschau*, 20.5., S.3)

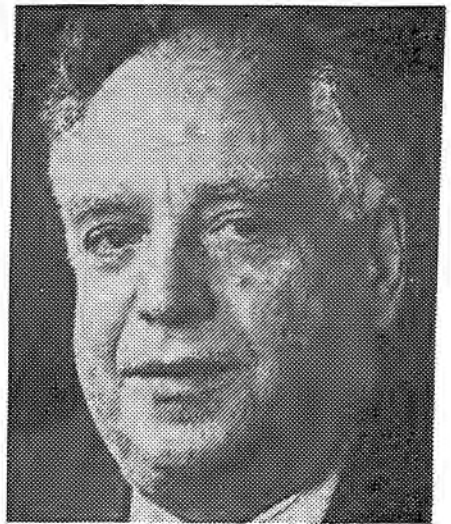
(4) „Grenzenloses Vertrauen scheinen auch das Bonner Finanzministerium und der Bundesrechnungshof in Frankfurt gehabt zu haben. Es wurde nie überprüft, was mit den anfallenden Zinsen aus dem 400-Millionen-Mark-Topf geschah.“ (*STERN*, 29.5., S. 245)

(5) „Als erster mußte mit diesem Verdacht Nachmanns langjähriger Anwalt Peter Paepcke leben. Obwohl aktives SPD-Mitglied und damit nicht gerade von Nachmanns politischer Couleur, allerdings von einer jüdischen Mutter stammend, hatte der distinguierte Paepcke oft ‚schwierigste Rechtsprobleme‘ mit Nachmann erörtert.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 27.5., S. 8)

(6) „Wie konnte das passieren, fragen viele entsetzt und führen die Heterogenität der (jüdischen, d.V.) Gemeinden an, deren Mitglieder oft sehr alt sind oder aus Ländern kommen, wo es demokratische Traditionen und Kontrollen nicht gibt – etwa aus Osteuropa oder Nordafrika.“ (*Frankfurter Rundschau*, a.a.O.)

(7) „In nachhinein muten auch unternehmerische Rückschläge Nachmanns seltsam an. Zweimal waren Betriebe Nachmanns durch Großfeuer zerstört worden, die Versicherungen müßten Millionen zahlen. Polizei und Brandsachverständige schlossen Brandstiftung nicht aus; doch Täter wurden nicht ermittelt, die Verfahren eingestellt.“ (*SPIEGEL*, 21/88, S.94)

(8) „Vertuscht wurde schon bei zwei mysteriösen Bränden in Nachmanns Textilverwertungsbetrieben. Die Versicherungen zahlten 1986 und 1987



Werner Nachmann

Millionen. Polizei und Brandsachverständige zogen Brandstiftung ins Kalkül. Täter konnten jedoch nicht ermittelt werden. (*Nationalzeitung*, a.a.O.)

(9) „Heute weiß man zwar ungefähr, woher das Geld kam ... Was aber offensichtlich niemand weiß: Wohin sind die Millionen gewandert? Immerhin sind Nachmanns Firmen und sein Privatvermögen total überschuldet. Und das könnte doch eigentlich nicht sein, sagt Rechtsanwalt Paepcke immer wieder ...“ (*Südd. Zeitung*, a.a.O.)

(10) „Nach bisherigem Ermittlungsstand bediente Nachmann (seine Firmen, d.V.) zwischen 1980 und 1987 mit insgesamt 22 Millionen DM. ... Da diese ‚Einnahmen‘ auch noch versteuert wurden, vermutet die Staatsanwaltschaft, daß Nachmann seine Boutiquen als Geldwaschanlage benutzte.“ (*STERN*, a.a.O.)

zweifelhaften Umständen gerade dann starben, wenn Aufklärung drohte.

Insgesamt paßt dieser „Fall“ vorzüglich in die langfristig betriebene Geschichtsfälschung unter dem Stichwort „Historikerdebatte“. Antisemitische Vorurteile sind nämlich geeignet, die Lügen von den Untaten und der selbstverschuldeten Verfolgung des Judentums mit Stoff zu füllen. Der Gleichklang von Frankfurter Rundschau und NATIONALZEITUNG erschüttert. Er zeigt, in welchem Umfang Journalisten einer nicht gerade reaktionären Zeitung dem Pogrom moderner Prägung erliegen.

Betrachten wir stellvertretend folgende Zitate:

„Wie konnte das passieren, fragen viele entsetzt und führen die Heterogenität der Gemeinden an, deren Mitglieder oft sehr alt sind, oder aus Ländern kommen, wo es demokratische Traditionen und Kontrollen nicht gibt

– etwa aus Osteuropa oder Nordafrika.“ (6)

Diese Juden ... Erstens sind sie alt! Also? Ja, zur Demokratie deshalb nicht fähig. Zweitens kommen sie auch noch aus dem Osten oder von den Negern aus Nordafrika, daher undemokratisch, Barbaren.

„Obwohl aktives SPD-Mitglied und damit nicht gerade von Nachmanns politischer Couleur, allerdings von einer jüdischen Mutter stammend, hatte der distinguierte Paepcke oft ‚schwierigste Rechtsprobleme‘ mit Nachmann erörtert.“ (5)

Warum vertritt denn ein Anwalt als SPD-Mitglied einen CDU-Mann? Ja! Es ist wegen der jüdischen Mutter. Denn „allerdings“ hat er eine jüdische Mutter.

Aus Anlaß eines noch nicht aufgeklärten Kriminalfalls wird über Leute – auch völlig Unbeteiligte – geschrieben und dabei ein Zusammenhang

zwischen Religion, Rasse und Herkunft und dem politischen oder persönlichen Verhalten dieser Menschen konstruiert. Diese Kausalität gibt es aber nicht. Andererseits werden die jüdischen Glaubensgemeinschaften durch die Kampagne gezwungen, zu reagieren, was wiederum das Zerrbild erhärtet, daß diese Glaubensgemeinschaften irgendetwas mit den unterstellten Vorgängen zu tun haben.

Solche Sorte von Meinungsbildung züchtet und bestärkt tiefsitzende Vorurteile gegen Menschen mit bestimmter Religion, Rasse oder Herkunft. Sie ist rassistisch. Daß Zitate wie die obigen manchem zunächst gar nicht besonders auffallen, heißt nicht, daß sie nicht wirken. Es heißt nur, daß die antifaschistische Kritik hier ansetzen muß. – (tob)

Quellenhinweise: (1) - (10) vgl. Kasten. (11) Bulletin der Bundesregierung vom 20.5.88.

Reagan in Moskau

Was ist mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in fremde Staaten?

Die politische Rechte sowohl in den USA wie auch in den anderen imperialistischen Ländern ist mit den Ergebnissen des Reagan-Besuchs in Moskau merklich zufrieden. Ein Grund dafür dürfte sein, daß es Reagan gelungen ist, in Moskau eine Propaganda zu betreiben, die in mehrfacher Hinsicht westlichen Expansions- und Aggressionsabsichten nachkommt. Die beiden Hauptmomente dieser Propaganda sind die Forderung nach Menschenrechten und nach Religionsfreiheit.

Warum entsprechen diese Forderungen westlichen Expansionsinteressen? Die Sowjetunion verfolgt seit längerer Zeit eine Propaganda, wonach der Frieden zwischen Staaten das wichtigste politische Ziel sei, der Sicherung dieses Friedens alle anderen politischen Ziele unterzuordnen seien. Auch von eingefleischten Reaktionären wird ihr dabei ein gewisser Erfolg in der öffentlichen Meinung in den imperialistischen Staaten zugestanden. Daß Staaten Frieden halten sollen, ist ein weithin anerkannter Grundsatz. Dieser Grundsatz ist mit den Expansionsinteressen der NATO wie jedes einzelnen imperialistischen Staates unvereinbar. Eine Rechtfertigung für imperialistische Intervention und Aggression gegen die Staaten des RGW muß also her.

Die Forderung nach Religionsfreiheit und nach Menschenrechten taugt dafür. Am 2. Mai veröffentlichte das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken eine Erklärung, in der sein Präsident, der ehemalige bayerische Kultusminister Maier (CSU), zur Unterstützung der „verfolgten Kirche in der Ukraine“ aufruft. In die Erinnerung an die Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands und der Ukraine mische sich, so Maier, „auch Schmerz über eine nun schon sieben Jahrzehnte dauernde Unterdrückung von Kirche und Glauben in der Sowjetunion. Davon sei besonders die katholische Kirche in der Ukraine betroffen. Seit 1946 sei sie in die Illegalität gedrängt und habe die Christenverfolgungen in doppelter Härte erleiden müssen.“

Tatsächlich waren 1946 zahlreiche Funktionäre der ukrainischen katholischen Kirche verhaftet worden, weil sie sich weigerten, ihre Verbindungen zum Vatikan zu beenden. Die ukrainische katholische Kirche ist eine „unierte“ Kirche, d.h. in Riten und Dogmen von der römisch-katholischen Kirche unterschieden, aber u.a. durch die Ernennung ihrer Bischöfe durch den Papst mit dem Vatikan verbunden. Diese Verbindung wurde ihre

1946 untersagt, um die damit verbundene ständige Einmischung des Vatikans in innere Angelegenheiten der Sowjetunion zu unterbinden. Die Forderung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken bedeutet also: Die Funktionäre der ukrainischen katholischen Kirche sollen wieder vom Vatikan ernannt werden. Wenn man beachtet, daß in der litauischen und in der armenischen Sowjetrepublik bereits eine mit dem Vatikan verbundene



Reagan in einem Moskauer Kloster

ne katholische Kirche wirkt, so ist die Absicht des ZDK, des Vatikans und auch Reagans klar: Im gesamten Westen und Südwestens der SU soll wieder ein mit dem Vatikan verbundener, auf dessen Weisungen agierender Kirchenapparat durchgesetzt werden, um so diese Gebiete westlichen religiösen Einflüssen, Ausspionierung usw. zu öffnen. Wie eng die Verbindungen auch des westdeutschen Klerus mit diesem Vorhaben sind, zeigte sich wenige Tage nach Maiers Erklärung, als der Vorsitzende des Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken „auf Einladung des Hilfswerkes Kirche in Not/Osthilfe und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (Presseerklärung des ZDK vom 18.5.88) die BRD besuchte.

Die Forderung nach Menschenrechten schließlich ist eine bewährte Methode zur Rechtfertigung imperiali-

stischer Einmischungen in andere Staaten. Erst vor wenigen Monaten hatte die Bundesregierung ihren diesbezüglichen „Menschenrechtsbericht“ veröffentlicht, die Unterdrückung von „Wolgadeutschen“ und andere „Menschenrechtsverstöße“ in der Sowjetunion und den anderen Staaten des RGW angeprangert und u.a. den Grundsatz propagiert: „Können die Staaten auf Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Beachtung von Menschenrechten von einem anderen Staat verlangen, so stehen ihnen grundsätzlich die Mittel zu Gebote, die zur Durchsetzung völkerrechtlicher Ansprüche gegeben sind; dies schließt die Repressalie mit ein.“

Die Zufriedenheit der Reaktionäre über die Ergebnisse von Reagans Besuch beruht aber nicht allein auf dessen – zumeist eher an das heimische Publikum gerichteten – Auftritten in Moskau. Die Imperialisten sind auch mit den sowjetischen Reaktionen zufrieden. Die sowjetische Regierung hat nämlich mehr getan, als Reagans Auftritte einfach nur zu dulden. Eine von ihr vorgeschlagene Erklärung zur friedlichen Koexistenz kam wegen Weigerung der US-Delegation nicht zustande. Stattdessen erklärten Sprecher beider Regierungen, man habe auch über „regionale Konflikte“ gesprochen, und auf Reagans Menschenrechtsvorstöße reagierte die sowjetische Regierung mit dem Vorschlag, ein gemeinsamer Ausschuß des US-Repräsentantenhauses und des Obersten Sowjets könne sich mit Menschenrechtsfragen in beiden Staaten befassen.

Damit ist der Versuch der sowjetischen Regierung, die USA mit der Forderung nach Anerkennung der friedlichen Koexistenz in Schwierigkeiten zu bringen, fehlgeschlagen. Zudem scheint die sowjetische Regierung sogar bereit zu sein, sich mit den USA auf eine Art Politik der „abgesprochenen Einmischung“ einzulassen. Warum sonst sollte sie mit den USA über „regionale Konflikte“ verhandeln, statt sie aufzufordern, sich aus solchen „regionalen Konflikten“ herauszuhalten bzw. zurückzuziehen?

Es mag sein, daß die sowjetische Regierung glaubt, Einmischungsversuche nach Art der von Reagan in Moskau vorgetragenen durch den Hinweis auf die Indianerverfolgung, auf politische Gefangene und andere Unterdrückungen in den USA kontern zu können und so die Mobilisierung einer aggressiven Meute gegen die Staaten des Warschauer Paktes zu durchkreuzen. Aber die Preisgabe des – in den UNO- und anderen Völkerrechtsdokumenten verankerten – Grundsatzes der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten wird die Imperialisten stärken und zu Einmischungsversuchen jeder Art ermutigen. – (huh, rül)

Menschenrechte und Religionsfreiheit gegen Glasnost und Perestrojka

**Helsinki: Gegen den „Totalitarismus“
„die Front nach Osten verschoben“**

Reagan hat in der Finnlandia-Halle ... ein Bekenntnis zum KSZE-Prozeß abgelegt ... Durch engere persönliche Beziehungen zwischen den Menschen, größere Offenheit und größere Freiheit könne das Vertrauen zwischen den Nationen wachsen. „Es gibt keine wirkliche internationale Sicherheit ohne Respekt vor den Menschenrechten“, sagte Reagan ... Amerikaner und Westeuropäer, so Reagan, verstünden unter Freiheit die Freiheit zu reden, zu drucken, sich zu versammeln und zu reisen, zu glauben und den Gottesdienst auszuüben, das Recht, anders zu sein ... Dieser Vorstellung ... stehe der Totalitarismus, die Idee einer aufgezwungenen Harmonie und Perfektion gegenüber. Doch habe sich in der Auseinandersetzung zwischen dem „utopischen“ und dem „demokratischen“ Konzept der Freiheit die Front heute nach Osten verschoben. Es sei noch nicht lange her, da hätte die Demokratie ihre eigene Sicht der Freiheit in Zweifel gezogen ... „Heute ist der Zweifel auf der anderen Seite.“

Die FAZ am 28.5. über Reagans Rede in Helsinki am 27.5.

„Der sowjetische Parteichef sollte erstens dem Abriß der Berliner Mauer zustimmen und damit zugleich aller Barrieren zwischen Ost- und Westeuropa. Sie könnten uns helfen, Berlin zu einem gesamteuropäischen Kommunikations- und Konferenz-Zentrum zu machen ... Was für eine großartige Demonstration des guten Willens wäre es für die sowjetische Führung, wenn Kirchenglocken nicht nur durch Moskau, sondern die gesamte Sowjetunion läuten würden.“

Die Welt vom 28.5., Auszüge aus Reagans Rede in Helsinki

**Reagan vor Moskauer Studenten:
„Zurück zum Buch Genesis der Bibel“**

„... In der modernen Wirtschaft werden physische Ressourcen durch menschlichen Erfindergeist zunehmend überflüssig gemacht. ... Zum selben Zeitpunkt, zu dem wir die Grenzen der Wissenschaft erforschen, kehren wir zur uralten Weisheit unserer Kultur zurück, zur Weisheit im Buch Genesis der Bibel: Am Anfang war der Geist und von diesem Geist kam der Überfluß der materiellen Schöpfung ...

Vor kurzem durften einige Personen und Familien (aus der Sowjetunion) ihre Verwandten im Westen besuchen. Wir können nur hoffen, daß dies bald alle tun dürfen, und daß Amerikaner aus der Ukraine, aus dem Baltikum, aus Armenien unbehindert ihre alte Heimat besuchen können, ebenso wie es Amerikaner aus Irland tun ...

So wichtig auch die offiziellen internationalen Kontakte sind, nichts würde mich mehr freuen, als wenn diese Kontakte bald überflüssig würden, wenn der Reiseverkehr zwischen Ost und West so zur Routine wird, daß Universitätsstudenten der Sowjetunion im Sommer einen Monat Ferien nehmen und ebenso wie die Studenten im Westen einen Rucksack schultern und dann in Europa von Land zu Land reisen, wo es kaum noch eine Paßkontrolle an den Grenzen gibt ...“

Reagan am 30. April vor Studenten der Moskauer Universität

**„... fortfahren, für mehr
Freiheit zu kämpfen“**

In einer denkwürdigen Veranstaltung in der amerikanischen Botschaft hat US-Präsident Reagan gestern die Frage der Menschenrechte zum zentralen Thema seines Moskau-Besuchs gemacht. In einer bewegenden Begegnung mit rund 80 Dissidenten sagte Reagan: „Ich hoffe,

daß sich die Freiheit in ihrem Lande weiter ausbreitet. Die Frage der Gewährung der Menschenrechte und ihre Befolgung durch die Sowjetunion ist ein wesentliches Element der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“ ... Reagan zitierte erneut aus der Schlußakte von Helsinki ... und forderte Rede-, Religions- und Reisefreiheit für alle sowjetischen Bürger.

Die Welt am 31.5.88 über Reagans Auftritt vor den Dissidenten

Die Bundesregierung bedankt sich ...

Das Gipfeltreffen von Moskau hat in Bonn ein positives Echo ausgelöst. Daß Reagan auf die Anerkennung der Menschenrechte pochte, wurde von der Bundesregierung und den Regierungsparteien besonders gewürdigt. In einer ersten Stellungnahme von Regierungssprecher Ost heißt es, der Bundeskanzler begrüße das erfolgreiche Treffen und danke Präsident Reagan dafür, daß er auch die deutschen Interessen und die besonderen Interessen Berlins überzeugend vertreten habe. Die Stellungnahme erwähnt die Forderung nach Beseitigung der Mauer, das Engagement für die Lebensfähigkeit Berlins sowie Reagans Einsatz für die Interessen der Deutschstämmigen in der Sowjetunion.

Die FAZ am 3.6.88

**... und Kohl reist in die UdSSR,
wo auch „Landsleute“ leben**

Positive Ergebnisse und ein Klima gegenseitiger Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion würden gute Voraussetzungen für die bevorstehenden Begegnungen zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl bieten, die im Herbst dieses Jahres in Moskau und in der ersten Jahreshälfte 1989 in Bonn stattfinden werden. Der Bundeskanzler mißt den Beziehungen zur Sowjetunion eine zentrale Bedeutung zu ... Leistung und Gegenleistung sollten indessen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Bundesregierung wertet es als ein positives Zeichen, daß die sowjetische Führung immer mehr deutschstämmigen Landsleuten die Ausreise aus der UdSSR gestattet.

Presseerklärung der Bundesregierung vom 23.5.88

**„Laßt die Kreml-Führer
den Druck der Öffentlichkeit spüren“**

Amerikas Absicht ist, bei der Änderung eines Systems zu helfen, das sicherlich ... das Zentrum der Tyrannei, des Terrorismus und der Aggression in der Welt gewesen ist. Die Strategie kann nicht darin liegen, die Mittel bereitzustellen, die grundlegende Änderungen vermeiden helfen – um ein System zu sichern, daß Pluralismus anbietet, wenn es in Schwierigkeiten ist, und den Stalinismus, wenn es wieder auf seinen Füßen steht.

Es mag sein, daß die Sowjetunion auf dem kapitalistischen Weg ist und der kalte Krieg endet: Aber es kann auch sein, daß Mr. Gorbatschow ein chruschtschowianischer Geist in der Flasche ist oder ein Führer, der verschlagen genug ist, um aus Hoffnungen der USA Vorteile zu schlagen – so wie Lenin es mit der Neuen Ökonomischen Politik machte. Wer weiß.

Ist es dann nicht sinnvoll, ihm alles Gute zu wünschen, über Abrüstung zu verhandeln, ohne sich durch den Amtsantritt-Termin des nächsten Präsidenten unter Druck setzen zu lassen, und nichts zu tun, um den schmerzlichen Anreiz zur Reform zu entfernen?

Laßt die Führer des Kreml ... den Druck der Öffentlichkeit spüren, die es leid ist, daß Gewehre vor Butter kommen. Laßt sie die Berliner Mauer niederreißen, ihre Söldner aus Angola abziehen und die Verfolgung von Dissidenten einstellen. Nur dann sollte Amerika mit Gorbatschows Parteilinie kooperieren.

Die New York Times am 3.6.88 zum Fazit der Reagan-Reise

Eritrea und Tigrai

Große Erfolge der Befreiungskräfte

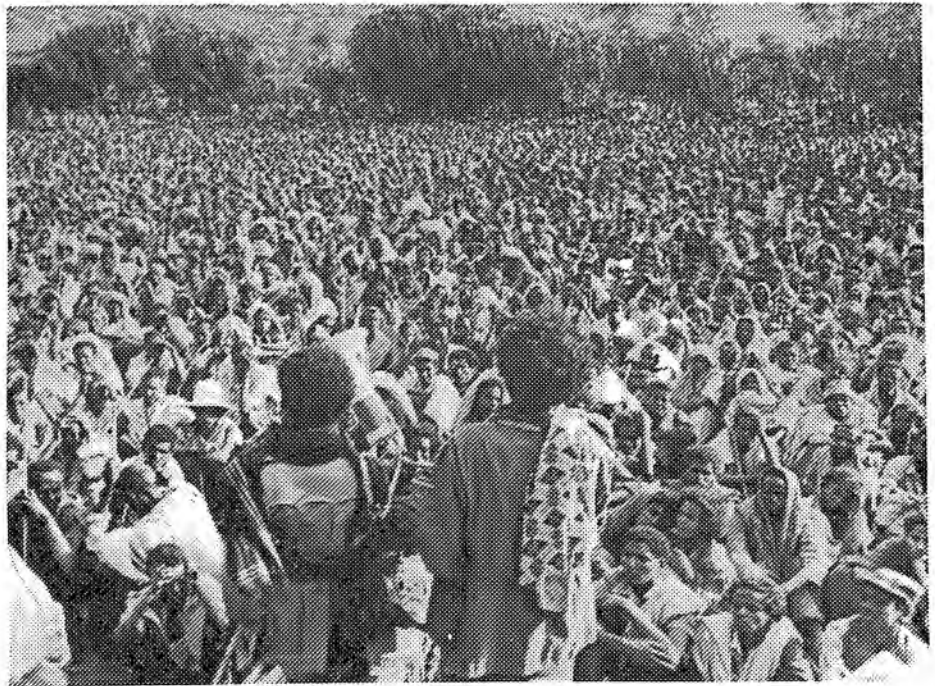
In den letzten Monaten haben die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) und die Volksbefreiungsfront von Tigrai (TPLF) im Kampf für die nationale und soziale Befreiung ihrer Völker gegen das äthiopische Regime große Erfolge errungen. Die Truppen der EPLF haben in einer großen Schlacht am 17., 18. und 19. März die Stadt Afabet im Nordwesten Eritreas erobert. Afabet war der Hauptstützpunkt des äthiopischen Regimes in Nordertrea. Dort befand sich die militärische Kommandozentrale und die logistische Hauptbasis der Regierungstruppen. Von Afabet aus sind in den vergangenen Jahren alle militärischen Offensiven gegen die EPLF gestartet worden. Jetzt ist Afabet befreit und die Regierungstruppen haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Nach Angaben der EPLF sind in der Schlacht von Afabet insgesamt 18 000 äthiopische Soldaten entweder getötet, verwundet oder gefangengenommen worden. Die Befreiungskämpfer erbeuteten außerdem fünfzig Panzer, über hundert Militärlastwagen, sechzig Artilleriegeschütze, rund zwanzig Luftabwehrgeschütze und jede Menge leichte Waffen und Munition. Im Verlauf der Kämpfe wurden auch drei sowjetische Offiziere – Berater der äthiopischen Armee – gefangengenommen. Die internationale Presse hat die Niederlage der Regierungstruppen nicht zu Unrecht in ihren Auswirkungen für das Regime mit der Niederlage der deutschen Truppen in Stalingrad verglichen und den Sieg der EPLF den größten Sieg einer Befreiungsfront seit Dien Bien Phu bezeichnet. Inzwischen mußten sich die Regierungstruppen aus allen wichtigen Städten in Westertira zurückziehen. Die zweitgrößte eritreische Stadt, Keren, wird von den Befreiungskämpfern belagert. Bei einem Überraschungsangriff gelang es ihnen Anfang April sogar, das Waffendepot der Stadt zu sprengen. Die Hauptstadt Asmara ist nur noch auf dem Luftweg erreichbar, und die wichtige Straße von Asmara nach Massaua am Roten Meer ist von den Befreiungskämpfern schon mehrmals gesperrt worden.

Zur gleichen Zeit haben auch die Befreiungskämpfer in Tigrai den Regierungstruppen bittere Niederlagen beigebracht. In der Zeit vom 2. bis zum 14. März vernichteten sie sechs Brigaden des Feindes und nahmen insgesamt 2 000 Soldaten, darunter einige ranghohe Offiziere, gefangen. Auch in Tigrai eroberten die Befreiungskämpfer wichtige Städte, darunter die alte Hauptstadt Tigrais, Axum,

sowie Adua und Seleklewa. Schon im Februar waren die Städte Wukro und Senkata an der zentralen Straße von Addis Abeba nach Asmara von der TPLF befreit worden.

Die Ereignisse der letzten Monate in Eritrea und Tigrai machen deutlich, daß das Regime der Derg – der Regierungspartei – in Äthiopien durch die Erfolge der Befreiungskämpfe in seinem Innersten erschüttert ist. Die Zeit für den endgültigen Sieg der Völker von Eritrea und Tigrai scheint in greifbare Nähe gerückt zu sein. Angesichts dieser Lage versucht das Regime verzweifelt mit allen Mitteln, seinen Untergang hinauszuzögern. Es hat Mitte Mai mit einer Gegenoffensi-

die Völker von Eritrea und Tigrai zu Hilfe kommt. Gleichzeitig wird Äthiopien massiv von der Sowjetunion unterstützt. Vor allem die militärische Hilfe, die die Sowjetunion Äthiopien gibt, richtet sich zweifelsohne gegen den Befreiungskampf der Völker von Eritrea und Tigrai. Für die USA und die anderen westlichen imperialistischen Länder ist Äthiopien wegen seiner Lage am Horn von Afrika und seiner Ausstrahlung auf das gesamte östliche Afrika von großer strategischer Bedeutung. Der Westen hat in der letzten Zeit seine, niemals völlig abgerissenen, Verbindungen zur Derg intensiviert. Welche Überlegungen dahinter stecken, zeigt ein aufschlußreiches Zitat aus der Zeitung „Die Weltwoche“ (Schweiz) vom 14. April dieses Jahres. Dort heißt es: „Da ist das große, zwar mit der Sowjetunion verbündete Äthiopien ein interessanterer Partner (als die EPLF – der Verf.), auch für die USA und Europa, die auf



Massenversammlung in Tigrai

ve begonnen, über deren Verlauf allerdings noch keine genaueren Nachrichten vorliegen. Für die Gegenoffensive wurden die äthiopischen Truppen durch Einheiten aus dem Ogaden – dem Grenzgebiet Äthiopiens zu Somalia – verstärkt. Das war möglich, weil Äthiopien und Somalia gerade ein Abkommen über das Einfrieren der Grenzstreitigkeiten geschlossen haben. Bekanntlich ist Somalia eng mit den westlichen imperialistischen Ländern, vor allem den USA, der BRD und Frankreich verbunden. Man kann mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, daß die Regierung in Somalia ihr Abkommen mit Äthiopien mit „gütiger Hilfe“ des Imperialismus geschlossen hat, der damit dem Regime in Äthiopien in seinem Kampf gegen

einen Bündniswechsel Mengistus hoffen und diesen mit großzügiger Hunger- und Entwicklungshilfe herbeizuführen hoffen.“

Gleichzeitig mit dem Beginn der Gegenoffensive hat die äthiopische Regierung über Eritrea und Tigrai den Ausnahmezustand verhängt. Sie erklärte einen zehn Kilometer breiten Streifen entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan zum Sperrgebiet, in dem sich niemand ohne spezielle Genehmigung aufhalten darf. Die Angehörigen der verschiedenen humanitären Organisationen wurden aufgefordert, unverzüglich Eritrea und Tigrai zu verlassen, angeblich, weil für ihre Sicherheit nicht mehr garantiert werden könne, in Wirklichkeit wohl, um sich unlieb-

samer Zeugen zu entledigen. Verschiedenen Kommunikes der TPLF zufolge haben die Regierungstruppen in der letzten Zeit mehrmals Wukro, Adigrat, Axum und andere Städte mit Napalm bombardiert. Die Bomben wurden gezielt auf die Zivilbevölkerung, auf Marktplätze und die Häuser geworfen.

Gemeinsame Erklärung von EPLF und TPLF

In der gegenwärtigen Situation ist es von besonderer Bedeutung, daß die EPLF und die TPLF ihre Zusammenarbeit wieder aufgenommen haben, die auf Grund der zwischen beiden Organisationen bestehenden Differenzen eine Zeit lang unterbrochen war. Die Politbüros beider Organisationen haben am 24. April dieses Jahres eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Kampf hervorheben und erklären, noch bestehende Differenzen durch gemeinsame Diskussionen ausräumen zu wollen. In der Erklärung heißt es unter anderem:

„Das eritreische Volk und die Völker Äthiopiens müssen der Gefahr, die ihnen durch den verzweifelten und brutalen Ausrottungskrieg des Regimes droht, mit der Verstärkung ihres Kampfes und der Verstärkung ihrer Zusammenarbeit begegnen. Angesichts der Tatsache, daß die Gelegenheit für die Verwirklichung ihres Strebens nach Frieden und Demokratie und für die Verwirklichung ihrer Rechte besser als jemals zuvor ist, müssen sie jetzt ihre Anstrengungen für den Sturz des wankenden volksfeindlichen Regimes besser koordinieren.“

Beide Organisationen stimmen darin überein, daß das Regime in Addis Abeba gestürzt werden und daß dieser Kampf im Vertrauen auf die eigenen Kräfte geführt werden muß. Sie verurteilen jede von außen kommende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens, vom wem sie auch immer kommen mag. Die TPLF unterstützt den Kampf des eritreischen Volkes für seine Unabhängigkeit. Die EPLF unterstützt den Kampf der Völker Äthiopiens für Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung, den Kampf für ein demokratisches Äthiopien, in dem die verschiedenen Völker freiwillig und gleichberechtigt zusammenleben und in dem das Volk die Macht in Händen hält. Beide Organisationen rufen außerdem alle anderen kämpfenden Organisationen auf, ihrerseits alles zu tun, um die Zusammenarbeit zu suchen und zu verbessern.

Ein gerechter Kampf

Der Kampf der Völker von Eritrea und Tigräi hat tiefe Wurzeln. Eritrea

wurde 1952 von Äthiopien besetzt und 1962 formell annektiert. Die besondere nationale Unterdrückung des Volkes von Tigräi begann Ende des 19. Jahrhunderts, als die herrschende von Kaiser Menelik angeführte Feudalklasse der Amharen die Macht in Äthiopien errang. Die nationale Unterdrückung der Völker von Eritrea und Tigräi verband sich mit der feudalen und imperialistischen Ausbeutung der werktätigen Massen. Besonders Tigräi wurde auf diese Weise zu einer der rückständigsten Regionen Afrikas. Grenzenlose Armut, ständige Hungersnöte, wiederkehrende Epidemien und Analphabetismus lasteten schwer auf den Bauern. Als 1974 das mittelalterliche, reaktionäre und völlig von den Imperialisten abhängige Regime Kaiser Haile Selassie durch einen Volksaufstand in ganz Äthiopien gestürzt wurde, erhofften sich die Völker Äthiopiens davon eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage, die Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und die Beseitigung der feudalen Ausbeutung. Diese Hoffnungen sollten jedoch von den Militärs, die im Zuge des Volksaufstands die politische Macht ergriffen hatten, bald bitter enttäuscht werden. Weder in Eritrea noch in Tigräi wurden die grundlegenden nationalen und sozialen Forderungen erfüllt. Die Militärs traten im Gegenteil unter der Losung „Äthiopien zuerst!“ gegen das Recht der Völker von Eritrea und Tigräi auf nationale Selbstbestimmung auf und versuchten, jeden Widerstand militärisch zu brechen. Auch die grundlegende soziale Forderung nach einer Landreform im Interesse der bäuerlichen Massen, d.h., der armen und mittleren Bauern, blieb Makulatur. Die Militärs haben zwar eine Landreform durchgeführt, ein Landverteilungsprogramm aufgestellt, Genossenschaften und Bauernvereinigungen gegründet, aber diese Reform nützte vor allem den reichen Bauern. Sie sind es, die in den Genossenschaften und Bauernvereinigungen die führende Rolle spielen. Das zeigt sich auch daran, daß die Kluft zwischen reichen und armen Bauern in den zehn Jahren seit Beginn der Landreform größer geworden ist. Die Bauernvereinigungen werden außerdem dazu benutzt, die Mitglieder in die Armee zu zwingen und als billige Arbeitskräfte auf den Staatsgütern zu arbeiten.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß die EPLF und die TPLF die volle Unterstützung der Werktätigen in Eritrea und Tigräi haben. Ohne diese Unterstützung ließen sich auch die Erfolge im Befreiungskampf nicht erklären. Inzwischen sind 85 bis 90% von Eritrea und Tigräi befreit. In den befreiten Gebieten hat



eine grundlegende soziale Revolution stattgefunden. Eine Landreform gab das Land den armen und mittleren Bauern, Schulen wurden eingerichtet, um den Analphabetismus zu bekämpfen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung war noch nie so gut wie jetzt. Dies alles geschah trotz der äußerst schwierigen Bedingungen, der fortgesetzten militärischen Angriffe der Regierungstruppen, der Dürre und der aus der ererbten Rückständigkeit herrührenden Hungerkatastrophen. In Eritrea und Tigräi existieren in den befreiten Gebieten frei gewählte Organe der Volksmacht auf unterer und mittlerer Ebene.

Hunger als Waffe

In weiten Teilen Eritreas und Tigräis droht erneut, wie in den Jahren 1984 und 1985, eine Hungerkatastrophe. Die Hungerkatastrophen in Eritrea und Tigräi haben vielfältige Ursachen. Sie sind das Ergebnis der imperialistischen und feudalen Ausplünderung, der dadurch hervorgerufenen Rückständigkeit und – nicht zuletzt – des fortgesetzten Krieges der äthiopischen Regierung gegen die Völker von Eritrea und Tigräi. Die äthiopische Regierung hat von Anfang an den Hunger als Waffe im Kampf gegen die Befreiungskräfte verwendet. Sie nutzte die Verteilung von Lebensmitteln zur Gefangennahme von hunderten Tausenden von Menschen, um sie in andere Gebiete Äthiopiens zwangsumzusiedeln und verwendete Lebensmitteltransporte mißbräuchlich zu militärischen Zwecken. Diese Politik der äthiopischen Regierung kann aber nicht isoliert gesehen werden. Sie wurde und wird von den imperialistischen Ländern entwickelt, gefördert und unterstützt. Für die Imperialisten ist die Hungerhilfe, die mit humanen Parolen verkauft wird, ein Mittel der Einflußnahme und des Drucks. Sie wird gegeben, um Äthiopien unter ihren Einfluß zu bekommen. Die Imperialisten versuchen dabei, sowohl die äthiopische Regierung als auch die

Befreiungskräfte unter ihre Kontrolle zu bekommen. Im Gegensatz zur äthiopischen Regierung ist dabei die Haltung der EPLF und der TPLF konsequent antiimperialistisch. Sie bestehen darauf, daß die Hungerhilfe den unter ihrer Führung stehenden Hilfsorganisationen ERA bzw. REST gegeben wird und unter ihrer Verantwortung verteilt wird. Sie lassen es nicht zu, daß die westlichen Hilfsorganisationen in den befreiten Gebieten „exterritoriale“ Rechte genießen und eigene Strukturen aufbauen.

Auch die westdeutschen Imperialisten bemühen sich, ihren Einfluß in Äthiopien zu verstärken. Auch sie setzen dabei unter anderem voll auf das Instrument der „Hungerhilfe“. In einem gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN vom 9.12.87 wird die Bundesregierung aufgefordert, „sich ... insbesondere für eine Stärkung der logistischen Strukturen und Transportkapazitäten einzusetzen, wobei zu gewährleisten ist, daß diese nicht zu militärischen Zwecken mißbraucht werden können; nötigenfalls ist auch der erneute Einsatz der Bundeswehr vorzusehen.“ In dem Antrag wird außerdem das verstärkte Eingreifen von Organen der Europäischen Gemeinschaft gefordert. Quellenhinweis: La Forge, Zeitung der PCOF, 15.-30.04.; NZZ, versch. Ausg.; epd-Entwicklungspolitik, 8/88 – (wjh, VSP; sie)

USA

Keine Anklage wegen des Move-Massakers

Vor drei Jahren, am 13. Mai 1985, warf die Polizei in Philadelphia eine Bombe, bestehend aus mehreren Stangen Sprengstoffen, von einem Hubschrauber auf ein Reihenhauses in einem hauptsächlich von Schwarzen bewohnten Stadtteil ab, in dem sich Mitglieder der Move-Gruppe – ebenfalls Afro-Amerikaner – verschanzt hatten. Nach Polizeiangaben sollte die Bombe einen „Bunker“ auf dem Dach des Hauses wegräumen und so der Polizei nach einem ganzen Tag frustrierender Belagerung endlich Zugang verschaffen. Die späteren Ereignisse zeigen, daß der wahre Zweck der Bombe war, die Move-Leute „auszuräuchern“, wie Rassisten und Faschisten solche Taten zu nennen pflegen.

Die Explosion der Bombe setzte das Haus in Brand. Die bereitstehende Feuerwehr erhielt Befehl, nicht zu löschen, weil angeblich aus dem Haus mit automatischen Waffen geschossen würde. Erst etwa zwei Stunden später, als der ganze Straßenzug in Flammen

stand, begann die Feuerwehr mit der Brandbekämpfung. Nur eine Erwachsene und ein Kind entkamen aus dem Move-Haus. Vier Erwachsene und sieben Kinder verbrannten. 61 Häuser brannten nieder, hunderte Menschen wurden obdachlos.

Normalerweise hätte ein solches rassistisches Verbrechen sofort Unruhen nach sich gezogen. In Philadelphia war jedoch gerade der erste Schwarze zum OB gewählt worden, und das schwarze Establishment, insbesondere in der Parteimaschine der Demokratischen Partei, hielt fest an ihrer hart erkämpften Errungenschaft. Es gelang ihnen, größere Proteste einzudämmen. Das änderte sich auch nicht, als klar wurde, daß der OB sich vor jeder Entscheidung in der Move-Belagerung gedrückt hatte und seinen Untergebenen, dem Polizeichef, dem Stadtdirektor und dem Feuerkommissar, freie Hand gegeben hatte. Die Geschäftswelt äußerte Zufriedenheit mit ihrem OB.

Die vom OB eingesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Ergebnis, daß der Sprengstoff für Polizeiaktionen unzulässig war, daß es in dem Move-Haus keine automatischen Waffen gab, daß die Frauen und Kinder aus dem brennenden Haus heraus wollten, aber zurückkehrten, weil auf sie geschossen wurde. Dazu wurden Inkompetenz in der Planung der Aktion und Widersprüche in den Angaben des OBs, wann er den Befehl zum Löschen gegeben habe, festgestellt. Der Polizeichef, der Stadtdirektor und der Feuerkommissar wurden gefeuert, der OB blieb.

Die Move-Bombardierung kam erst wieder im OB-Wahlkampf auf. OB Wilson Good stellte sich wieder zur Wahl. Es gab keinen Gegenkandidaten in der Demokratischen Partei. Der Kandidat der Republikanischen Partei, der als Polizeichef die Polizei von Philadelphia berühmt für ihre Brutalität gemacht hatte und als OB einen früheren Angriff auf Move geleitet hatte, brüstete sich damit, daß er mit Move anders verfahren wäre. Mit den Stimmen der Schwarzen wurde Good wieder zum OB gewählt.

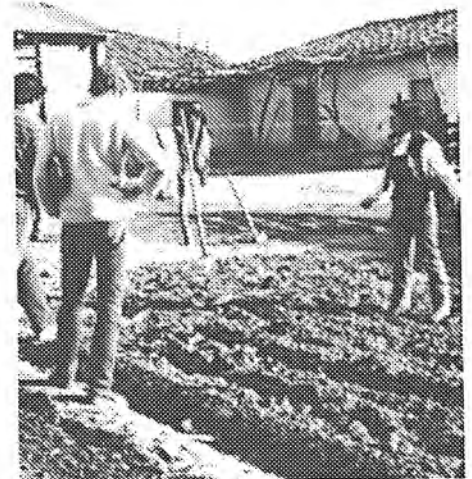
Jetzt, drei Jahre nach der Move-Bombardierung, ist eine „Grand Jury“ zu dem Ergebnis gekommen, daß „Dummheit“ und „Inkompetenz“ der Verantwortlichen zu beklagen seien, daß sie aber „keine kriminellen Absichten“ gehabt hätten und daß keine anklagefähigen Handlungen stattgefunden hätten.

Die Kommentare in der örtlichen Presse waren überwiegend ablehnend gegen diese offizielle Sanktionierung von „zumindest – Totschlag, begangen von der städtischen Obrigkeit. Bislang ist die überlebende Frau aus dem Move-Haus die einzige, die im Gefängnis sitzt. – (her, ger)

Chile

Überausbeutung am Beispiel der Saisonarbeiterinnen

70% der Saisonarbeitskräfte, die von den großen Unternehmen in Chile in der Ernte und Verpackung von Obst für den Export beschäftigt werden, sind Frauen. Die meisten von ihnen sind sehr jung und kommen aus den ländlichen Gebieten des fruchtbaren Zentraltals in Mittelchile, wo im Stil großer Agroindustrien Obstanbau betrieben wird. Es arbeiten dort auch z.T. ältere Frauen und 10-12jährige Kinder aus den Elendsvierteln von Santiago, die in Bussen herangekarrt werden. Die Frauen haben in den restlichen Monaten meist keine Arbeit



oder verdienen als ambulante Händlerinnen, Hausangestellte oder Wäscherinnen noch schlechter als in der Ernte. Die Kapitalisten, die chilenische Früchte wie Weintrauben, Äpfel, Birnen, Pflaumen und Nektarinen von November bis Juni auf den europäischen Markt bringen und erhebliche Gewinne einstreichen, bezahlen den ca. 170000 Arbeiterinnen einen Hungerlohn: umgerechnet drei US-\$ pro Tag. Die Arbeitsbedingungen sind miserabel: Es gibt keine Toiletten und Eßräume, geschweige denn Kindertagesstätten. Das Spritzen von Insektiziden verursacht Allergien und Erkrankungen an der Haut und den Atemwegen, wovon auch besonders die Säuglinge und Kleinkinder betroffen sind, die die Frauen mit aufs Feld nehmen müssen, wenn sie sie nicht zu Hause lassen können/wollen. Das stundenlange Stehen beim Verpacken und Pflücken (12-14 Stunden täglich) bewirkt Blutstau in den Beinen und Krampfadern; durch das Heben schwerer Obstkisten treten Schäden an der Wirbelsäule auf. Trotz dieser hohen gesundheitlichen Belastung beinhalten die Zeitverträge meistens keine Kranken- und Sozialversiche-

rung. Zusätzlich zu den ausbeuterischen und unwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen werden besonders die jüngeren Frauen oft von männlichen Aufsehern und Vorarbeitern sexuell belästigt und genötigt. Wenn sie sich zur Wehr setzen und versuchen, eine gewerkschaftliche Organisation vorzubringen, werden die betreffenden Frauen massiv unter Druck gesetzt oder entlassen. Das Geschäft des Exports von Obst sowie land- und holzwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Chile in die USA und nach Westeuropa, vor allem in die BRD, blüht. Dieser expandierende Wirtschaftszweig verzeichnet die „gesunden“ Wachstumsraten und wird vom Regime gern und stolz als Beweis für das fabelhafte Funktionieren des neoliberalen Wirtschaftsmodells vorgezeigt. Die Bedingungen der Saisonarbeiterinnen in der Obsternte zeigen, daß dieser „Erfolg“ nur durch die Überausbeutung der Arbeitskraft möglich ist. Eine gewerkschaftliche Organisation ist in diesen Produktionsbereichen – so auch in der Holz- und Zelluloseindustrie in Südchile, wo ähnliche Ausbeutungsverhältnisse herrschen – schwierig. Die Frauen in der Obsternte bekommen – wenn überhaupt – befristete Zeitverträge, arbeiten sehr viele Stunden am Tag und oft auch am Wochenende. Sie kommen aus unterschiedlichen Orten und leben unter der üblichen Doppelbelastung lohnabhängiger Frauen, da sie außer der Arbeit auf dem Feld und in der Verpackungshalle noch die Bürde der Hausarbeit tragen. Die Probleme der Saisonarbeiterinnen und ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und verbesserten Arbeitsbedingungen wurden von der Landarbeiterorganisation „El Surco“ aufgenommen.

Quellenhinweis: Vámos Mujer, Broschüre des CODEM Santiago (Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frau), Nov./Dez. 87; „Escucha Chile“, Radio Moskau, 24.2.88 – (med)

Südafrika/Azania

Kampf gegen das Todesurteil gegen W. Ntobela

Die südafrikanische Handelsgewerkschaft CCAWUSA (Commercial Catering and Allied Workers Union) ruft zum Kampf gegen das Todesurteil gegen den CCAWUSA-Vertrauensmann William Ntobela auf. Er wurde am 12. November 1987 vom Rand Supreme Court zum Tode verurteilt, weil er angeblich im Juli 1986 während eines Streiks bei den OK-Bazaars einen Fahrer der Ladenkette getötet haben soll. Zur Wiederaufnahme des Verfahrens leitete die HBV 15000 DM Spendengelder an die CCAWUSA weiter.

27 CCAWUSA-Mitglieder haben Berufung gegen Gefängnisurteile von drei bis vier Jahren eingelegt. Die Urteile beziehen sich auf den längsten Einzelhandelsstreik in Südafrika gegen die OK-Bazaars-Kette.

OK-Bazaars ist das größte Einzelhandelsunternehmen Südafrikas. In 202 OK-Warenhäusern arbeiten 23000 Angestellte. Zu 70% gehört OK-Bazaars einer Tochtergesellschaft von Anglo American Corporation.

Die CCAWUSA führt seit 1986 im Handel die Kampagne für einen Lohn, der zum Leben reicht. OK-Bazaars zahlte bei einem Durchschnittslohn weit unter 300 R im Monat die niedrigsten Löhne. 1986 lagen sie etwa 2/3 unter denen vergleichbarer Handelsbetriebe. Im Oktober 1986 forderte die CCAWUSA: 450 R Mindestlohn, 160 R Lohnerhöhung pro Monat rückwirkend ab April 1986. Anfangs bot OK-Bazaars einen R pro Monat an. Das letzte OK-Angebot waren 85 R für ein Jahr ab April 1987. Ab dem 12. Dezember 1986 streikten 11000 Arbeiter in 137 OK-Warenhäusern. OK-Bazaars entließ 700 Arbeiter.

Massiv wurde Polizei eingesetzt. 600 Arbeiter wurden festgenommen, 87 wegen Verstoß gegen die südafrikanischen Notstandsgesetze inhaftiert. Schüler-, Studenten- und Frauenvereinigungen organisierten einen Boykott der OK-Bazaars-Warenhäuser. Die CCAWUSA führte ohne Streikkasse, unterstützt von südafrikanischen und internationalen Gewerkschaftsverbänden, den OK-Streik nach zehn Wochen zum Erfolg:

Monatliche Lohnerhöhung für 1986 und 1987 von 100 R, 400 R Mindestlohn, sechs Wochen Mutterschaftsurlaub. Das war ein Durchbruch im Kampf für einen Mindestlohn. 1986 und 1987 wurden im gesamten Einzelhandel Lohnerhöhungen von 100 bis 200 R durchgesetzt. 1988 fordert die CCAWUSA bei OK-Bazaars u.a. 300 R Lohnerhöhung im Monat, 700 R Mindestlohn, und die 40-Stunden-Woche.

Quellenhinweis: ausblick 5/88; Flugblätter der CCAWUSA; Sowetan, 16. 3.88; Spenden an: Gewerkschaft HBV, BfG Konto 16502033, BLZ 30010111, Kennwort Südafrika 44891 – (rub)

Azania

Farmarbeitergewerkschaft der NACTU: Aktionen gegen Entlassungen

Die NUF (National Union of Farmworkers), eine neugegründete Mitgliedsgewerkschaft von NACTU, ist bereits in heftige Kämpfe verwickelt. Seit etwa Mitte April streikten 100 Farmarbeiter der Impalafarm, eine Farm in Magalisburg. Die Auseinandersetzung begann am 18.4., als drei Vertrauensleute, die von den 120 Arbeitern gewählt worden waren, die Farmeigentümer aufforderten, mit der NUF über eine Lohnerhöhung zu verhandeln. Nach Angaben des Vertrauensmannes L. Motsoadi, der gleichzeitig Vizepräsident der NUF ist, reagierte der Farmer auf den Wunsch nach Verhandlungen über Lohnerhöhungen nur mit einem „f... off“. Daraufhin traten über 100 Farmarbeiter in den Streik. Noch vor Mittag feuerte der Farmer die Streikenden und forderte sie auf, bis zum nächsten Morgen das Gebiet der Farm zu verlassen. Farmarbeiter wohnen in der Regel in Hütten, die den Farmern gehören. Ei-

ensmannes L. Motsoadi, der gleichzeitig Vizepräsident der NUF ist, reagierte der Farmer auf den Wunsch nach Verhandlungen über Lohnerhöhungen nur mit einem „f... off“. Daraufhin traten über 100 Farmarbeiter in den Streik. Noch vor Mittag feuerte der Farmer die Streikenden und forderte sie auf, bis zum nächsten Morgen das Gebiet der Farm zu verlassen. Farmarbeiter wohnen in der Regel in Hütten, die den Farmern gehören. Ei-



Kundgebung der streikenden Farmarbeiter



Anlässlich der Nahost-Reise US-Außenministers Shultz Anfang Juni führten die Palästinenser mit einem Generalstreik ihren Aufstand fort. Im Gaza-Streifen und im Westjordanland blieben die Geschäfte geschlossen, die 110000 Palästinenser, die in Israel arbeiten, erschienen nicht zur Arbeit. Die bürgerliche Presse hatte Ende Mai noch großspurig von einem „Erlahmen“ des palästinensischen Widerstandes gesprochen. Vielmehr nehmen die Widersprüche innerhalb der zionistischen Gesellschaft zu. In Tel Aviv forderten über 12000 israelische Demonstranten „Stoppt die Besetzung“. 200 Reserveoffiziere sprachen sich in einer Erklärung für die Beendigung der Besetzung aus. – (sie)

Italien: Tarifabschluß im Bildungswesen

Nach wochenlangen Protesten, darunter auch einzelne Streikaktionen, der eine Million Lehrer und Angestellten im italienischen Bildungswesen vereinbarten Regierung und die drei Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL ein Tarifabkommen, das den Beschäftigten in den nächsten drei Jahren insgesamt durchschnittlich 30% mehr Lohn bringen wird. Die Regierung hatte anfangs nur die Hälfte geboten, zeigte sich aber mit dem über drei Jahre gehenden Tarifabschluß zufrieden, der die Lohnspaltung zwischen den Lehrern und anderen Beschäftigten im Bildungswesen eher vertiefen wird und den

Schulbehörden Möglichkeiten zur Mehrarbeit der Beschäftigten verschafft. – (sie)

Korsika: FLNC verkündet Waffenstillstand

Die korsische Befreiungsorganisation FLNC hat Anfang Juni einen dreimonatigen Waffenstillstand gegenüber den französischen Kolonialorganen bekanntgegeben. Die FLNC fordert von Premier Mitterrand und der neuen französischen Regierung die Freilassung aller inhaftierten FLNC-Mitglieder; Abzug der Kolonialtruppen und vor allem der Militärs und Zivilisten, die während der Regierungszeit Chiracs an der verschärften Unterdrückung der Befreiungskräfte beteiligt waren. – (sie)

Afrika: OAU feiert 25jähriges Bestehen

Ende Mai beging die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ihr 25jähriges Bestehen mit einer Konferenz in der Hauptstadt Äthiopiens. Über 30 Staatschef sowie Vertreter von Befreiungsorganisationen nahmen daran teil. Zum neuen Vorsitzenden der OAU wurde der Staatschef Malis, Moussa Traoré, gewählt. Die „Erklärung von Addis Abeba“ bekräftigte die Gründungsdokumente mit dem Ziel, die afrikanische Einheit zu schaffen. Zur Stärkung der OAU wurde u.a. beschlossen, die PANA (Panafrikanische Nachrichtenagentur) finanziell zu stärken und bei der UN in New York ein OAU-Büro einzurichten. Den azanischen Befreiungsbewegungen ANC und PAC wurde empfohlen, den bewaffneten Kampf zu verstärken und die politischen Differenzen zu überwinden. Die PANA berichtete am 25.5. dazu: „Die Deklaration bestätigte auch die Vorrangstellung des bewaffneten Kampfes und beschloß, die finanzielle und materielle Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen (ANC und PAC) zu erhöhen, um diesen eine Intensivierung des bewaffneten Kampfes zu ermöglichen ... Die Führer unterstrichen auch ihre Entschlossenheit, umfassende und obligatorische Sanktionen zu verhängen“ und die Frontstaaten zu unterstützen. Die BRD, USA, Frankreich und Großbritannien wurden wegen ihrer Südafrika-Politik namentlich verurteilt. Die OAU wandte sich dagegen, zum Müllablageplatz der westeuropäischen Länder zu werden, die die finanziellen Schwierigkeiten afrikanischen Länder ausnutzen, um dort ihre giftigen Abfälle einzulagern. – (sie)

ne Kündigung bedeutet automatisch den Verlust der Unterkunft. Oft gibt es in der Nähe gar keine anderen Wohnunterkünfte. Die Entlassenen werden dann meist in die Homelands deportiert. Zusammen mit der Kontrolle der Farmarbeiter durch den rassistischen Staat bedeutet also eine Entlassung auf der Farm eine Abschiebung in Hunger und Elend für die ganze Familie. Diese Lage behindert den Aufbau von Gewerkschaften erheblich. So berichtete Phillip Masia von der Orange Vaal General Workers Union auf einem Forum über Farmarbeiter, daß er nach langen Erklärungen über den Zweck der Gewerkschaft von Farmarbeitern gefragt wurde: „Sage uns bitte, was kann die Gewerkschaft für uns machen, wenn wir entlassen werden?“ Und er mußte ihnen ehrlicher Weise antworten, daß die Gewerkschaft nicht einmal beim Arbeitsgericht gegen unfaire Entlassun-

gen klagen kann, da für die Farmarbeiter das Gesetz über die Arbeitsbeziehungen nicht gilt. Nach den erfolgten Kündigungen auf der Impala-Farm zog Motsoadi den Organisator, NUF-Generalsekretär Tshaka Moletsane, zu Rate. Dieser riet den Arbeitern, ihre Arbeitsanzüge anzuziehen und jeden Tag bei der Arbeit zu erscheinen, während die Gewerkschaft versuchen würde, die Wiedereinstellung zu erreichen. Seither ist die Situation festgefahren, da der Farmer sich weigert, mit der Gewerkschaft oder dem Vertrauensmann zu reden. Die Gewerkschaft überprüft derzeit, inwieweit doch rechtlich Widerspruch gegen die Entlassung eingelegt werden kann. Der Farmer, der damit gedroht hat, eine gerichtliche Verfügung für die Räumung der Arbeiter von seinem Grundstück zu erwirken, hält nach Angaben von Motsoadi seinen Farmbetrieb dadurch aufrecht, daß er

Arbeitslose aus der Umgebung anheuert oder nachmittags weiße Schulkin-der beschäftigt. Die Beschwerden der Arbeiter richten sich gegen die Löhne, die zwischen 70 Rand für Blumenpflückerinnen und 450 R für einen Fahrer, der 23 Jahre auf der Farm gearbeitet hat, liegen (im Monat). Der Farmer stellt freie Unterkunft zur Verfügung, und jede Familie erhält von ihm einmal im Monat einen Sack Maismehl.

Entschädigungen bei Unfällen haben die Arbeiter nie erhalten, sagt Motsoadi, obwohl das Gesetz über die Zahlung von Entschädigungen auch für die Farmarbeiter gilt. Im letzten Jahr wurden drei Arbeiter der Farm während der Arbeit bei einem LKW-Unfall getötet. Der Farmer beteiligte sich mit insgesamt 200 R an den Bestattungskosten. Die Gewerkschaft versucht jetzt, die den Arbeitern zustehende Entschädigung und eine Zah-

Dominikanische Republik: Erhöhung des Mindestlohnes

Zwischen Vertretern der Regierung, der Kapitalisten und der Gewerkschaften wurde Ende Mai ein Abkommen geschlossen, das die Erhöhung des Mindestlohnes um 33%, bessere medizinische und soziale Leistungen für die Arbeiter und ihre Familien vorsieht. Die Gewerkschaften konnten ihre Forderungen damit nicht vollständig durchsetzen. Nach Preiserhöhungen um 50% vor über zwei Monaten hatten Gewerkschaften und linke Organisationen heftige Protestaktionen durchgeführt. – (sie)

USA: Streik der Autoren in Hollywood

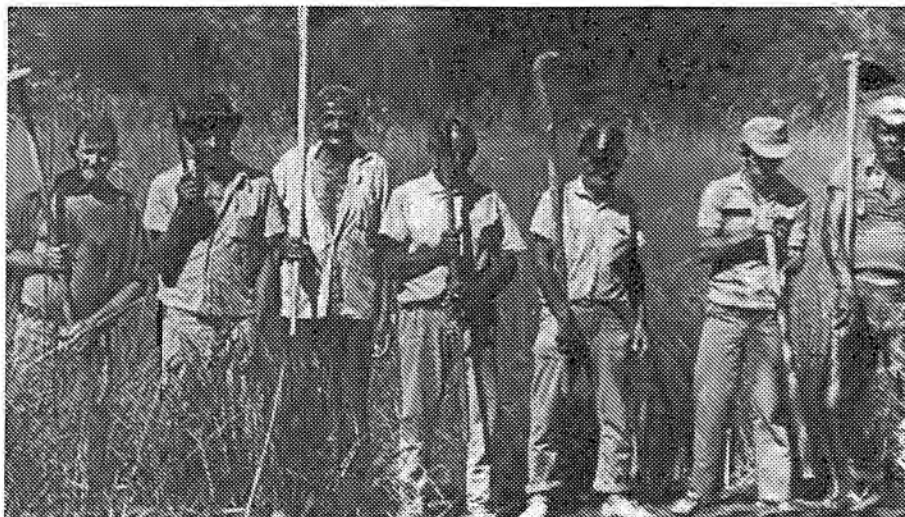
Seit über einem Vierteljahr befanden sich die Mitglieder der Autorengegewerkschaft für die Film- und Fernsehindustrie, „Writers Guild of America“, bereits Ende Mai im Streik. Die ca. 10000 Mitglieder der „Writers Guild“ fordern u.a. höhere Honorare beim Weiterverkauf von Programmen im Kabelfernsehen und auf dem Videomarkt. Mehr als die Hälfte der Autoren verdient weniger als 20000 Dollar im Jahr. Die Autorengegewerkschaft hat bis jetzt eine halbe Million Dollar an Streikgeldern ausgezahlt und richtet sich mit einer Streikkasse von 2,2 Mio. Dollar auf einen längeren Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen ein. Seit 1960, als die Autoren über fünf Monate streikten, ist dies bereits der fünfte Streik der „Writers Guild“. Der jetzige Ausstand zeigt bereits Auswirkungen auf die Fernseh- und Filmindustrie mit über 200000 Beschäftigten in Los Angeles: Für Herbst und Winter 1988 vorgesehene Filmpremierer mussten verschoben werden; die neue Fernsehserie im September soll nun einen Monat spä-

ter beginnen; in der Hauptsendezeit werden den Zuschauern immer häufiger alte Sendungen vorgesetzt. Bei den großen Fernsehanstalten ABC, CBS und NBC sind Werbeeinnahmen gefährdet. – (sie)

Generalstreik in Ekuador

In Ekuador hat am 1. Juni ein eintägiger Generalstreik stattgefunden, zu dem die Gewerkschaften der „Vereinigten Arbeiterfront“ aufgerufen hatten. Tags zuvor hatte die Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen, nachdem es in der Hauptstadt Quito

zu massiven Protestdemonstrationen von Studenten gegen das Regime gekommen war. Die Polizei griff die Demonstranten mit Tränengas an und nahm über fünfzig Personen fest. Die Regierung mußte den Ausnahmezustand am 1. Juni wieder aufheben, so daß der Generalstreik ohne weitere Zwischenfälle stattfinden konnte. Die „Vereinigte Arbeiterfront“ hatte zu dem Streik aufgerufen, weil die Regierung den Arbeitern und Angestellten angesichts einer Inflationsrate von 48% nur eine Lohnerhöhung von 31% angeboten hatte. Die Gewerkschaft hatte 141% gefordert. – (kfk)



Seit Ende Mai halten die Bauerproteste in Kolumbien an. Zehntausende von Bauern protestieren mit Demonstrationen und Sternmärschen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung und fordern u.a. die Zuteilung von Land sowie die Verstaatlichung ausländischer Rohstoffkonzerne wie die Ölfirmen, die sich das Land der Bauern und indianischen Gemeinschaften mit Waffengewalt und Billigung durch die Regierung aneignen. Zudem wenden sie sich gegen den „schmutzigen Krieg“, den von der Armee unterstützte „Todesschwadronen“ führen und die 1988 bereits Hunderte von Gewerkschaftern und Linke ermordet haben. Die kolumbianischen Guerillaorganisationen wie z.B. die ELN unterstützen die Aktionen der Bauern. In Bogotá besetzten 60 Jugendliche aus Solidarität mit den Bauernprotesten die mexikanische Botschaft. – (sie)

lung von der Fahrzeugversicherung zu erhalten.

Nachdem die südafrikanische Zeitung „Weekly Mail“ mit den Arbeitern gesprochen hatte, bat sie einen Beamten des Farmbüros um eine Stellungnahme. Eine Familienangehörige des Eigentümers sagte, ein gewisser Mr. van der Hoost sei der einzige, der mit der Presse sprechen könne. „Aber der will nicht mit Ihnen sprechen“, sagte sie. „Uns macht es nichts aus, wenn Sie die Sache nur aus der Sicht der Arbeiter veröffentlichen.“

Moletsane begann mit dem Aufbau der Gewerkschaft der Farmarbeiter (NUF) auf Schweinefarmen und in Baumschulen, die die Straße zwischen Krugersdorp und Magaliesburg zahlreich umsäumen. Für ihn ist das Ergebnis der Auseinandersetzung bei Impala von entscheidender Bedeutung. Ein Sieg würde die NUF-Mitglieder in dieser Region, die die NUF

als ihre stärkste Basis betrachtet, überzeugen, daß die Organisation etwas zu bieten hat. Eine Niederlage würde für die NUF ein ernster Rückschlag bedeuten. Sie will diese Region als Brückenkopf benutzen zu den Maisfarmen in Westtransvaal. Die Hindernisse, denen die Gewerkschaft sich gegenüber sieht, sind typisch. Alle Gewerkschaften, die einen Vorstoß in den Agrarsektor unternehmen, müssen sich darauf einstellen. Die NUF hat nicht die Möglichkeit, vor dem Arbeitsgericht auf unfaire Entlassung zu klagen. Auf den Farmen gibt es keine festgelegten Mindestlöhne oder Grundbedingungen der Beschäftigung; es gibt keine kollektiven Verhandlungsmethoden, und Farmarbeiter können keine Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen, wenn sie ihren Job verlieren. Die Arbeiter haben nie einen Arbeitsvertrag unterschrieben, und damit kann die NUF

lediglich das Gewohnheitsrecht und die mündliche Zusage des Farmers auf Beschäftigung in einem juristischen Kampf um die Wiedereinstellung der Arbeiter anführen.

Auf privaten Farmen wird es den Gewerkschaften sogar unmöglich gemacht, mit den Farmarbeitern Kontakt aufzunehmen. Betreten sie den privaten Grund und Boden, so werden sie von dem Besitzer oder seinem Sohn weggejagt. Deshalb werden gegenwärtig auch Überlegungen angestellt, mit der Organisation auf den Farmen zu beginnen, die zu einem Konzern gehören, in deren Fabriken oder Verwaltungen bereits viele gewerkschaftlich organisiert sind, und die dann bei eventuellen Entlassungen auf den Farmen die nötige Unterstützung geben.

Quellenhinweis: Azania-Nachrichten 5/88; South African Labour Bulletin, Juli 1987) – (obj)

– Veröffentlichungen –

Ketzerbriefe Nr. 10

Da hört denn auch bei manchen Linken der Spaß auf, wenn kritisch über Kirche und Religion hergezogen wird. Religiöse Gefühle sitzen offensichtlich sehr tief und werden zäh verteidigt. Deshalb bedarf es ziemlicher Anstrengung, Berichte über die strafrechtliche Verfolgung von Kirchengegnern in der BRD gebührend bekanntzumachen. Die Verfolgungen geschehen mit Hilfe des Paragraphen 166 StGB: Mit bis zu drei Jahren kann mit ihm wegen „Gotteslästerung“ verurteilt werden. Funktion und Aufgabe des § 166 StGB, der ausschließlich die Glaubensfreiheit der evangelischen und katholischen Kirche schützt, nicht etwa die von „Ungläubigen“, ist die Verhinderung der Aufklärung über die Geschichte der Kirche und das reaktionäre Wesen der Religion.

Im April 1988 sind nun zum zehnten Male „Ketzerbriefe – Prozeßinformation über die laufende Verfolgung von Atheisten in der BRD“ im AHRI-MAN-Verlag, Postfach 6569, 7800 Freiburg, erschienen. In ihnen werden Dokumente laufender Verfahren abgedruckt und Belege für das gezielte Zusammenwirken von Justiz und Klerus zum Zwecke der Verfolgung.

Den jüngsten Erfolg ihrer Arbeit konnten die „Ketzerbriefe“ in dieser Nummer noch gar nicht vermelden: Den Freispruch im Verfahren gegen die beiden Redakteure des Würzburger Magazins „HERRSCHMIDT“. Der Staatsanwalt hatte u.a. wegen der Bezeichnung des Kardinals Höffner als „Ober guru der christkatholischen Sekte in der BRD“ 90 Tagessätze zu je DM 60 beantragt. Die Ketzerbriefe hatten ausführlich berichtet. – (hel)

Multis als Förderer der azanischen Gewerkschaften?

Anfang dieses Jahres erschien im Verlag Neue Gesellschaft das Buch „Schwarze Gewerkschaften in Südafrika“ von Werner Puschra. Hauptanliegen des Autors ist, nachzuweisen, daß die multinationalen Unternehmen in Südafrika die entscheidende Kraft ist, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schwarzen verbessert und die Abschaffung der Apartheid bewirken kann. Der Nachweis besteht hauptsächlich aus Beschönigungen, Auslassungen und unbewiesenen Behauptungen.

Als Beleg für seine These führt W. Puschra an, daß die multinationalen Unternehmen im Vergleich zu den nationalen höhere Löhne zahlen, bessere Sozialleistungen gewähren und nach einigen Windungen und Wendungen die schwarzen Gewerkschaften früher anerkannt haben. „Durch

ihr Verhalten trugen sie dazu bei, die Position schwarzer Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu stärken und damit die Voraussetzungen für die Entstehung und Entwicklung von schwarzen Gewerkschaften zu schaffen. ... Dieses Verhalten hat den unabhängigen schwarzen Gewerkschaften über eine schwierige Phase ihres Entwicklungsprozesses hinweggeholfen. Es hat dazu beigetragen, ihr Überleben zu sichern und ihre Basis zu stärken.“ (S. 90/156). Daß die azanischen Arbeiter jede Lohnerhöhung, jede soziale Leistung und die Anerkennung jeder ihrer Gewerkschaften immer in harten Arbeitskämpfen gegen die Kapitalisten durchsetzen mußten und müssen, ver-



Hamburg: Bankenaktionstag 27.5.88.

schweigt W. Puschra. Nur an zwei Stellen deutet der Autor an, daß die imperialistischen Konzerne „nicht völlig uneigennützig“ (S. 90) Zugeständnisse machen: „Ein weiteres Motiv für Verhaltensänderungen war die zunehmende internationale Aufmerksamkeit für die Aktivitäten von multinationalen Unternehmen in Südafrika. ...“ (S. 90) Und: „Ohne die Aktionen der schwarzen Gewerkschaften selbst wären keine Veränderungen eingetreten.“ (S. 100)

Selbstverständlich ist W. Puschra ein Gegner von Sanktionen gegen Südafrika. „Im besten Falle wären ihre Wirkungen neutral (weil zu umgehen, d.V.). Im schlechtesten Fall würden sie zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und damit auch zu einer Schwächung der schwarzen Gewerkschaften führen.“ (S. 93) Mit keinem Wort erwähnt W. Puschra an dieser Stelle oder anderswo, daß alle unabhängigen schwarzen Gewerkschaften und ihre Dachverbände umfassende und verbindliche Sanktionen gegen Südafrika fordern. Die Absicht des Autors, Lügen über den azanischen Befreiungskampf zu verbreiten, wird hier besonders deutlich.

Mit Auslassungen bis hin zu Lügen arbeitet W. Puschra auch bei der Darstellung der Politik der azanischen Gewerkschaften, insbesondere des

Dachverbandes NACTU (vorher CUSA/AZACTU) und seiner Vorläufer. Um den Leser für die einseitige Unterstützung des Dachverbandes COSATU zu gewinnen, werden die in NACTU organisierten Gewerkschaften diskreditiert. Sie seien „in ihrem Verhalten gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat konzilianter“ (S. 196); der Dachverband verstehe sich „primär als Serviceeinrichtung im Ausbildungs- und juristischen Bereich“ (ebd.); das Prinzip der NACTU-Gewerkschaften, keine Weiblen in die Führung aufzunehmen, sei rassistisch und bedeute, „nicht den Versuch zu machen, die Rassenunterschiede im Arbeitsleben zu überwinden“ (ebd.). Die Absichten des Autors sind eindeutig: Die westdeutsche Solidaritätsbewegung mit dem azanischen Befreiungskampf – insbesondere in den Gewerkschaften – soll gespalten und gleichzeitig für die Stärkung des imperialistischen Einflusses in Südafrika gewonnen werden. – (bab)

Gewerkschaft der Polizei und Arbeitskämpfe

Nachdem die Kapitalisten in den letzten Streiks in der Druckindustrie, aber auch in verschiedenen Auseinandersetzungen in der Metallindustrie die Polizei zur Sicherung von Streikbruch angefordert und erhalten haben, begann innerhalb der GdP eine Diskussion um den Einsatz gewerkschaftlich organisierter Polizisten gegen Mitglieder des gleichen Gewerkschaftsbundes. Auslöser für die vor kurzem veröffentlichte Broschüre war dann die Auseinandersetzung um die Besetzung der Ruhrbrücke in Duisburg durch Stahlarbeiter von Krupp in Protest gegen die drohende Schließung des Stahlwerkes in Rheinhausen, bei der sich die Polizei zurückhielt. Die Gewerkschaft der Polizei schwankt in der Broschüre zwischen der Verteidigung des Beamtenrechts und des Rechtsstaates und der Unterstützung gerechter Anliegen von Lohnabhängigen. Schlußendlich will sie jedoch den Rechtsstaat verteidigen und appelliert an die „Kollegen“, sich selbst auch rechtsstaatlich zu verhalten und den Aufforderungen der Polizei, wenn sie denn kommt, zu folgen. Außerdem verteidigt die GdP den nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor, der den Nicht-Polizeieinsatz in Duisburg schließlich für richtig befunden hat. Wichtig ist jedoch der Hinweis, daß gerade in Arbeitskämpfen die Polizei selten aus eigenem Entschluß bzw. aufgrund von Anordnung des Polizeipräsidenten kommt, sondern meistens von den Kapitalisten gerufen wird. Die Broschüre richtet sich an Polizisten und enthält vorsichtige Tips, wie sich der einzelne Polizist einem ungewünschten Einsatz entziehen kann. Eine arbeitsrechtliche Untersuchung, welche Möglichkeiten

denn tatsächlich bestehen, nicht nur Einsätze gegen Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch andere Besitzlose zu vermeiden, wäre nützlicher gewesen. – (GdP, Arbeitskampf und Polizei, kostenlos, zu beziehen über: Ortsgruppen der GdP – uld)

Metallkapitalisten Köln und Krankheit

Der Arbeitgeberverband Metall Köln hat den Heidelberger Professor Schiperges gewonnen, in der verbandseigenen Schriftenreihe zum Thema „Was macht uns krank“ zu schreiben. Die Schrift richtet sich an die Mitglieder des Verbandes und enthält einige eher hinterhältig formulierte Aufforderungen an die Kapitalisten und die Regierung in Sachen Gesundheitspolitik. Eines steht für Schiperges fest: Gesund bleiben die Leute nicht aufgrund ihrer Lebensumstände, sondern „gesund erhält uns zunächst einmal alles das, was wir ererbt von Vätern und Müttern, unsere genetische Matrix, eine Erbmasse, die uns mehr determiniert als uns bewußt ist oder lieb sein mag.“ Er beschränkt diese Feststellung nicht etwa auf die Tatsache, daß es Krankheiten gibt, die durch genetische Schäden verursacht werden, sondern hält sie ganz allgemein. Zum zweiten knüpft Schiperges an die Bestrebungen an, die international vereinbarte, in den Grundlagen der Weltgesundheitsorganisation festgelegte Definition von Gesundheit – die das Nichtvorhandensein von Krankheit enthält – zu beseitigen. Ausdrücklich bezieht er sich auf eine 1982 vorgeschlagene Definition: „Gesund wäre danach ein Mensch, der mit oder ohne nachweisbare oder für ihn wahrnehmbare Mängel seiner Leiblichkeit allein oder mit Hilfe anderer ein Gleichgewicht findet, entwickelt und aufrecht erhält, das ihm ein sinnvolles, auf die Entfaltung seiner persönlichen Anlage und Lebensentwürfe eingerichtetes Dasein und die Erreichung von Lebenszielen im Ganzen ermöglicht, so daß er sagen kann, mein Leben; dazu gehört dann auch meine Krankheit, mein Sterben.“ Mag sein, daß einer, der seine Anlagen und Vorstellungen verwirklichen kann, weil ihm das dazu nötige Kapital zur Verfügung steht, auch die Krankheit als Teil der Gesundheit betrachten könnte. Die Krankheiten von Lohnabhängigen betrachtet Schiperges dann auch anders, die sind im großen und ganzen durch eine freigewählte ungesunde Lebensweise selbstverschuldet. Vor allem die Tatsache, daß viele Lohnabhängige in ihrer doch so spannenden Arbeit keine Erfüllung, sondern Qual sehen, sei ein Umstand der sie krankmache. Ändern sie ihre Einstellung, werden sie auch gesund. (H. Schiperges, Was uns krank macht, Arbeitgeberverband Köln, Herwarthstr. 18-20, 5000 Köln 1 – uld)

Niedersachsen

CDU-Hasselmann macht scharf – DKP politisch bekämpfen

Der in Garbsen unterrichtende Lehrer Karl-Otto Eckartsberg ist am 13. Mai 88 erneut von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover wegen seiner Tätigkeit für die DKP aus dem Dienst entfernt worden. Der niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann bezeichnet als Zweck dieser Verfahren, die DKP politisch zu bekämpfen.

Der Vorsitzende der VG-Disziplinarkammer, Otto Groschupf, bezeichnete in der Urteilsbegründung die DKP als verfassungswidrige Partei, weil sie die Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse anstrebe, was mit der Volkssouveränität unvereinbar sei und keinen Raum mehr für unabhängige Gerichte lasse. Das sei auch ein wesentlicher Grund für das Verbot der KPD 1956 gewesen, an welche die DKP anknüpfe.

Erstmals wurde mit diesem Urteil ein niedersächsischer Beamter ausschließlich wegen der Übernahme von Funktionen in der DKP entlassen. 1983 war Eckartsberg vom selben Verwaltungsgericht wegen öffentlicher Kandidatur entlassen worden, hatte jedoch mit der Berufung vor dem Obergericht Lüneburg dagegen Erfolg.

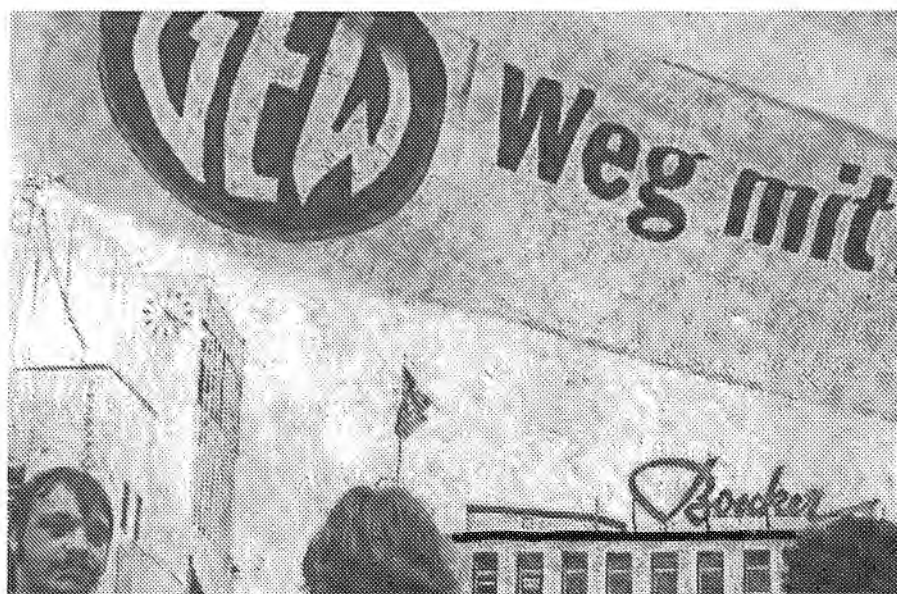
Bedeutsam ist, daß in diesem Verfahren auf Antrag der Verteidigung sowie des Prozeßvertreters der Regierung der Politikwissenschaftler Jürgen Seifert, Experte für der Parteienwesen der BRD, ein Gutachten anfertigte, ob erstens das Statut, zweitens die Organisation und drittens die Zielsetzung der DKP als verfassungsfeindlich anzusehen seien. Das Ergebnis: Die DKP-Strukturen sind nicht weniger demokratisch als die anderer Parteien in der BRD. Weder im Statut noch in der realen Organisation finde sich Ungesetzliches oder Verfassungswidriges. Die Mitglieder seien nicht wie früher auf den Willen der Parteiführung eingeschworen; es sei möglich, unterschiedliche Auffassungen zu vertreten. Damit fiel die Behauptung der niedersächsischen Landesregierung zu Beginn des Verfahrens, in der DKP herrsche Kadavergehorsam, dem alle Mitglieder, die innerparteiliche Funktionen übernehmen, unterworfen sind, zusammen. Bzgl. der Zielsetzung der DKP verwies Seifert auf die Perestroika in der SU und den KPs, die sogar Franz Josef Strauß zur Überzeugung gebracht hätte, daß die Kommunisten keine Weltrevolution mehr anstrebten.

Ausführlich hat sich das Internationale Arbeitsamt in seinem Bericht zur Berufsverbotspraxis der BRD zu dem Fall Eckartsberg geäußert. Im folgenden Auszüge:

„365. Karl-Otto Eckartsberg. Eckartsberg, Lehrer für Englisch und Sport, ist seit 1975 an der Integrierten Gesamtschule in Garbsen, Niedersachsen, tätig. 1978 wurde er zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Der Niedersächsische Disziplinarhof zitierte in seinem Urteil eine günstige Gesamtbeurteilung seiner Leistungen in der Schule; Indoktrinationen der

Schüler durch ihn seien nicht bekanntgeworden. 1980 übertrug ihm die Bezirksregierung Hannover das Amt eines Fachbereichsleiters ‚Gesellschaftslehre‘.

366. Von 1969 bis 1979 gehörte Eckartsberg der SPD an; eine Zeitlang war er Vorsitzender der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hannover-Land. 1979 trat er aus der SPD aus und



schloß sich der DKP an. Nach eigener Angabe hatte die Praxis der ‚Berufsverbote‘ ihn in seinem Entschluß zu diesem Wechsel bestärkt.

367. Im Februar 1982 wies der niedersächsische Minister des Innern den niedersächsischen Kultusminister darauf hin, daß Eckartsberg im September 1981 bei den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert habe. Die Bezirksregierung Hannover führte daraufhin Vorermittlungen gegen den Beamten durch und leitete im Juni 1982 das förmliche Disziplinarverfahren ein. Im September 1983 fand die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover ihn eines Vergehens gegen die Treuepflicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung für schuldig und ordnete seine Entlassung an.

(...)

369. In seinem Urteil zur Hauptbeschwerde (26. Juni 1985) hat der Niedersächsische Disziplinarhof das Urteil der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover aufgehoben. In der Begründung hieß es, Eckartsberg habe zwar mit seinem Verhalten den Tatbestand eines Dienstvergehens erfüllt, aber ein Schuldvorwurf könne ihm nicht gemacht werden. Durch seine Kandidatur habe er sich nach außen hin mit dem Programm der DKP identifiziert. Es sei unerheblich, ob er nach seiner inneren Einstellung das Programm und die Ziele der Partei in ihrer Gesamtheit oder nur insoweit billige, als er sie für verfassungskonform halte. Jedoch habe ihm die Einsicht, daß sein Verhalten eine Pflichtverletzung darstelle, nicht nachgewiesen werden können. Erhebliches Gewicht maß das Gericht dem Vorbringen Eckartsbergs bei, er habe im Blick auf das bisherige Verhalten seines Dienstherrn nicht damit rechnen müssen, daß ihm die DKP-Kandidatur als gravierender Pflichtverstoß zur Last gelegt werde; die Landesregierung habe 1976 erklärt, ihre Politik sei, aus der Kandidatur von Beamten für die DKP keine disziplinarrechtlichen Folgerungen zu ziehen. Die Landesregierung habe offenbar ihre Praxis als Ergebnis des Peter-Urteils des Bundesverwaltungsgerichts geändert.

370. Der niedersächsische Kultusminister legte gegen die Entscheidung des Niedersächsischen Disziplinarhofs keine Berufung ein; Eckartsberg wurde wieder in den Dienst aufgenommen.

371. Im November 1985 gab die Landesregierung ein Rundschreiben über die Verletzung der Pflicht zur Verfassungstreue durch Beamte durch Beteiligung an verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Übernahme von Kandidaturen für verfassungsfeindliche Parteien heraus. Sie wies darin alle Beamten auf zwei Urteile des Niedersächsischen Disziplinarhofs, dar-

unter den Fall Eckartsberg, hin, um klarzustellen, daß eine Kandidatur für die DKP eine Verletzung der politischen Treuepflicht des Beamten darstelle und den Dienstvorgesetzten Veranlassung geben müsse, disziplinäre Vorermittlungen einzuleiten.

372. Im Juli 1986 leitete die Bezirksregierung Hannover ein neues Disziplinarverfahren gegen Eckartsberg ein. Sie erklärte, nach dem Ergebnis der Vorermittlungen sei er im Januar 1986 zum Vorsitzenden der Kreisorganisation Hannover-Land der DKP sowie im März 1986 in den Bezirksvorstand der Bezirksorganisation Niedersachsen gewählt worden; ferner sei er für seine Verdienste um die DKP und seine Bemühungen im Kampf gegen die ‚Berufsverbote‘ mit der Ernst-Thälmann-Medaille der DKP ausgezeichnet worden. Durch die Mitgliedschaft in der DKP, die Übernahme hochrangiger Parteiämter

GEW hat 1983 in einer Entschließung gegen die ‚Berufsverbote‘ in Niedersachsen im allgemeinen und gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover im Fall Eckartsberg und seine Entfernung aus dem Dienst protestiert. Der Gewerkschaftstag forderte die Landesregierung auf, alle Disziplinarverfahren aus politischen Gründen einzustellen, den Grundsatz zu achten, daß niemand wegen der Wahrnehmung eines Grundrechts aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden darf, alle Betroffenen zu rehabilitieren und einzustellen und alle Bespitzelungen bei der Wahrnehmung demokratischer Rechte sofort zu beenden. Im Mai 1986 protestierte der Landesverband Niedersachsen der GEW gegen die Absicht der Landesregierung, ein neues Verfahren gegen Eckartsberg einzuleiten; es sei unerträglich, daß jemand wegen legaler Aktivitäten für eine legale Partei mit dem Verlust sei-



und die Entgegennahme parteiinterner Auszeichnungen bestehe der Verdacht, daß er sich mit den Zielen und Inhalten einer Partei, die nach einheitlicher Meinung verfassungsfeindliche Ziele verfolge, identifiziere und zugleich seine berufliche Stellung als Beamter des Landes Niedersachsen in den Dienst dieser Partei einbringe. Im August wurde Eckartsberg vorläufig des Dienstes enthoben, weil die Schwere des ihm vorgeworfenen Dienstvergehens wahrscheinlich zu seiner Entfernung aus dem Dienst führen werde. Nach einem Pressebericht hat Eckartsberg erklärt, ihm seien weder während des Verfahrens noch hinterher irgendwelche Auflagen gemacht worden, die es ihm verboten hätten, innerhalb seiner Partei Funktionen zu übernehmen.

373. Eckartsberg ist Mitglied der GEW. Der Gewerkschaftstag der

ner beruflichen Existenz bedroht werde. In Gesprächen mit dem Ausschuß (der IAO, d. Red.) haben Vertreter der GEW im August erklärt, die neuen Verfahren gegen Eckartsberg und andere Lehrer stellten eine Verschärfung der Praxis in Niedersachsen dar; zum ersten Mal würden rein innerparteiliche Tätigkeiten als Beweis für eine Verletzung der Treuepflicht herangezogen.

Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau vom 11./17.05.1988; Bericht des gemäß Artikel 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, durch die Bundesrepublik Deutschland; Genf, Februar 1987, S. 80ff) – (z., AG für antifaschistische Bildungspolitik)

Unterstützung für die „Sechs von Sharpeville“

Stuttgart. Auf ihrer Rundreise berichteten Joyce Mokhesi und Julia Ramashamola, Angehörige der „Sechs von Sharpeville“, an Pfingsten beim Jugendlager der MLPD, einem ökumenischen Frühstück in Bad Boll, einer Gesprächsrunde der Volksfront und der Kundgebung des Friedenstreffens kirchlicher Gruppen, daß am 6./7. Juni das oberste Berufungsgericht in Südafrika berät, ob die Gerichtsverfahren wiederaufgenommen werden müssen. Am 1.6. schrieb L. Kemeth, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart, an Botha mit Durchschrift an Genscher: Als „der Repräsentant von mehr als 110000 Arbeitern und Angestellten fordere ich Ihre Regierung auf, die Todesurteile (gegen die Sharpeville-Sechs) aufzuheben und ihre Freilassung anzuordnen“. Dies forderten auch die Teilnehmer eines Tarifseminars der IG Metall. Am 4.6. führten die Anti-Apartheid-Bewegung und die Volksfront Informationsstände durch. Über 430 Unterschriften wurden für die Aufhebung der Todesurteile und für die Freilassung der „Sechs von Sharpeville“ gesammelt. – (ulk)

„Nationale Führung“ in Palästina gebildet

Hildesheim. Auf einer Veranstaltung des Palästina-Komitees Hildesheim am 30. Mai informierte ein Palästiner über die Bildung einer „Vereinigte(n) Nationale(n) Führung des Aufstandes“ (VNF) und über ihre Forderungen. Seit dem 8. Dezember 1987 führen die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten einen Volksaufstand, der von der VNF, die sich erstmals am 3. Januar 1988 mit einer Erklärung zu Wort meldete, organisiert wird. Die VNF hat sich im Verlauf des derzeitigen Kampfes herausgebildet. Ihr gehören Vertreter der wichtigsten palästinensischen Organisationen an, die in der PLO zusammengefaßt sind. Die VNF repräsentiert in ihrer Zusammensetzung die verschiedenen Klassen des palästinensischen Volkes, die Arbeiter, Bauern und die Nationalbourgeoisie sowie unterschiedliche soziale Gruppen und Berufsgruppen. In den letzten Wochen traten der „Vereinigten Nationalen Führung“ auch Repräsentanten derjenigen religiösen Richtungen bei, die sich auch dem Programm der PLO verpflichtet fühlen. Grundlage der „Nationalen Führung“ ist das Programm der PLO. Durch die jetzige Art des Kampfes erhoffen sich die Palästinenser eine ähnliche Wirkung und Unterstützung wie dies in Vietnam der Fall war. Eine bewaffnete Unterstützung durch die PLO sei derzeit nicht möglich, da sie kein unterstützendes Hinterland habe. – (anp)



Anläßlich der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank am 27. Mai in Hamburg blockierten Mitglieder des Aktionsbündnis „Kein Geld für Apartheid“ mehrere Filialen der Dresdner Bank. Nachmittags fand eine Demonstration gegen die Unterstützung des südafrikanischen Siedlerregimes durch westdeutsche Banken statt (Bild), an der sich 1000 Menschen beteiligten. – (bab)

Flüchtlingswohnheim soll aufgelöst werden

Freiburg. Das Regierungspräsidium Freiburg will das Wohnheim für Asylbewerber – kein Sammelager im üblichen Sinn – in der Idingerstraße auflösen und die dort bisher untergebrachten Flüchtlinge auf die Landgemeinden um Freiburg herum verteilen. Das ist die Reaktion auf den Hungerstreik der Flüchtlinge, durch den diese erreichen wollten, daß ihnen die Sozialhilfe in Geld ausbezahlt wird (vgl. Pol.Ber. 10/88). Das Regierungspräsidium kann darauf verweisen, daß diese Forderung jetzt erfüllt ist, da bei Unterbringung außerhalb von Sammelagern oder Wohnheimen Sozialhilfe in Geld ausbezahlt wird. Die Auflösung des Wohnheims hat nach Einschätzung aller die Flüchtlinge unterstützenden Organisationen den Zweck, in Zukunft derartige Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung von Mindestbedingungen zu verhindern. Zudem werden Widersprüche in den Gemeinden geschürt, die die Flüchtlinge jetzt aufnehmen sollen. – (ulb)

Geldstrafe wegen Flugblatt über „Startbahnschüsse“

Nürnberg. Am 11. Mai verurteilte Strafrichter Ackermann den presserechtlich Verantwortlichen eines Flugblattes der „Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Nürnberg“ wegen „Staatsverunglimpfung“ zu einer Geldstrafe von DM 2700. Die „Vereinigung“ hatte ein Flugblatt verfaßt, welches sich mit den Umständen der Schüsse an der Startbahn West, den Folgen und deren Ausnutzung durch die Reaktion auseinandersetzte. Die Verfasser wandten sich dagegen, die Ereignisse den Autonomen in die Schuhe zu schieben und für eine weitere Entfesselung des Staatsapparates zu benutzen. Als „Staatsverunglimpfung“ wertete der Richter vor allem jene Flugblattpassagen, in denen die „Initiative“ die Möglichkeit einer Aktion des Staatsschutzes nicht ausschließen wollten. Gegen den Prozeß hatten sich u.a. Abgeordnete der SPD, Humanistische Union, Bund für Geistesfreiheit, die Grünen und SDAJ, ausgesprochen. – (ola)

Buchhändler gegen Zensurparagrafen

München. Zur Unterstützung eines Briefes an den Börsenverein des deutschen Buchhandels e.V. wird aufgefordert. Die schriftliche Rückantwort kann gerichtet werden an Basis Buchhandlung & Antiquariat GmbH, Adalbertstr. 41 b, 8000 München 40. In diesem Brief steht u.a.:

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind Sie sich dessen bewußt, daß so mancher ganz zivil aussehende Kunde ein Scheinkäufer im Auftrag des Staates ist? Wissen Sie, daß Sie für den Inhalt einer jeden Publikation verantwortlich sind und dafür strafrechtlich belangt werden können? Seit einiger Zeit häufen sich Gerichtsverfahren gegen Buchhändler/innen. Der Verkauf politisch unliebsamer Zeitschriften führte vielerorts zu Anklagen wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a, Abs. 3 StGB.) und zu Verurteilungen zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen ... Die neuen Gesetze des § 88a und § 130b (Verbreitung und Befürwortung von strafbaren Handlungen) setzen alarmierende Signale für den Buchhandel über die Grenzen Bayerns hinaus. Mit dem Geist einer demokratischen Verfassung hat dies nicht mehr das Mindeste gemein. Es ist an der Zeit, daß der gesamte Buchhandel sich entschieden gegen diese unzumutbaren Zensurmaßnahmen wehrt und sich mit den bisher Verurteilten solidarisch erklärt.“ – (dil)

Volkswagen AG

Der Haustarif soll weg Lohnsenkung und Intensivierung

„Ein Problem wird VW noch bereinigen müssen: Die im Vergleich zur Konkurrenz zu geringe Arbeitsproduktivität und Rendite, die sich um die 2% vom Umsatz bewegt, wobei der berühmte VW-Haustarif eine Rolle spielt“, formulierte das Handelsblatt öffentlich die Forderung des anlagepotenten Publikums anlässlich des Verkaufs der bundeseigenen Aktien an VW-Kapital (HB, 23.3.1988). Vorstandsvorsitzender Hahn hatte schon längst verstanden. Die Verbesserung der Umsatzrendite des VW-Konzerns gehöre „zu den Schulaufgaben, die wir noch machen müssen“, bekannte er. (FAZ, 21.8.1987)

Wie jetzt öffentlich wurde, hat der Vorstand seine Schulaufgaben gemacht. „Maßnahmen zur Ertragsverbesserung der Volkswagen AG“ und

– VW bezahlt Heiligabend und Silvester jeweils den ganzen Tag. Alle Konkurrenten nur den halben Tag.

– Bei VW ist die Arbeit an Samstagen nur eingeschränkt möglich und mit 50% Mehrarbeitszuschlag zu vergüten. Bei Fiat und Peugeot ist die Arbeit an Samstagen ohne Zuschläge generell möglich.

– Die Fiat-Werke machen mit 20 Tagen Urlaub auch 10 Tage Urlaub weniger.

– Der Bildungsurlaub wird im Vergleich mit der westdeutschen Konkurrenz stark in Anspruch genommen. Im Ausland kennt man keinen Bildungsurlaub.

– Die durchschnittliche jährliche Nettoarbeitsstundenzahl eines Leistungslöhners wird bei VW 1989 durchschnittlich 1147 Stunden betragen. Bei



„Tarifpositionen zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze“ heißen die von ihm vorgelegten Papiere. Erklärtes Ziel: Der Haustarif muß weg, um so Lohnsenkung und Intensivierung durchsetzen und die Ertragslage verbessern zu können.

Unter dem Titel „Tarifpositionen – ...“ werden die Angriffsziele auf die Belegschaft vorgestellt:

– Die 40 Minuten Erholzeit pro Schicht für alle Leistungslöhner sollen weg. Fiat und Peugeot hätten keine Erholzeit.

– Der Krankenstand der Leistungslöhner liegt für VW bei 9,8%. Bei Fiat ist er mit 4,1% deutlich niedriger.

– Bei keinem der Konkurrenten gibt es eine dreitägige Erholungszeit pro Jahr für Leistungslöhner.

Fiat 1550.

– Das durchschnittliche Monatsentgelt für Leistungslöhner bei VW liegt ca. 300 DM über dem von BMW.

– Die Arbeitskosten je Stunde werden für VW mit 53 DM angegeben. Für Fiat mit 30 DM.

– Die Konzernleitung plant eine Anhebung der VW-Standardleistung von derzeit 100% auf 120% durch Senkung der Vorgabezeiten. (Zahlenmaterial aus: HB, 30.5.88)

1,3 Milliarden DM, 10000 DM pro Beschäftigtem pro Jahr, soll die angestrebte Kostensenkung bringen. Am 7.6.1988 wird die Verhandlungskommission der IG-Metall Tarifkommission mit dem Vertrauensleutkörper über das angestrebte Sparprogramm debattieren. Einige bisher abgegebene Stellungnahmen von verantwortlichen

Funktionären lassen vermuten, daß die Einsicht in die „Notwendigkeit der Kostenharmonisierung“ einige Verbreitung hat. So zum Beispiel Hugo Schön, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender in Hannover: „Wir sind schon deshalb gesprächsbereit, weil unser Unternehmen inzwischen zu wenig verdient. Die Rendite bei Fiat ist fünfmal höher als die von VW.“ (NP, 30.5.1988) Ebenso Klaus-Peter Mander, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates; man wolle sich zwar keine tariflichen Leistungen kürzen lassen, wisse aber andererseits, „was in der Welt los ist“. (Handelblatt, 3./4.5.1988)

Die Kappung der Leistungen bei VW wird unmittelbare Auswirkungen auf Zulieferer und die Konkurrenz haben. Die Gier anderer Metallkapitalisten wird durch die Signalwirkung, die die Vorgänge bei VW haben, geradezu angestachelt: Arbeiteransprüche haben zu verschwinden. Insbesondere richten sich die Angriffe der VW-Konzernleitung zunächst gegen die Leistungslöhner. Sie sollen sich einem „Leistungspakt der Vernunft“ (VW-Chef Hahn; HB, 20.3.88) unterwerfen.

Diesen weit über den VW-Konzern hinaus wirkenden Angriff abzuwehren, erfordert konsequentes Festhalten an Arbeiteransprüchen. Bisher gemachte Betriebsratsäußerungen stimmen eher bedenklich. – (gow)

Hochschule

Demonstrationen der Fachhochschüler

Hamburg. Nach einem Aufruf der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) wurden in der Woche vom 16.-20. Mai an über 70 Fachhochschulen der BRD Streiks und Protestkundgebungen durchgeführt. Demonstrationen gab es u.a. in Hamburg und Münster mit je 1000, in Wiesbaden mit 2000 Teilnehmern. Die Studenten fordern eine Verlängerung der Regelstudienzeit und Beseitigung der Differenzierung in der Hochschulausbildung.

Zwischen den EG-Staaten wird zur Zeit – in Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes – die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen, besonders der Ingenieur-Diplome, verhandelt. Nur in der BRD gibt es eine zweigleisige Hochschulausbildung; Ingenieure werden an Fachhochschulen in sechs bis sieben Semestern sowie an Universitäten und Technischen Hochschulen in neun bis zehn Semestern ausgebildet. Letztere werden für Leitungsfunktionen sowie für die Entwicklung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden ausgebildet. Erstere sollen mit diesem Methoden die Probleme praktisch lösen können. Zwei

Beispiele: Entwirft der Uni-Ingenieur in der Automobilindustrie ein Programm zur Auswertung von Crash-Tests, so führt der FH-Ingenieur diese Tests durch und wertet sie mit dem Programm aus. Entwickelt der Uni-Ingenieur theoretische Methoden zur Rationalisierung, so muß der FH-Ingenieur damit die Produktionsabläufe überprüfen und Rationalisierungsvorschläge machen.

Diese Arbeitsteilung und die entsprechende Ausbildung wird von den Kapitalisten stets betont und soll weiter ausgebaut werden. Die anderen EG-Länder verlangen aber für die Anerkennung von Hochschulabschlüssen generell eine achtsemestrigte Regelstudienzeit und Mindestausbildungsinhalte. Beides erfüllen die BRD-Fachhochschulen nicht. Daher sollen FH-Absolventen nach dem Studium vier Jahre als „Berufsanwärter“ arbeiten, bis ihr Diplom international anerkannt wird. Mit der Einführung des EG-Binnenmarktes wäre dies auch in der BRD Gesetz. Die „Berufsanwärter“ wären vier Jahre rechtlose und billige Arbeitskraft auch bei bundesdeutschen Konzernen.

Die VDS und fast alle Fachhochschul-Asten fordern eine Regelstudienzeit von mindestens acht Semestern und und treten für eine einheitliche Ausbildung der Ingenieure ein. – (vde)

Kieler Woche

Bourgeoisie beharrt auf ihrem Besitzanspruch

Kiel. Nach dem einstimmigen Beschluß der Kieler Ratsversammlung, das Leitthema der diesjährigen Kieler Woche mit „Medien – Macht – Meinungen“ festzulegen, vergab der Magistrat den Hauptkongreß an die IG-Medien. Bereits im Februar protestierte die Industrie- und Handelskammer, sie sehe durch die Vergabe des Kongreß-Themas an eine Gewerkschaft die „notwendige Pluralität nicht gewährleistet“. Die Unabhängige Landesanstalt für Rundfunkwesen (sprich: Privatrundfunk), die Verbände der Zeitungsverleger und der Journalisten seien bisher nicht vertreten. IHK und CDU-Ratsfraktion propagierten Gegenveranstaltungen der genannten Verbände. Der dreitägige IG-Medien-Kongreß wird jetzt unter dem Thema „Medien in Europa – Kommunikation oder Kommerz“ sowie „Auswirkungen auf die Arbeitnehmer“ durchgeführt. Geplant ist, diesen Kongreß mit einer Kieler-Erklärung abzuschließen. In den Stadtteilen werden in Kultur- und Gemeindezentren Diskussionsveranstaltungen mit Themen, wie „Die verkabelte Gesellschaft – Kosten – Nutzen – Folgen“, „Kampfpresse oder

Kampf der Presse?“, „Erfahrungen der Gewerkschaften mit den Medien“ und „Zensur findet statt“ durchgeführt.

Zu einer weiteren längeren Auseinandersetzung führte der Wunsch der Grünen, als Ehrengäste der Kieler Woche Ursula Penselin und I. Stobel einzuladen. Die Begründung der Grünen: Beide sind ehrenwerte Journalistinnen, die wegen ihres Engagements gegen die Gen-Technologie in die Mühlen der Justiz geraten sind. Sie sitzen seit dem 20. Dezember in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, von Anschlägen der „Roten Zora“ gewußt zu haben, ohne bisher auch nur eine zusammengebastelte Anklage vorlegen zu können. Kiels Oberbürgermeister Luckardt erklärte, er werde diese Einladung nicht unterzeichnen. Er hatte die Unterstützung der CDU. Mit den Stimmen von Grünen und SPD wurde diese Einladung dann ausgesprochen und mit der Unterschrift der Stadtpräsidenten versandt. Für den Kieler Yacht-Club war das Anlaß genug, seinen Ehrengästen mitzuteilen, sie „möchten sich in diesem Jahr nicht als Gäste der Landeshauptstadt, sondern als Gäste der vier Vereine betrachten, die die Segelregatten der Kieler Woche veranstalten“.

Die Grünen führen während der Kieler Woche am 20. Juni eine Veranstaltung mit den Rechtsanwälten der beiden Frauen durch. In einem Schreiben an die Stadtpräsidenten hat sich Strobls Rechtsanwalt für die Einladung „namens seiner Mandantin“ bedankt und wertet sie als „Geste entsprechend der Menschenrechtskonvention“ und als Akt der „Menschlichkeit“. Der zuständige Ermittlungsrichter in Karlsruhe hat inzwischen den Antrag auf Hafturlaub abgelehnt.

Bundespräsident Weizsäcker hat zum vierten Mal die Einladung zur Eröffnung abgelehnt, Phillip Jenninger wird die üblicherweise mit politischen Störaktionen versehene Eröffnungsfeier vornehmen. – (kaq)

Kurdistan-Demonstration

Gegen die Angriffe der Bundesanwaltschaft

Karlsruhe. 800 Leute beteiligten sich am 20. Mai an einer Demonstration gegen die Verfolgung kurdischer Organisationen durch den Staatsapparat der BRD. Aufgerufen für Baden-Württemberg hatte der Patriotische Arbeiter- und Kulturverein Kurdistans. Antimperialisten, BWK und Volksfront unterstützten die Demonstration. Das Kurdistan-Komitee Karlsruhe verlas eine Grußadresse.

Erstmals seit vier Jahren war es möglich, eine genehmigte Kundgebung vor der Bundesanwaltschaft

durchzuführen. Die Demonstration forderte die Freilassung der verhafteten Kurden. Der Bundesanwaltschaft wurde eine Resolution übergeben und vor dem Gebäude ein Kranz niedergelegt für eine Kurdin, die nach den Verfolgungsmaßnahmen durch den westdeutschen Staatsapparat Selbstmord begangen hatte.

Feyka schrieb im Aufruf zur Demonstration: „Seitdem (der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens der Generalbundesanwaltschaft gegen kurdische Organisationen wegen Verstoß gegen § 129a StGB im Juli 1987, Red.) wurden über 100 Kurden festgenom-



men und wieder freigelassen. Zuletzt wurden seit Februar 1988 um die 30 Kurden festgenommen, von denen insgesamt 13 in die Isolationshaft gesteckt wurden.“

Und zu den Verfolgungsmaßnahmen: „Welche Ziele werden bei all diesen Maßnahmen verfolgt? Wofür werden die haarsträubenden Szenarien entworfen? Warum werden die seit nunmehr drei Monaten gefangen gehaltenen Kurden nicht vor Gericht gestellt? Warum werden ständig die Haftbefehle der Gefangenen fallengelassen und immer wieder neue erlassen? Kurz gesagt: Was wollen der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und die Bundesregierung von den Kurden?“

Kurt Rebmann betont in seiner letzten Presseerklärung, daß die ausländischen Organisationen die bundesdeutschen Gesetze achten müßten und daß das Ziel der letzten Verhaftungen nicht darin bestehe, den kurdischen Befreiungskampf zu verhindern. Es ist doch klar, daß sobald die Mitglieder einer Organisation verhaftet werden, – in diesem Fall sind es nun mal Mitglieder des Befreiungskampfes in Kurdistan – zwangsläufig auch deren Aktivitäten verhindert werden.“

Demonstration und Kundgebung stießen auf reges Interesse. – (map)

Geplante ABB-Massenentlassung:

Späth propagiert Konzernstrukturpolitik, der Oberbürgermeister ist hilflos

Mannheim. Wie sehr eine Kommune Spielball der ortsansässigen Konzerne ist, wurde am Beispiel der Massenentlassungspläne von ABB (Asea Brown Boveri) in Mannheim erneut deutlich: Als Ende 1985 Umstrukturierungsmaßnahmen im BBC-Konzern bekannt wurden, fragte die CDU-Gemeinderatsfraktion den OB nach seiner Sicht der Folgen für den Standort Mannheim. Der OB ließ das Wirtschaftsförderungs-Amt recherchieren mit dem Ergebnis: „Redimensionierungen“ könne es zwar geben, aber nichts Gravierendes.

Im Sommer 1987 folgte die Fusion mit ASEA zu ABB. Und es folgten neue Konzepte: „Verlust von voraussichtlich 1500 Arbeitsplätzen bei BBC

und der alten „Baden-Frage“ (wirtschaftliche Minderentwicklung Badens gegenüber Württemberg) beigegeben zu haben. Die Aktion des ABB-Konzerns trifft Späth, der vor nicht allzulanger Zeit 150 Mio. DM erfolgreich bei Daimler-Benz für seine Ansiedlung in Rastatt abgeliefert hat, einen Monat vor der Landtagswahl. Er reagiert also prompt. Innerhalb weniger Tage trifft er sich zweimal mit dem Mannheimer OB, und herauskommt ein „40-Mio.-Sofortprogramm“.

Inzwischen steigen die Schätzungen auf 2500 in Mannheim zur Vernichtung anstehende Arbeitsplätze. Damit bekommt die von ABB angekündigte Maßnahme eine Dimension wie die

Grenzen. Wenn Sie sich in Stuttgart bewegen, merken Sie, daß Stuttgart an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist. Es ist ja auch ein absoluter Kräftemangel inzwischen hier in diesem Raum. Für Fachleute sowieso. Das sollte manchen Produktionsbetrieb zu neuen Überlegungen veranlassen. Wenn er dann Mannheim als attraktiv empfindet, nämlich mit der Nähe zu Frankfurt und der Schnellbahnverbindung nach Stuttgart, dann sagt er sich, warum gehe ich eigentlich nicht nach Mannheim ... Wir müssen Mannheim als moderne Kultur- und Industriestadt formulieren“ (MM, 23.10.87). Der Konzernstrategie setzt besonders auf den Ausbau der Infrastruktur auf dem Bildungssektor. Dann würden sich um die Bildungsstätten herum neue Unternehmen und mittelständische Wirtschaft ansiedeln (MM, 26.6.87).

Entsprechend sieht das „Sofortprogramm“ aus: Neben der Erschließung zweier Industriebrachen, die es u.a. dem „notleidenden“ Pharmariesen Boehringer-Mannheim ermöglichen sollen, sein Betriebsgelände auszudehnen, sieht das Programm vor: Errichtung einer Mehrzweckhalle auf dem Gelände des „Maimarktes“ (größte Regionalmesse der BRD); Erweiterung der Fachhochschule für Technik um 250 Studienplätze für Nachrichtentechnik; Einrichtung eines Weiterbildungsangebots für Produktionsinformatik u.a. in Verbindung mit ABB und Daimler-Benz.

Ca. 10 der 40 Mio. DM für dieses Programm soll die Stadt zahlen, die soeben feststellen mußte, daß sie 1988 statt 350 nur 290 Mio. DM Gewerbesteuer einnehmen wird. Weitere Perspektiven der Landesregierung: Ausbau des Regionalflughafens, Einrichtung eines Instituts für Fernwärmetechnik, Gesamtansanierung des Nationaltheaters ... – Auf der dreitägigen Betriebsversammlung bei BBC stieß dieses Programm auf Ablehnung.

Bei der Opposition findet das vollständige Fehlen eigener wirtschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten durch die Kommunen wenig Beachtung. Die DKP Mannheim veröffentlichte im Februar „Thesen für ein Beschäftigungsprogramm“, das im wesentlichen vom Staat 1 Mrd. DM zur Finanzierung vielfältiger Beschäftigungsmöglichkeiten fordert und hierbei die Kontrolle durch Gewerkschaft und Kommune verlangt. Der DGB führte im März eine „Arbeitsmarktkonferenz“ durch und forderte bei dieser Gelegenheit die Gründung eines „Zweckverbandes Arbeit“. Dieser soll in Kooperation von Stadt, Kamern, Arbeitsverwaltung, Bildungsträgern und Gewerkschaften Investitions- und Beschäftigungsmöglichkeiten erörtern (inkl. ABM!), insbesondere auch hinsichtlich von arbeitsintensiver Umweltsanierung. – (tht)



Späth, eingekeilt von Hunderten demonstrierender BBC-Beschäftigter, vom Betriebsrat zur Rede gestellt: „Ich bin doch nicht euer Betriebsrat! Der muß verhandeln!“

in Mannheim. Diese Nachricht schlug gestern bei Oberbürgermeister Gerhard Widder und dem Gemeinderat wie eine Bombe ein“ (MM, 24.2.88).

Der so bombardierte OB macht in seiner ersten Stellungnahme sogleich deutlich, welchen Einfluß die Kommune auf die Gestaltung der örtlichen Wirtschaft hat: „Es muß unverzüglich mit dem Land geklärt werden, ob man dort eine Chance sieht, in die Entwicklung einzugreifen. Verwaltung und Gemeinderat der Stadt haben praktisch Null-Einfluß auf die Situation. Hier ist jetzt das Land gefragt“.

Der Ministerpräsident wird von der örtlichen SPD und der SPD-Landtagsfraktion seit langem beharrlich beschuldigt, die Region Mittlerer Neckar rund um Stuttgart herum (d.h. Daimler-Benz, Bosch, IBM etc.) einseitig gefördert und so zur erneuten Bele-

Stilllegung des Strebelwerkes vor 15 Jahren. Innerhalb der letzten 20 Jahre sind in Mannheim per saldo 35000 Arbeitsplätze verloren gegangen, davon allein 10000 in der Lebensmittelindustrie (einst Mühlenzentrum), 5000 im Industriehafen. Gegenwärtig hat Mannheim eine Arbeitslosenquote von knapp unter 10%. Von den 171000 Beschäftigten arbeiten 83000 mit weiter fallender Tendenz im verarbeitenden Gewerbe. Rund 77000 Beschäftigte sind Arbeiter. 15% der Wohnbevölkerung sind Ausländer.

Was hat nun der Ministerpräsident den Bewohnern dieser Stadt zu bieten? Zu Beginn des Wahlkampfes im Oktober 1987, ließ er sich auf einer ganzen Sonderseite im Mannheimer Morgen interviewen: „Wir müssen Industrie nach Mannheim bringen. Die Lösung, Arbeitskräfte im Mittleren Neckarraum zu konzentrieren, hat

Wackersdorf

**800000 Einwendungen –
„Aus für WAA“?**

Regensburg. 1985 hat Franz Josef Strauß die Oberpfalz als WAA-Standort u.a. mit dem Argument empfohlen, es existiere dort für ein zukünftiges WAA-Gelände bereits ein Bebauungsplan und das mindere die Rechtsrisiken erheblich. Konkret: Bei Existenz eines Bebauungsplanes hat die Gemeinde ihre Planungshoheit ausgeschöpft und hat bei weiteren Einzelgenehmigungen nichts mehr zu sagen. Im Januar 1988 hat der Verwaltungsgerichtshof in München gerade diesen Bebauungsplan für ungültig erklärt. Die Grünen stellten daraufhin in verschiedenen Ausschüssen des Landtags „aus rechtsstaatlichen Gründen“ Dringlichkeitsanträge auf sofortigen Baustopp der WAA und wurden dabei von der SPD unterstützt. Die CSU konterte, es handle sich hier nicht um eine rechtliche, sondern um eine politische Frage, und die Anträge wurden mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Ein gültiger Bebauungsplan für das WAA-Gelände existiert also nicht mehr. Die Staatsregierung hat angekündigt, daß sie sich um die dadurch erweiterten Einspruchsmöglichkeiten der Gemeinde Wackersdorf einen Dreck scheren wird: Nach dem 1987 geänderten Bundesbaugesetz und weil Atomanlagen als privilegierte Bauvorhaben gelten, sei es „Aufgabe der staatlichen Verwaltung“, hier das „Bundesbaugesetz zu vollziehen“ und den Bau der WAA auch ohne Bebauungsplan der Gemeinde Wackersdorf zuzulassen.

Im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren wurde 1985 die erste Teilerrichtungs-genehmigung für die WAA erteilt (1. TEG). 5300 Einwendungen wurden damals vorgelegt. 1987 wurde die 1. TEG vom Verwaltungsgerichtshof als ungültig aufgehoben. Der Sicherheitsbericht für die zweite TEG wurde im Februar '88 vorgelegt. WAA-Gegner in der BRD, in Österreich und in anderen Ländern sammelten innerhalb von acht Wochen rund 800000 Einwendungen. Im Landkreis Schwandorf (Standort der WAA) haben z.B. 16 der 33 Gemeinden Einwendungen gemacht – auch die Gemeinde Wackersdorf. Im Schwandorfer Kreistag wurde mit 32 zu 19 Stimmen beschlossen, Einwendung zu erheben mit dem deutlichen Ziel, eine atomrechtliche Genehmigung der WAA zu verhindern (früher wurden nur Auflagen für den sicheren Betrieb der WAA gefordert). Auch der DGB-Landesbezirk hat Einwendung erhoben.

Die Bürgerinitiativen setzen auf die hohe Zahl der Einwendungen mit der Hoffnung, dadurch die WAA „zu kippen“. Die 470000 Einwendungen aus



der BRD werten sie als „Volksentscheid gegen die WAA“ und „Aus für die Kernenergie“.

Der bayerische Umweltminister Dick hat die bisher höchste Zahl von Einwendungen gegen ein Großprojekt in der BRD abgetan mit: „Das ist ein ganz normaler Vorgang“, „nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung“ hat Einwendungen gemacht, und: „die qualitativ hochwertigen Einwendungen sind in der Minderzahl“. Für die Sichtung und Bearbeitung dieser Einwendungen hat er mitgeteilt, wie sie durchgeführt werden soll: „Eine intensive Arbeit, die nicht immer voll den Kopf, aber die Hände beschäftigt“. – (uth)

Coburger Convent

**300 Antifaschisten
gegen den CC**

Nürnberg. Am 23.5. demonstrierten ca. 300 Antifaschisten gegen das jährliche Treffen des Coburger Convent. Dazu aufgerufen hatten der AstA der Universität Bamberg, Liste stärkt den AstA Universität Regensburg (LISA), Studentenvertretung der Universität Augsburg, Initiative gegen den Coburger Convent, Jusos, Volksfront Bayern und nordbayerische Autonome.

Der Coburger Convent veranstaltet seit Jahrzehnten sein sogenanntes Pfingsttreffen mit etwa 5000 Conventmitgliedern in Coburg zum 120ten Mal. Die Stadt hofiert dieses Treffen durch offizielle Empfänge, Duldung von Straftaten seitens der Conventmitglieder (Trunkenheit am Steuer, sowie Belästigungen von Frauen und Schlägereien werden offensichtlich übersehen), der Mahnwache, welche jedes Jahr zum Gedenken an die Gefallenen im ersten und zweiten Weltkrieg stattfindet, abgehalten im Stile eines Fackelumzuges, natürlich mit dem Deutschlandlied inklusive der dritten Strophe, wobei

der Hitlergruß seitens der besoffenen Corpsstudenten keine negativen Reaktionen hervorruft.

Desweiteren tut sich die Stadt besonders hervor, den seit Jahren bestehenden Protest der Antifaschisten zu verhindern. So war es dieses Jahr nur auf gerichtlichem Wege möglich, eine Lautsprecheranlage bei der Kundgebung verwenden zu dürfen, wobei die Antifaschisten für Strom selber sorgen mußten, und die Kundgebung wurde im Gegensatz zum letzten Jahr nicht mehr am zentralen Marktplatz zugelassen.

Möglich allerdings war, daß der BGS ständig Provokationen von Neonazis zuließ und im Konfliktfall die Demonstranten verhaftete. So wurden an diesem Tage bei der Demonstration zwei und bei der Mahnwache 14 Demonstranten verhaftet.

Bei der Kundgebung sprach ein ehemaliger KZ-Häftling als Vertreter der VVN. Er berichtete, daß 1936 in der Zeitung des Coburger Convent die Mitglieder aufgefordert wurden, sich entsprechend dem Führerprinzip zu organisieren; daß auf einem Pfingsttreffen Adolf Hitler ein Telegramm übersendet wurde, indem der CC ihm für den Kampf um Freiheit und Deutsche Ehre dankte.

Eine Vertreterin der LISA berichtete über die seit Jahren an der Universität stattfindenden Auseinandersetzungen mit Studentenverbindungen: Jüngstens ein Vorstoß von CC-Studenten, welche mit Verleumdungspamphleten gegen demokratische Studenten hetzten; sowie daß das seit 1951 bestehende Verbot von Uniformtragen an der Universität ständig durchbrochen und von der Universitätsleitung geduldet wird. Weitere Vertreter der Initiative gegen den CC aus Coburg berichteten über die Schwierigkeiten im Kampf gegen den CC gegenüber der Stadt und über die Erfolge, daß der Protest in den letzten Jahren über die Stadtgrenzen von Coburg hinausging. – (dax)



CCler in Vollwuchs, natürlich ...

Howaldtswerke – Deutsche Werft AG

Unternehmenskonzept 1983 – Arbeiter und Angestellte bezahlen mit Lebensjahren

Kiel. Das Unternehmenskonzept 1983 schlug damals wie eine Bombe bei den Arbeitern und Angestellten ein. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung wurde bewußt kurz nach den damaligen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gelegt. Da die Landesregierung mit 25,1% an HDW beteiligt ist, war die wiedergewählte CDU-Landesregierung ein Garant für die Durchführung des Unternehmenskonzeptes. HDW erhielt aus dem Landeshaushalt mehr als 100 Mio. DM im Rahmen des Werfthilfe-Programms für Konzentrations- und Umstrukturierungsmaßnahmen.

Letzteres ist entsprechender Bestandteil des Konzeptes: „Eine Vollauslastung auf Basis der bisherigen Plankapazitäten würde aufgrund der weltweit rückläufigen Gesamtnachfrage für die HDW eine beträchtliche Ausweitung ihrer Marktanteile bedeuten. Eine derartige Strategie kann aufgrund der Wettbewerbslage nur mit hohen Preissenkungen durchgeführt werden, so daß die Ergebnislage im Vergleich zur augenblicklichen Situation noch schlechter ausfallen würde. Mittelfristig müßten Betriebsverluste in der Größenordnung von 150 bis 200 Mio. DM pro Jahr befürchtet werden. Eine radikale Rückführung auf ausschließlich gesunde Geschäftszweige ist als organische Überleitung aus der heutigen Firmengröße unmöglich. In Kiel würden nach diesem Modell 2,3 Mio. Fertigungsstunden und in Hamburg 1,5 Mio. Fertigungsstunden verbleiben, ein Gesamtjahresvolumen von 3,8 Mio. Fertigungsstunden bzw. 36% der heutigen Plankapazität. Für dieses Produktionsprogramm ist ein Personalbedarf zwischen 4000 und 4500 Beschäftigten erforderlich. ... Wegen dieses extremen Personalabbaus ... ist eine solche Schrumpfung so problematisch, daß zunächst gemäßigtere Wege zum Erreichen der Gewinnschwelle anzustreben sind.“ Mit folgendem Katalog wurde dieser Weg dann beschriftet: „A. Verstärkung der Akquisition (Auftragswerbung) und Verbesserung der Produktpalette. B. Konzentration der Fertigung. C. Veränderung der HDW-Grundorganisation. D. Personalabbau. E. Produktivitätssteigerung in der Fertigung. F. Reduzierung der Materialkosten und Fremdleistungen. G. Kürzung der außertariflichen Vergütungen. H. Erfolgsplanung. I. Zuführung von Kapitalmitteln.“

Dieser beschriftete Weg, der sowohl dem zu erwartenden Widerstand von Seiten der Arbeiter und Angestellten wie auch den Forderungen des

Kapitals entgegenkam, war und ist für die Seite des Kapitals von Erfolg gekrönt. Dies zeigt sich bei der Untersuchung sämtlicher Einzelmaßnahmen. Für die Verbesserung der Produktpalette konnte sich die Werft auf das Projekt „Schiff der Zukunft“ stützen. Durch Veränderungen in den Schiffskonstruktionen wurde die Sektionsbauweise auf den Bau von Rohrleitungsnetzen, Kabelbahnen und den Einbau von Aggregaten (Pumpen, Wärmeaustauschern, etc.) sowie den Einbau von Decken, Wänden und

faßt. Dies geschah ebenso mit der Lagerhaltung durch die Einrichtung eines Zentrallagers. Mit diesem Konzentrationsprozeß verringerten sich entsprechend dem Konzept dann auch die Beschäftigtenzahlen:

1982 befanden sich noch 11725 Beschäftigte auf der HDW, davon 7194 in Kiel und 4531 in Hamburg. Die HDW-Elektronik wurde 1983 verselbstständigt mit 261 Beschäftigten. Die HDW-Hamburg firmierte ab 1984 selbständig unter HDW Hamburg Werft und Maschinenbau GmbH mit



Lohnraub und Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten bei HDW, der Konzern schreibt wieder schwarze Zahlen.

Möbeln ausgedehnt. Somit konnte ein Teil der Bordmontage in die Vorfertigung verlegt werden.

Ein weiterer Rationalisierungsschub entstand bzw. entsteht durch die Konzentration der Fertigung und Verwaltung im Werk Kiel-Gaarden. Schon Anfang der 80er Jahre wurden die Gewerke Feinblech, Tischlerei und Maschinenbau nach Gaarden verlegt. Weitere Abteilungen folgten, und mit dem Umzug der Hauptverwaltung in das seit dem 13.7.87 im Bau befindlichen Verwaltungsgebäude ist jetzt seit Frühjahr 1988 die Schließung des Werkteils Kiel-Dietrichsdorf abgeschlossen. Am 12.8.87 wurde ebenfalls mit dem Bau der neuen U-Boot-Montagehalle begonnen. Nach Fertigstellung wird das Werk Süd verkauft und die HDW verfügt über die modernste U-Bootswerft Europas. Die „Allgemeine Verwaltung“ wurde 1983 in einem sechsstöckigen Neubau zusammenge-

2179 Beschäftigten und wurde zum 1.10.85 von Blohm und Voss Hamburg übernommen. 1985 wurde das Planziel des Konzeptes mit 4971 Beschäftigten in Kiel erreicht. Die Entlassungen wurden in der Mehrheit über den Sozialplan abgewickelt, der gerade von den älteren Arbeitern genutzt wurde, um der Werft aus gesundheitlichen Gründen den Rücken zu kehren. Doch auch eine Vielzahl nahm das „Angebot“ der Werft an, einen Auflösungsvertrag zu unterzeichnen, darunter viele Einwanderer aus der Türkei. Im Jahre 1986 wurden noch einmal 200 Auflösungsverträge „angeboten“ für Arbeiter und Angestellte im Alter von 54 bis 59 Jahren. Damit sank die Beschäftigtenzahl 1987 auf 4721.

Die im Konzept verfolgte Produktivitätssteigerung wurde auf zweierlei Weise erreicht: Zum einen wurden die Vorgabezeiten gekürzt und damit die

Arbeitsintensität erhöht. Zum anderen wurde die Kantinenzahl reduziert, und die Verkaufszeiten wurden auf die Pausen eingeschränkt. Die Wasch- und Umkleieräume können nur noch zu den Pausen und am Arbeitsende betreten werden. Die betrieblichen Vorgesetzten sind vom Vorstand angewiesen, jeden Arbeiter zur Einhaltung der Arbeitszeit anzuhalten und bei Zuwiderhandlung eine Abmahnung zu erteilen. Damit soll erreicht werden, daß jede Minute Erholzeit, die sich die Arbeiter notwendigerweise nehmen, in produktive Zeit umgesetzt wird.

Das Ergebnis: Die Produktivität konnte um 33% gesteigert werden. Die Folgen: Während der Krankenstand 1983 aufgrund der Entlassungen auf 7% sank, erreichte er 1987 den Stand von 13%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitsunfälle pro eine Million Arbeitsstunden von 87,6 auf 126,4. Hierbei handelte es sich um

den Werftdurchschnitt. Im Schiffbau lag die Unfallhäufigkeit zwischen 120 (1984) und 156 (1987), in den Ausrüstungswerken wie Feinblech, Tischlerei, Schiffsschlosserei etc. zwischen 99 und 128. Auch hier handelte es sich um Durchschnittswerte von mehreren Gewerken, die in einem Produktionsbereich zusammengefaßt sind. In einzelnen Gewerken liegt die Unfallhäufigkeit bei über 200. Gerade die Fertigstellung der Containerschiffe für die American-President-Line hat zu mehreren Schwerstverletzten und einem Toten geführt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Angriffe von seiten des HDW-Vorstands ist das Lohnniveau. Anfang der 70er Jahre wurde das Modell des Programmlohn entwickelt und 1973 im Programmlohnvertrag geregelt. Der Inhalt: Auf der einen Seite höhere Leistung, auf der anderen Seite höhere abgesicherte Löhne. Der Haken: Erst nach dem allgemeinen Tarifab-

schluß wird über den betrieblichen Faktor verhandelt. Dies führte dazu, daß seit 1986 die Tariflohnerhöhung auf nur 80% des Effektivlohnes angerechnet wurde. Dies konnte durchgesetzt werden trotz massiver Proteste der Arbeiter.

Für den Vertrauenskörper (VK) ergab sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine Neubestimmung der Arbeit. Es wurden sieben Bereichsvertrauenskörper gebildet, die sich eine dreiköpfige Leitung wählten. Der Vorsitzende dieser Leitung ist gleichzeitig in die Gesamtvertrauenskörperleitung gewählt. Mit dieser organisatorischen Reform soll die inhaltliche Arbeit verbessert werden. Bis jetzt gibt es dazu noch keine greifbaren Ergebnisse.

Quellenhinweis: Unternehmenskonzept 1983, HDW-Informationen (mehrere Jahrgänge); Jahresbericht 1986/87 der Abteilung Arbeitssicherheit der Howaldtswerke Deutsche Werft AG - (mes).

Der Konzern und Südafrika: Der Betriebsrat wird erpreßt

Am 6.5.88 wurde bekannt, daß der Vorstand der Howaldt Deutsche Werft AG (HDW) und der Aufsichtsratsvorsitzende der HDW und Vorstandsvorsitzende des Salzgitter-Konzerns, Ernst Pieper, den Betriebsrat massiv unter Druck gesetzt haben. Bei den Verhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung im März 1988 war der Betriebsrat aufgefordert worden, auf den Untersuchungsausschuß in der Affäre „HDW - Südafrika“ einzuwirken. Als nächstes wurden die IG-Metall Aufsichtsräte während der Taufe einer Fregatte für die Türkei auf das gleiche Thema mit dem gleichen Ziel angesprochen. Am 15.4.88 wurde dann der Betriebsratsvorsitzende von den Vorstandsmitgliedern Rohde und Neitzke in einem Brief „noch einmal dringlichst aufgefordert“, den „Einfluß der Arbeitnehmer von HDW gegenüber der SPD-Fraktion geltend zu machen, um den für HDW belastenden Untersuchungsausschuß zu beenden.“ Dies sei deshalb notwendig, weil die Zustimmung für einen „Verlustrat“ der Howaldt Deutsche Werft AG von vier Handelschiffen für die israelische ZIM-Reederei davon abhinge.

So sah sich der Betriebsratsvorsitzende genötigt, am 20.4.88 einen entsprechenden Brief an den SPD-Vorsitzenden Vogel zu schreiben. Dieser Brief enthält die gesamte erpresserische Argumentation um die „Gefährdung der Arbeitsplätze“ und die Aufforderung, die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Fraktion und im besonderen die Tätigkeit des

Abgeordneten Norbert Gansel einzuschränken. In dem Bewußtsein, daß es sich um eine nackte Erpressung handelt, schreibt der Betriebsratsvorsitzende: „Wir, die Interessensvertretung, werden also in unverantwortlicher Weise unter Druck gesetzt.“

Einen gleichlautenden Brief ohne diesen Passus erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende Pieper. Daraufhin erhielt der Vorstand von HDW die Zustimmung für den Bau von vier neuen Containerschiffen für die besagte israelische ZIM-Reederei.

Fünf Tage später, nachdem der Untersuchungsausschuß alle Akten zu dem Fall Howaldt Deutsche Werft AG/Südafrika anforderte, wurde diese Zustimmung zurückgezogen. Diese Entscheidung fiel in den Zeitraum kurz vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Von interessierter Seite wurde über eine FDP-nahestehende Journalistin der Brief des Betriebsrates an den Aufsichtsratsvorsitzenden Pieper veröffentlicht. Die SPD sollte damit in den Ruf gebracht werden, daß sie bei der HDW in Kiel durch ihre Tätigkeit im Untersuchungsausschuß wichtige Arbeitsplätze gefährde. Daraufhin wurde von der SPD der zweite Brief mit diesem Passus veröffentlicht. Der Betrieb gab dann zu den Presseveröffentlichungen am 6.5.88 folgende Stellungnahme ab:

„Der Betriebsrat der HDW und insbesondere der Betriebsratsvorsitzende, Kollege Herbert Baresel, wurde von seiten des Vorstandes der HDW und dem HDW-Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Pieper, massiv unter Druck gesetzt, um auf die Arbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuß „Südafrika“ Einfluß zu nehmen. Der Betriebsrat sollte auf den Bundestags-

abgeordneten Norbert Gansel einwirken, damit dieser dort seine Arbeit einstellt.

Es wird versucht, die Angst um den Erhalt der Werft-Arbeitsplätze zu benutzen. Konkret: die Finanzierung von Containerschiffen für die israelische ZIM-Reederei wird von Herrn Pieper in Frage gestellt, wenn der Betriebsrat der HDW nicht seinem Verlangen, auf Herrn Gansel einzuwirken, nachkommen sollte.

Dazu erklären wir:

1. Der Betriebsrat wird nicht auf die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Südafrika“ einwirken.
2. Der Betriebsrat fordert vom Untersuchungsausschuß eine schnelle und lückenlose Aufklärung.
3. Unsere Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze auf der Werft haben wir dem Parteivorsitzenden der SPD, Dr. H.J. Vogel, mitgeteilt.“

Eine in etwa gleichlautende Erklärung wurde am 10.5.88 an die Arbeiter und Angestellten von HDW verteilt. Ein Mangel an der ganzen Erklärung ist es, daß weder die Geschäftsbeziehungen Salzgitter-Konzern/HDW zu Südafrika angegriffen wurden, noch zur Unterstützung der azanischen Gewerkschaften aufgerufen wird. In diesem Zusammenhang wäre es sicher gut, wenn der Betriebsrat bei HDW die Aufforderung des Bundesvorstands der IG Metall, Südafrika in den Betrieben zu einem Thema zu machen, aufgreifen und eventuell einen azanischen Gewerkschafter auf die Vertrauensleutesitzung oder Betriebsversammlung einladen würde.

Medizinstudenten: Streikvorbereitung

Köln. Die Medizinstudenten bereiten für den 22. Juni einen bundesweiten Streik dagegen vor, daß die Bundesregierung durch Verordnung den Ausbildungsschritt „Arzt im Praktikum“ zum 1. Juli einführen will. Fachschaftssprecher: Inhalt und Ablauf des Praktikums sind nicht ausreichend festgelegt, die praktische Ausbildung während des Studiums kommt zu kurz, bei der Arbeit wie ein Arzt gibt es nur ein Taschengeld, für ca. 6000 Studenten werden bundesweit nur 1500 Praktikumsplätze angeboten. – (gba)

„Qualitätszirkel“ und „Fertigungsleitstände“

Bad Salzdettfurth. Bei *fuba* beendet die Unternehmensberatung nach einem Jahr ihre Tätigkeit. Zum Abschluß läßt sie „Qualitätszirkel“ einrichten, um die „Mitarbeit aller Beschäftigten am Fortschritt des Betriebes zu ermöglichen“. Nicht nur Qualitätsverbesserungen seien Ziel dieser Gruppenbesprechungen, die zuerst auf Abteilungsebene eingerichtet werden, sondern auch Verbesserungen im Fertigungsablauf und seiner Organisation. Soge-

Heidenheim. In allen größeren Textilbetrieben im Raum Heidenheim gab es Ende Mai Warnstreiks; 70% bis 90% der Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich. Seit 30.4. herrscht tarifloser Zustand. Die Kapitalisten boten am 30. Mai: 2,8% mehr Lohn für 1988, für 1989 und 1990 jeweils eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung plus 1,5% mehr Lohn. Die GTB brach die Verhandlungen ab und drohte Urabstimmung in kampfstarke Betrieben an. Am 7.6. tagt die Große Tarifkommission. – (frr)

nannte Moderatoren, Vorarbeiter oder Facharbeiter mit Berufs- und Betriebserfahrung, werden zwecks Leitung der Qualitätszirkel geschult und auf betriebliche Expansion eingeschworen. „fuba muß besser als die Konkurrenz werden – in allen Belangen“, so das Leitthema der Unternehmensberatung. Vorbereitend richteten die Berater „Fertigungsleitstände zur Verbesserung der Logistik“ ein. Fertigungssteuerung und -planung, Arbeitsvorbereitung, Fertigungsleitung und verschiedene Vertriebsbereiche werden zur Kooperation verpflichtet und kontrollieren sich damit letztendlich selbst. – (mal)



Der am 31. Mai von sechs spanischen Lehrergewerkschaften ausgerufen unbefristete Streik für höhere Löhne mußte nach wenigen Tagen beendet werden (Bild: Pressekonferenz der Gewerkschaftsvertreter). Die Regierung drohte den über 200000 Lehrern mit einer Zwangsbeurlaubung für die Dauer von drei bis sechs Jahren sowie mit der Verlängerung des diesjährigen Schuljahres über den 30. Juni hinaus, was u.a. zur Folge hatte, daß die Streikbeteiligung auf ca. 40% fiel. Die Lehrergewerkschaften verlangen Neuverhandlungen von der Regierung und kündigten Aktionen im Herbst an, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden sollten. – (sie)



Vorstoß zur Sonntagsarbeit

Hannover. Die Firma Holopak Verpackungstechnik in Sulzbach hat beim Regierungspräsidium Stuttgart versucht, eine Genehmigung für Sonntags- und Feiertagsarbeit zu bekommen. Der Antrag wurde begründet mit Kapazitätsengpässen bei der Erledigung eines befristeten Auftrags. Die Behörde, die auch über den IBM-Antrag entschieden hatte, lehnte den Antrag ab, weil auch andere organisatorische Maßnahmen das Produktionsziel ermöglichen. Eine „ausnahmsweise Zulassung“ käme nur in Betracht, wenn sie einziges zumutbares Mittel sei. – (ard/gba, AGMe)

„Humanisierung statt Flexibilisierung“

Leinfelden. Die Bezirks-DK der IG Chemie Baden-Württemberg verabschiedete zu o.g. Thema einen umfangreichen Antrag des Bezirksvorstandes an den Gewerkschaftstag. Darin heißt es: „Den unternehmerischen Konzepten zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit, zur Ausdehnung der werktäglichen Arbeitszeit sowie der Arbeit an arbeitsfreien Tagen und dem Wochenende sowie dem Verlangen nach Ausweitung der Schichtarbeit ist ... wirksamer zu begegnen. Dem Ziel der Unternehmer, Personalabbau zu betreiben, die Beschäftigungswirkung von Arbeitszeitverkürzungen aufzuheben und lediglich aus betriebswirtschaftlichen Beweggründen den sozialen

Besitzstand arbeitsfreier Zeit zu opfern, setzen wir ein offensives Konzept zur Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, dem Abbau der Leistungsverdichtung ... entgegen.“ – (tht)

Pflege im Akkord nimmt Menschenwürde fort!

Stuttgart. Mit solchen Transparenten beschrieben etwa 1000 Altenpflegekräfte am 31.5.88 auf einer Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg die Situation in den Pflegeheimen. Ihre zentrale Forderung: der von den Kostenträgern – Stadt, Land bzw. Landeswohlfahrtsverband – vorgeschriebene Personalschlüssel muß verbessert werden, so daß auf acht Heimbewohner wenigstens eine Pflegekraft komme, also die Hälfte des momentanen zugemuteten Standes. Ferner müsse der Altenpflegeberuf besser vergütet werden. – (evo)

Textil: Urabstimmung in NRW

Am Montag, den 6. Juni, begann unter den knapp 8000 Mitgliedern der Textilgewerkschaft im Tarifbezirk Nordrhein die Urabstimmung. Am Freitagabend vorher waren die Tarifverhandlungen für die rund 28000 Textilbeschäftigten in NRW gescheitert. Die GTB fordert ein Rationalisierungsschutzabkommen, Tarifierhöhungen von 5,5% bei zwölf Monaten Laufzeit und die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche. – (rül)

NPD-Landesparteitag Bayern

Die NPD ist ausgewichen – ein „großartiger Erfolg“?

Kaufbeuren. Demonstration und Kundgebung von ca. 500 Antifaschisten gegen den bayerischen Landesparteitag der NPD fanden am 29.5.88 in Abwesenheit der Faschisten und unter Anwesenheit der bayerischen Anti-Terror-Kampfeinheiten in Kaufbeuren/Neugablonz statt. Die NPD tagte währenddessen fast ungestört im fränkischen Oberriumbach bei Ansbach, geschützt von einem starken Polizeiaufgebot. Begründung: „Die NPD ist nicht bereit, ihren Kopf hinzuhalten, damit die von Chaoten angerichteten Schäden ausgeglichen werden können.“ Das zeigt die Schwäche der antifaschistischen Bewegung. Vorausgegangen war die Forderung der Stadt Kaufbeuren nach Hinterlegung einer Sicherheitsleistung in Höhe von 100000 Mark. Sie wurde vom Regierungspräsidium als rechtens erachtet, obwohl dem Widerspruch der NPD entsprochen wurde, als die Kaufbeurer Stadtverwaltung die Vergabe des Tagungsgebäudes ablehnte.

Das „Allgäuer Forum gegen alte und neue Nazis“ hatte bei NPD-Anwesenheit mit 1000 Teilnehmern gerechnet. Nach eigenen Angaben hätte die Polizeidirektion Schwaben Einsatzkräfte in demselben Umfang aufgeboten. Allgemein war unter Antifaschisten die Ansicht verbreitet, es handle sich bei der Absage der NPD um einen Erfolg. Es gibt allerdings Gründe, diese Auffassung nicht kritiklos zu teilen.

Der Landesparteitag ist nicht geplatzt, sondern hat nur an einem anderen Ort stattgefunden. Die Faschisten haben es verstanden, den Widerstand auszumanövrieren. Nach Angaben der Allgäuer Zeitung kündigten sie für Juni eine öffentliche Kundgebung in Kaufbeuren an.

Die Sicherheitsleistung für, wie es heißt, Schäden bei Gegendemonstrationen war selbst in dieser Höhe von Anfang an eine wackelige Hürde. Sie wäre gefallen, wenn die Faschisten die Kautionsleistung geleistet oder sich juristisch dagegen durchgesetzt hätten. Nach Angaben des Kaufbeurer Stadtdirektors wäre sie sogar noch am Samstag, also außerhalb der Kassenstunden, angenommen worden.

Obwohl es der Stadt Kaufbeuren anzurechnen ist, sich den Faschisten zu verweigern, wurde die Ablehnung nicht mit dem Artikel 139 Grundgesetz begründet. OB Krause zur Verbotsforderung: „Damit erreicht man nichts, sondern treibt die nur in den Untergrund.“ Die NPD hat bereits darauf reagiert und die Städte Lindau und Memmingen aufgefordert, freie Termine für Stadthallen zu benennen. Der OB von Lindau forderte Bundeskanzler Kohl auf, die Verfassungswidrigkeit der NPD prüfen zu lassen. Man kann sich leicht ausrechnen, zu was das führt, da bekannt ist, daß die Bundesregierung nachdrücklich die Gültigkeit des Artikel 139 GG bestreitet, der die Grundlage für Verbot und Auflösung faschistischer Organisationen ist. Was einen Sprecher der Veranstalter vor diesem Hintergrund zu der Aussage veranlaßte, man müsse der Stadt Kaufbeuren danken, sie habe alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft, weiß wohl alleine, wer hellsehen kann. Immerhin forderte das „Allgäuer Forum“ ausdrücklich die Anwendung des Artikel 139 GG auf die NPD. – (die)

W. Neugebauer, IG Metall

... Deshalb sind wir hier in Kaufbeuren versammelt, um deutlich zu machen, daß der Kampf der Gewerkschaftsbewegung gegen Faschismus und Krieg so verwurzelt ist und so verwurzelt bleibt, wie zu einem Baum eben Wurzeln gehören.

Die Wurzeln unserer Bewegung gründen sich auf den Erfahrungen von Christen, Sozialisten und Kommunisten in den Gefängnissen, KZs und Todeszellen des Hitlerfaschismus.

Ein wichtiges Ergebnis dieses bitteren Prozesses unserer Vergangenheit war und bleibt die Gründung unserer Einheitsgewerkschaft, ein antifaschistisches Bündnis nach 1945 ...

Mehr als 40 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus muß man feststellen, daß die Bewältigung dieser üblen Zeit noch nicht vollzogen wurde. Da gab es in den vergangenen 40 Jahren gegen Naziverbrecher Strafverfahren und Gerichtsentscheidungen, bei denen man den Eindruck gewinnen konnte, daß die Menschenquälereien in den Konzentrationslagern nichts weiter gewesen wären, als ein entschuldbares Kavaliersdelikt.

Da konnte und kann man plötzlich wieder Zeitschriften kaufen, in denen man nicht nur deutschen Nationalstolz beschworen hat, man sprach in diesen Zeitungen schon wieder und spricht heute noch vom ehrenvollen Tod auf dem Schlachtfeld und hat den traurigen Mut, selbst den Krieg zu verherrlichen ...

Da erklärten vor gar nicht allzu langer Zeit namhafte Politiker der CSU und CDU, wir sollten mit unserer Geschichte heraustreten aus dem Schatten der Vergangenheit. „Wir Deutsche“ sagen sie, „brauchen wieder mehr aufrechten Gang.“ In Deutschland war aufrechter Gang 1933 fast gleichbedeutend mit dem Gang ins KZ oder in die Emigration. Zu Hause war aufrechter Gang selbstmörderisch geworden ...

Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die NPD fordert eine Generalamnestie aller Kriegsverbrecher. Jegliche Auseinandersetzung mit den Greueln des NS-Regimes wird als antideutsche Hetze diffamiert. Und zu den Positionen dieser rechtsextremen Partei, zu den zentralen Positionen, die in die Öffentlichkeit gestellt werden, gehören Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Deutschland den Deutschen, heißt es da. Und weiter: Die Auswahl der Gastarbeiterschaft muß mit größter Sorgfalt erfolgen. Kriminelle Kommunisten und Anarchisten sind abzuweisen bzw. abzuschieben. Und vor gar nicht allzu langer Zeit, vor zwei Jahren, erklärte Herr Dr. Frey, so Orginalton, „wir haben die Türken nicht vor Wien geschlagen, um ihnen jetzt Berlin als Wohnort anzubieten“ ...

HBV-Landesbezirk Bayern

1988 darf nicht 1938 werden! Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen aktiven Widerstand gegen die immer dreister auftretenden Nazis leisten. Dieser Widerstand darf sich nicht in Anträgen und Resolutionen erschöpfen. Aktives Handeln ist gefordert! Das Allgäuer Forum gegen alte und neue Nazis hat alle Demokraten aufgerufen, „aus Anlaß des NPD-Parteitages und der Aktivitäten alter und neuer faschistischer Verbände“ zu demonstrieren und gemeinsam dafür einzutreten, daß in Bayern ein antifaschistisches, demokratisches Klima entsteht, in dem für Nazis und andere Ausländerfeinde kein politischer Freiraum bleibt ...



An der Demonstration nahmen zahlreiche Gruppen und Initiativen teil.

Kärntner Slowenen

Unterdrückt in Österreich – unbekannt im Ausland

„Kärnten ist deutsch“, so lautet die Parole des deutschnationalen „Kärntner Heimatdienst“, seit 1957 der Dachverband rechtsextremer Gruppen. In deutschen Reiseführern und Prospekten wirbt das österreichische Bundesland Kärnten mit dem Slogan „Urlaub bei Freunden“. Daß Kärnten eine slowenische Minderheit hat, daß es ethnisch gemischte Gemeinden, zweisprachige Schulen gibt, verschweigt die Touristik-Werbung ebenso, wie neun von zehn Reiseführern es nicht zur Kenntnis nehmen. Reisenden in Südkärnten, namentlich im an Jugoslawien grenzenden Gebirgszug der Karawanken, werden allerdings gelegentlich zweisprachige Ortsschilder, slowenische Aufschriften auf Geschäften bemerken. Besuchen sie zufällig Friedhöfe in dieser Region, werden ihnen Gedenkstätten, in deutsch und slowenisch beschriftet, auffallen, die an gefallene slowenische Partisanen erinnern, aufgestellt vom Verband der Kärntner Partisanen. Wer über den Karawanken-Höhenwanderweg wandert, wird in Koprein/Petzen in der Einsamkeit des bewaldeten Lobnik-Grabens auf den Persman-Hof stoßen, in dem der Verband der Kärntner Partisanen eine ständige Ausstellung von Dokumenten und Bildern aus dem Partisanenkampf während des Zweiten Weltkrieges zeigt. Eine zweisprachige Gedenktafel am Eingang erinnert daran, daß die Waffen-SS am 25. April 1945 „sieben Sadovik-Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren, die Mutter Anna, den Großvater Lukas, die 80jährige Großmutter Franziska und die Tante Katharina“ ermordete. „Die Opfer wurden samt Wohn- und Wirtschaftsgebäude verbrannt.“ Beim Persman-Hof wurde auch die 1947 bei Völkermarkt aufgestellte Bronzeplastik, die an die im Kampf gegen den Faschismus Gefallenen erinnert und die 1953 von bis heute unbekannten und unbestraften Tätern gesprengt wurde, wieder aufgestellt (siehe Foto).

Der zweisprachige Bildband „Den Gefallenen für die Freiheit. Gedenkstätten des antifaschistischen Kampfes in Kärnten“ (1987 Drava Verlag Klagenfurt), herausgegeben vom „Zentralverband slowenischer Organisationen in Kärnten“, dem „Verband der Kärntner Partisanen“ und dem „Rat der Kärntner Slowenen“ enthält eindrucksvolle Schilderungen von Einzelheiten und einen Gesamtüberblick über den Partisanenkampf der Kärntner Slowenen. Die unten abgebildete Karte gibt einen Überblick über das Kampfgebiet.



Durch den Staatsvertrag von 1955 zwischen Österreich und den vier Alliierten Mächten wurde Österreich wieder ein souveräner Staat. In den vorhergehenden Verhandlungen beriefen sich die Vertreter Österreichs ausdrücklich auf den antifaschistischen Widerstand der Kärntner Slowenen. Der Staatsvertrag untersagt jede nazistische und minderheitenfeindliche Aktivität. Der §7 garantiert der slowenischen und kroatischen Minderheit weitgehende Rechte. Jugoslawien erhielt in Bezug auf die Minderheitenrechte die Funktion einer Schutzmacht.

Von diesen Garantien ist in Österreich wenig zu spüren. Anfang diesen Monats soll im Parlament das zweisprachige Schulsystem endgültig gekippt werden. In Kärnten wird versucht, die Slowenen, ihre Geschichte und Kultur zu unterdrücken und totzuschweigen, im Ausland sind sie weitgehend unbekannt. Die nachfolgend vorgestellten Bücher vermitteln einen guten Einblick in die Geschichte, die Kultur und die Kämpfe der Kärntner Slowenen – damals und heute. – (ti)

Triumph der Einfalt über kulturelle Vielfalt?

„Zwang-Haft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst“, so nennt Peter Gstettner, seit 1981 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Klagenfurt, sein, so der Untertitel, „Friedenspädagogisches Handbuch für interkulturelle Praxis im ‚Grenzland‘“ (1988, Drava Verlag Klagenfurt, ISBN 3-85435-104-6). Es wird aufgezeigt, daß im heutigen Kärnten „die Wertschätzung der slowenischen Sprache und Kultur durch die Landespolitik nicht einmal das Niveau einer auf Fremdenverkehr getrimmten Folklore erreicht“ hat. „Die Allianz von Kärntner Heimatdienst und Haider-Partei (FPÖ-Vorsitzender) hat das minderheitenfeindliche Klima in Kärnten erst politikfähig gemacht“, so Gstettner. Er beschreibt die Entwicklung des „Kulturkampfes“ seit 1945, und es wird deutlich, daß auch SPÖ und ÖVP wenig davon halten, am antifaschistischen Grundkonsens des österreichischen Staatsvertrages festzuhalten: „Klagenfurt ist eine rein deutsche Stadt“ (Prugger, Kärntner Landsmannschaft); „Klagenfurt ist kein Exerzierfeld für slowenische Expansion in Richtung Norden“ (Wagner, SPÖ-Landeshauptmann); „Das Umfunktionieren der Landeshauptstadt zu einer gemischtsprachigen Stadt kann nicht akzeptiert werden“ (Guggenberger, ÖVP-Bürgermeister).

Der Autor gibt eine kritische Analyse der österreichischen Schulreform und zeigt, daß das Verlangen, im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens eine Trennung der Schüler nach ihrer Sprache bzw. ihrer Volksgruppenzugehörigkeit durchzuführen, sich durchaus mit gewissen Aspekten



dieser Schulreform deckt. Da sich die österreichische durchaus mit der deutschen Schulreform vergleichen läßt, und es in der BRD Forderungen nach getrennten Klassen für ausländische Kinder gibt, lassen sich viele Parallelen ziehen, so daß dieses Buch auch für das Lesepublikum hier äußerst interessant ist.

Von Peter Gstettner und Dietmar Larcher, seit 1984 Professor für Lehrerfortbildung an der Universität Klagenfurt, ist das Buch „Zwei Kulturen, zwei Sprachen, eine Schule“ (1985, Drava Verlag Klagenfurt, ISBN 3-85435-060-0). Es gehört ebenso wie das vor-

hergehende zu der Reihe „Dissertationen und Abhandlungen“ des „Slowenischen wissenschaftlichen Institutes“ in Klagenfurt. Der Untertitel „Interkulturelles Lernen und Volksgruppenverständnis in Kärnten. Zur wissenschaftlichen Grundlegung umfassender Reformen im Minderheitenschulwesen“ zeigt, daß auch dieses Buch sich nicht nur an Kärntner, sondern an den pädagogisch interessierten Leser gleich welcher Nationalität wendet. – (ti)

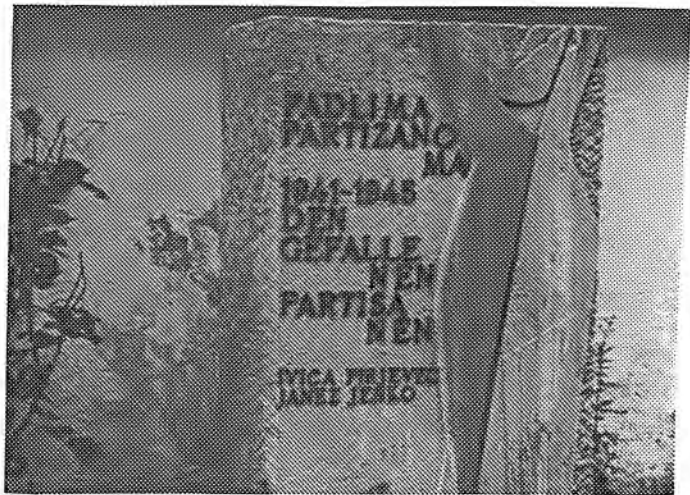
Ende des Ersten Weltkriegs

Prezihov Voranc (Pseudonym für Lovro Kuhar) schildert das Ende des Ersten Weltkriegs und die Zerschlagung der Habsburgischen Monarchie in Kärnten. In den letzten Kriegswochen beginnen sich die Arbeiter und Bauern gegen den Feudalismus und seine Handlanger in der Gegend von Mežica zu erheben. Die slowenische Bevölkerung, die durch den Grafen von Thurn und Taxis ihres Landes beraubt, zur Arbeit im Bleibergwerk und im Sägewerk getrieben wird, beteiligt sich an der Vertreibung der Jagdaufseher, der Polizei und der örtlichen Bourgeoisie, die von ihrem Elend profitiert hat. Sie plündern die Vorräte und beginnen eine Selbstverwaltung einzurichten. Sie sehen auf Jugoslawien und erhoffen die Errichtung einer slowenischen Republik. Ihr Kampf endet mit einem Mißerfolg. Die Sozialdemokraten in Österreich sind durch ihren Chauvinismus nicht fähig, sich mit dem Kampf der unterdrückten Slowenen zu verbinden. Die alten Jagdaufseher, die Kapitalisten kehren zurück. Sie spalten den Kampf der Arbeiter, indem sie einige zu Meistern mit besseren Lebensbedingungen machen. In der Vorbereitung der Volksabstimmung, in der entschieden werden soll, ob der slowenische Teil Kärntens zu Jugoslawien, der andere zu Österreich kommen soll, sind die Kräfte zu schwach, die erkennen, daß die Errichtung einer selbständigen Republik verloren

gehen wird, wenn der Kampf dafür nicht aufgenommen und das Plebiszit zerschlagen wird. Die slowenischen Bergbauern im Mežicaal gehen zu Aktionen über. Sie brennen eine Alm ab, die der Graf von Thurn und Taxis an sich gerissen hatte und die sie sich wiedergeholt hatten, indem sie ihr Vieh dort hinaufgetrieben und einen Sommer hatten weiden lassen. Die Abstimmung wurde 1920 durch die Internationale Friedenskonferenz durchgeführt und endete mit dem Anschluß an Österreich. (Prezihov Voranc, Die Brandalm, Klagenfurt 1983 – anl)

Partisanenkampf in Kärnten

Karel Prusnik berichtet über den mühseligen Aufbau der Partisaneneinheiten in Kärnten und über ihren opferreichen und erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus. Sie rekrutierten sich aus slowenischen Bauern und Arbeitern und verstärkten sich durch Deserteure aus der faschistischen Wehrmacht, durch antifaschistische Österreicher und befreite Kriegsgefangene. Die erste Einheit von elf nur schlecht bewaffneten Kämpfern zog sich im November 1942 in die Berge zurück. Sie leisteten Aufklärungsarbeit in den Dörfern und den einzelnen Höfen und bauten ein Netz von Ausschüssen der antifaschistischen Befreiungsfront (osvobodilna fronta, OF) auf. Sie errichteten in den Bergen Bunker, in denen sie den technischen Apparat zum Abhören von Nachrichten und zur Vervielfältigung von Zeitungen unterbrachten. Die OF arbeitete bewußt daran, sich mit österreichischen Antifaschisten zusammenzuschließen. Sie erhielt auch Unterstützung von ihnen, aber den bewaffneten Kampf mußte sie lange fast allein führen. Im November 1944 hatten sich ihr so viele Österreicher angeschlossen, daß ein österreichisches Bataillon gebildet werden konnte. Es unterstand dem Hauptstab der Volksarmee Sloweniens. Am 7. Mai 1945 befreite die Partisanenarmee Klagenfurt/Celovec und entwaffnete



Gedenkstein in Medgorje/Mieger für gefallene Partisanen in slowenischer und deutscher Sprache

te unter schweren Kämpfen die Einheiten der faschistischen Armee, die über den Loiblpaß zurückströmten. (Karel Prusnik-Gasper, Gens auf der Lawine, Klagenfurt 1984 – anl)

„Der Übermacht zum Trotz“

Der erfolgreiche antifaschistische Widerstandskampf der Volksbefreiungsbewegung Jugoslawiens schuf die Voraussetzung, eine unabhängige Föderative Volksrepublik Jugoslawien zu schaffen und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu beginnen. Der aus Slowenien stammende führende Widerstandskämpfer Edvard Kardelj beschreibt in seinen „Erinnerungen an Jugoslawiens Kampf um Anerkennung und Souveränität 1944–1957“, gegen welche Widerstände die antifaschistische Volksbefreiungsbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens kämpfen mußte. E. Kardelj war Mitglied im Politbüro der KPJ und an der Festlegung der politischen Beschlüsse beteiligt.

Als die westlichen Alliierten registrierten, daß die Kommunisten den Widerstandskampf führten, versuchten sie zunächst, die Partisanen durch Militärkräfte, die der bisherigen Monarchie verbunden waren, zu unterdrücken. Die Partisanen mußten also gegen die faschistischen Okkupanten kämpfen und zugleich die Angriffe der inländischen reaktionären Kräfte abwehren. Nach

mehr als zwei Jahre dauern dem Kampf konnten die Volksbefreiungskräfte ihre Anerkennung durchsetzen. Die sowjetische Regierung war durch die Bedingungen der Antihitler-Koalition gebunden und hatte bis dahin ebenfalls keine Waffen geschickt. Kardelj gibt sein Verständnis dafür zum Ausdruck, daß die sowjetische Regierung eine von ihren eigenen Interessen bestimmte Außenpolitik betrieb. Aber er betont, daß die jugoslawischen Kommunisten den Volksbefreiungskampf nicht von fremden Interessen bestimmen ließen. So konstituierte der Antifaschistische Rat der Volksbefreiungsbewegung Jugoslawiens am 29.11.1943 eine Regierung. In den befreiten Gebieten wurden Volksbefreiungsausschüsse gewählt, der Beginn eines demokratischen Staates. Die Sowjetunion hielt diese Festlegung, die auf die Beseitigung der bisher bestimmenden Klassen zielte, für ihre Stellung innerhalb der Antihitler-Koalition für gefährlich. Stalin schickte ein Telegramm, die jugoslawischen Kommunisten hätten ihnen „das Messer in den Rücken gestoßen“.

Über die in den späteren Jahren folgenden Angriffe der Sowjetunion und wie Tito, Kardelj und andere dagegen das Selbstverwaltungskonzept und die Politik der Blockfreiheit entwickelten, kann der Leser hier genau nachlesen. (E. Kardelj, Der Übermacht zum Trotz. Drava Verlag Klagenfurt, 1984 – gba)

Panafrikanismus

Eine wichtige Kraft im Kampf gegen Kolonialismus

Kaum beachtet von der westdeutschen Öffentlichkeit haben die in der OAU zusammengeschlossenen afrikanischen Staaten 1987 die „Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker“ Afrikas in Kraft gesetzt und eine Kommission zu ihrer Überwachung geschaffen. Allen interessierten Behauptungen aus dem Lager der westlichen Imperialisten zum Trotz ist die OAU nicht so zersplittert und zerstritten, daß eine Einigung von über 40 afrikanischen Staaten auf ein eigenes Verständnis von Völkerrecht und Staatsrecht in Unterscheidung zu den Konventionen der Vereinten Nationen und des Europarats nicht möglich gewesen wäre. Mit der Verabschiedung der Charta ist ein Vorhaben gelungen, das seit der Proklamierung der afrikanischen Charta, dem Aufruf zur Gründung der OAU, beabsichtigt war. Im Unterschied zu den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen und des Europarats enthält die Charta nicht nur die Festlegung individueller Bürgerrechte, sondern auch soziale Rechte und wirtschaftliche und politische Rechte der Völker, z.B. das Recht auf Verfügung über die Bodenschätze und die Verfügung über den Boden. (1) Die Charta richtet sich gegen Imperialismus und Neokolonialismus und beruft sich auf die afrikanische Tradition und die afrikanischen Rechtsvorstellungen im Gegensatz zu den von den früheren Kolonialmächten und heutigen imperialistischen Mächten propagierten. Insofern ist ihr Entstehen und ihre Unterzeichnung ein Dokument dafür, daß der Panafrikanismus als antikoloniale und antiimperialistische Ideologie nicht tot oder auf winzige Minderheiten in Afrika beschränkt ist, sondern nach wie vor eine wichtige Rolle spielt und seinen Einfluß erneut ausweitet. (2)

Der Kampf gegen neokoloniale Ausbeutung

Einer der Vorkämpfer des Panafrikanismus war Kwame Nkrumah, der inzwischen verstorbene erste Präsident von Ghana, das von den britischen Kolonialherren Goldküste genannt wurde. Er war führend am Kampf um die Entkolonisierung der Goldküste beteiligt und trat bereits in den fünfziger Jahren für die Gründung einer afrikanischen Staatengemeinschaft ein. Er fürchtete vor allem, daß die Vertreibung der Kolonialherren nicht lebensfähige Staaten hinterlassen würde und damit der Weg für Neokolonialismus und imperialistische Ausbeutung frei wäre:

„Die Geschichte hat bewiesen, daß eine in Liquidation befindliche Kolonialherrschaft leicht durch eine andere abgelöst werden kann, die noch tückischer ist, weil sie eine versteckte Form von Kolonialismus darstellt ... Es gibt zur Zeit (1960, d. Verf.) 28 Staaten in Afrika, ausschließlich der Südafrikanischen Union und jener Länder, die noch nicht frei sind. Nicht weniger als neun dieser Staaten haben eine Bevölkerung von weniger als drei Millionen Menschen. Können wir ernsthaft annehmen, die Kolonialmächte glaubten, daß diese Länder unabhängige, lebensfähige Staaten sein würden? Das Beispiel Südamerikas, das ebenso reich wie Nordamerika ist, wenn nicht reicher, und das dennoch schwach und von auswärtigen Interessen abhängig ist, sollte sich jeder Afrikaner vor Augen halten.“ (3)

Absicht der Panafrikanisten war also nicht die Gründung einer Großmacht Afrika, vergleichbar etwa mit den USA oder den sich in der EG zusammenschließenden eu-

ropäischen Mächten, sondern die Bildung einer Staatengemeinschaft, die den Bestrebungen der imperialistischen Mächte entgegentreten konnte und eine Entwicklung Afrikas, gestützt auf die eigene Kraft, ermöglichen sollte. Zu den kleinen Staaten, auf die sich Nkrumah bezog, gehörten damals u.a. die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Dahomey, Gabun, die Elfenbeinküste, Niger, Sierra Leone, Togo und das ehemalige Französisch-Kongo, Staaten, die heute zu den ärmsten Ländern der Erde gerechnet werden. Die Argumente der Panafrikanisten, daß sich Afrika ohne Vereinigung auch in einer oder mehreren Wirtschaftsgemeinschaften der neokolonialen Unterwerfung nicht entgegenstellen könne, haben eine bittere historische Bestätigung erhalten. Zu den Hauptverantwortlichen für diesen Umstand zählten bereits damals die ehemaligen bzw. noch herrschenden europäischen Kolonialmächte und die sich herausbildende EG.

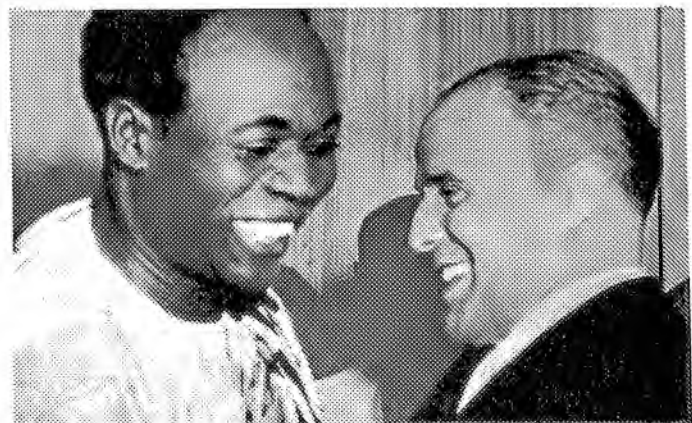
Nkrumah war sich der Absichten und Möglichkeiten der alten Kolonialmächte sehr wohl bewußt. Bereits 1960 kritisierten er und andere afrikanische Staatsoberhäupter auf einer Konferenz in Accra, die die vollständige Befreiung Afrikas zum Ziel hatte, das Vorgehen der EG-Staaten:

„Ein schlagendes Beispiel für den Imperialismus, über den ich vorher sprach, ist der Einschluß bestimmter Gebiete Afrikas in den Gemeinsamen Markt und in Handelspräferenzgebiete, die von dem industriellen Europa errichtet worden sind, beispielsweise der Einschluß des Kongos und der Staaten der Französischen Gemeinschaft in den Europäischen Gemeinsamen Markt. Den Hauptvorteil davon erntet nicht die Bevölkerung dieser Teile Afrikas, die sich die kostspieligen Produkte des industriellen Europas nicht leisten kann, sondern die europäische Industrie, der billige zollfreie Rohstoffe gesichert werden. Überdies verhindert das Abkommen den Aufbau von Industrie in Afrika, die, um lebensfähig zu bleiben, in den Jahren ihres Wachstums Schutz gegen den ungleichen Wettbewerb der Industrienationen braucht.“ (4)

Ogleich die Panafrikanisten nicht davon ausgingen, daß eine Abkoppelung Afrikas vom Weltmarkt möglich oder auch wünschenswert sei, war ihnen sehr wohl klar, daß ungehemmter Zutritt der Industrienationen jede selbständige Entwicklung verhindern würde. Sie fürchteten vor allem, daß die gerade unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten nicht nur in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterlegen sein würden, sondern daß vor allem die Anbindung an den Weltmarkt die innerafrikanische Konkurrenz befördern würde und deren Entwicklung aufs äußerste behindern würde.

Afrikanische Bemühungen zur Beendigung des Kongo-Kriegs

Die Reaktion der unabhängigen afrikanischen Staaten im



Kwame Nkrumah, der erste Staatspräsident Ghanas

Kongo-Krieg wirft ein Licht darauf, wie weit sie zu gehen bereit waren. Im Juli 1960 gelang es dem großen belgischen Konzern Société Générale de Belgique mit Hilfe belgischer Truppen in Katanga eine „selbständige“ Regierung auszurufen. Der Kongo war knapp ein Jahr unabhängig, die Regierung unter Patrice Lumumba aus Repräsentanten verschiedener Gruppen zusammengesetzt. Katanga verfügt über reiche Bodenschätze und der Société Générale gehörten 450000 km² (zum Vergleich: das Staatsgebiet der BRD umfaßt knapp 250000 km²). Die kongolesische Regierung rief die Vereinten Nationen zunächst um Vermittlung und zwei Tage später um militärische Hilfe an. Unterdessen hatten Ghana, Tunesien und drei weitere Staaten einen weiteren Vorschlag an die kongolesische Regierung entsandt: Sie boten an, unter Kontrolle der Vereinten Nationen afrikanische Truppen in den Kongo zu entsenden, um das Problem innerhalb Afrikas zu lösen:

„Wir sind jedoch der Ansicht, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Kongo in der Hauptsache durch die Anstrengungen der unabhängigen afrikanischen Staaten im Rahmen des Apparates der Vereinten Nationen beseitigt werden sollten. Eine Intervention von Mächten außerhalb des afrikanischen Kontinents würde ... die Spannung wahrscheinlich eher verschärfen als verringern.“ (5)

Der Vorschlag war, die angeblich als Hüter von Ruhe und Ordnung tätigen belgischen Truppen durch gemischte afrikanische Kontingente abzulösen. Die Regierung des Kongos nahm das Angebot an. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen entschied jedoch – bei Stimmenthaltung der UdSSR, die ein Veto hätte einlegen können – anders: Zwar sollten in die Friedensstruppe der UNO auch afrikanische Staaten (Tunesien und Ghana) Soldaten entsenden, aber gleichfalls Irland und Schweden. Die Möglichkeit, den Konflikt intern zu lösen, war damit abgelehnt. Nkrumah hielt am 23. September 1960 eine Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der er die Konsequenzen aus dem Krieg im Kongo zog:

„Der Kongo war, wie fast allgemein bekannt ist, fast 100 Jahre belgische Kolonie. In all diesen Jahren hat Belgien mit einem System wohlberechneter politischer Kastration gearbeitet, in der Hoffnung, daß es für afrikanische Nationalisten völlig unmöglich sein werde, für die Befreiung zu kämpfen. Aber zu Belgiens Bestürzung und zur Überraschung jedermanns außerhalb des afrikanischen Kontinents tauchte dieser gefürchtete Nationalismus auf und erreichte blitzschnell die Unabhängigkeit des Kongos ... Der Kampf um die Unabhängigkeit im Kongo war der kürzeste, den wir bisher erlebt haben. Die Belgier waren von dem Lauf der Dinge so überrascht, daß sie sich zurückzogen, allerdings in der festen Erwartung, auf die eine oder andere Weise wieder zurückzukehren ... Was im Kongo geschehen ist, hat meinen ständigen Entrüstungsschrei über die drohende Balkanisierung Afrikas mehr als gerechtfertigt, und es hat auch meine tägliche Verdammung des Neokolonialismus mehr als gerechtfertigt, des Verfahrens, dem afrikanischen Volke mit der einen Hand die Unabhängigkeit zu geben, nur um sie ihm mit der andern Hand wieder wegzunehmen.“ (6)

In derselben Rede forderte Nkrumah die Vereinten Nationen auf, den mächtigen europäischen Staaten in Afrika Schranken zu setzen. Er stellte die Verantwortung der NATO für den Fortbestand der portugiesischen Kolonien in Mosambique, Angola und Guinea-Bissau fest, er kritisierte Frankreich und seine wirtschaftlichen und militärischen Verbündeten für den Krieg gegen die Unabhängigkeit Algeriens und verlangte die Beseitigung des südafrikanischen Mandats für Namibia. Er schlug vor, Namibia bis zur Errichtung einer namibischen Regierung unter afrikanische Treuhandschaft zu stellen.



Nach dem Massaker der südafrikanischen Rassisten in Sharpeville bekräftigte die Allafrikanische Konferenz ihre Forderungen für ganz Afrika: „Afrika den Afrikanern! Ein Mann – eine Stimme!“

Europäer in Afrika sind Siedler

Ein wichtiger gemeinsamer Standpunkt der Panafrikanisten in ganz Afrika ist ihre Beurteilung der in Afrika lebenden Europäer. Dem Pan Africanist Congress of Azania (PAC) ist oft vorgehalten worden, daß die Charakterisierung der Weißen in Südafrika als Siedler unrichtig sei. Tatsächlich stützt sich diese Charakterisierung nicht auf die Hautfarbe, sondern ist aus den politischen und wirtschaftlichen Absichten und der Herkunft dieser Leute entstanden. Der nigerianische Politiker Akizizwe, neben Nkrumah in den fünfziger und sechziger Jahren einer der wichtigsten Repräsentanten des Panafrikanismus, beschreibt die Probleme:

„Von einer afrikanischen Gesamtbevölkerung von mehr als 230 Millionen Menschen sind etwa drei Prozent nicht-afrikanischer Herkunft. Anzunehmen, eine so kleine Minderheit könnte auf irgendeinem andern Kontinent akute politische Schwierigkeiten bereiten, wäre einfach undenkbar. Doch gewisse europäische Siedler beurteilen das aus ihrem Unterbewußtsein gefühlsmäßig so, daß für sie die Hauptaufgabe in Afrika nicht das Wohlergehen der 97 Prozent ist, sondern vielmehr die hartnäckige Behauptung der Rechte der drei Prozent dieser europäischen Siedlerminderheiten in Afrika ... Es kann jedoch keine brauchbare Lösung gefunden werden, wenn die politischen Überlegungen bezüglich einer Lösung mit den Rechten der drei Prozent beginnen und die Rechte der 97 Prozent nur in einem für den Rest annehmbaren Rahmen betrachten.“ (7)

Diese Haltung nehmen die im wesentlichen aus Europa stammenden Siedler in Südafrika nach wie vor ein. Nicht nur die offenen Rassisten, auch Liberale und andere Kräfte betrachten die Sicherung ihrer Rechte auch in einem nicht-rassistischen Südafrika nach wie vor als legitimes Anliegen. Solange sie – mit Unterstützung der europäischen Imperialisten und der USA – keine andere Position einnehmen, werden sie als Siedler auftreten, die nichts anderes tun, als die Interessen der imperialistischen Mächte mit absichern.

(1) Europa Archiv, Nr. 1/88, S. 17 ff.; (2) siehe dazu auch: New African, Nr. 12/86, 1/87, 2/87 über: Neuere Tendenzen in der afrikanischen Literatur; (3) Rede Nkrumahs auf der Konferenz von Accra 1958, nach: K. Nkrumah, Sprung über zwei Jahrtausende, Düsseldorf 1963, (4) a.a.O., S. 221; (5) zitiert nach: K. Nkrumah, Sprung über zwei Jahrtausende, S. 247 ff.; (6) K. Nkrumah, Towards Colonial Freedom, Africa in Struggle against World Imperialism, London 1962, S. 246; (7) Josef Ki-Zerbo, Die Geschichte Schwarzafrikas, Wuppertal 1979, S. 321 ff. – (uld)

ÖTV-Gewerkschaftstag

Gegen Angriffe auf die rechtliche und materielle Situation der Beschäftigten muß sich die Gewerkschaft rüsten

Mit dem diesjährigen Tarifabschluß (Einkommenserhöhungen 1988: 2,4% bei zwei Nullmonaten, 1989: 1,4%, 1990: 1,7%; Arbeitszeitverkürzung 1989: 1 Std., 1990: ½ Std.), insbesondere mit dem „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“, verbindet die ÖTV große Hoffnungen auf Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, die sie durch die Hinnahme geringerer Einkommenserhöhungen als vorfinanziert

betrachtet. Alle Kraft will sie deshalb auf die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung konzentrieren. Auch der öffentliche Dienstherr hat seine Pläne, für die ihm die lange Laufzeit gerade recht kommt: z.B. die Zerschlagung der Post, die Reform des Gesundheitswesens, die Änderung des Personalvertretungsgesetzes. Alle diese Pläne beinhalten massive Angriffe auf die Beschäftigten, und die Gewerkschaft

ten des öffentlichen Dienstes werden viel zu tun haben, um diese abzuwehren. Insofern gibt der Gewerkschaftstag der ÖTV in Hamburg (18.-25.6.) die Möglichkeit, sich auf Ziele und Wege zu verständigen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Einkommenserhöhungen dieses Tarifabschlusses nicht ausreichen. Die erforderlichen und zunehmend steigenden Reproduktionskosten der Arbeitskraft werden nicht ausgeglichen. Vor allem dann nicht, wenn, wie angekündigt, verschiedene Verbrauchssteuern erhöht werden und die Steuerreform fortgesetzt wird. Außerdem wird bereits von einer Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung gesprochen und kostet nicht zuletzt die „Reform“ des Gesundheitswesens gerade die unteren Einkommenschichten eine Menge Geld.

Wenn es der Großen Tarifkommission gelungen ist, die von den Dienstherrn gewünschte Festschreibung der Tarife in all jenen Punkten, die materielle Zuschläge regeln (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen), abzuwehren, warum dann nicht Nägel mit Köpfen machen? Die Kündigung einiger dieser Tarifverträge ist mit Monatsfrist jederzeit möglich. Zu überlegen wäre auch, ob nicht zukünftig die Aufnahme einer Inflationsklausel ratsam wäre, um Risiken, wie beschrieben, zu minimieren.

Nach dem öffentlichen Streit um die Frage des Lohnverzichts bei Arbeitszeitverkürzung wird von Seiten der Dienstherrn so getan, als ob die Übernahme des Tarifabschlusses für Beamte geregelt sei. Dabei gibt es noch keinen einzigen Beschluß, der dies verbindlich festlegt. Stattdessen gibt es Bemühungen (z.B. der saarländischen Regierung), einen Teil der Gehaltserhöhung mit der Arbeitszeitverkürzung zu verrechnen. Es gibt in der Bundesrepublik und Berlin (West) 4,62 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, davon sind 1,84 Millionen Beamte, also 40 Prozent! Gelingt es Zimmermann und Co., diese oder auch nur einen Teil davon per Gesetz auszunehmen, würde das in den kommenden Tarifrunden zur Spaltung in Fragen Arbeitszeitverkürzung führen. Diesen Plänen muß deshalb auf dem Gewerkschaftstag eindeutig Widerstand entgegengesetzt werden.

Aufgrund der zunehmenden Teil-

Birgit Breuel: Polizeiknüppel statt „Versorgungsstaat“

In ihrem Buch „Den Amtsschimmel absatteln“ begründete die niedersächsische Finanzministerin Breuel 1979 ihr Konzept der Zerschlagung der öffentlichen Versorgungseinrichtungen. Im Mittelpunkt steht die individuelle Freiheit, die sie in Gegensatz zur Gleichheit stellt. Gerade die Forderung nach Gleichheit führe zu Unfreiheit – zu Diktatur.

Unfreiheit für wen? Klar, kostenfreie Krankenhausversorgung, kostenfreier Schulunterricht etc. setzt Sozialversicherung bzw. kommunale Einrichtungen voraus – lebenswichtig für die lohnabhängige Bevölkerung zum Schutz vor zügelloser Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und vor Verelendung ihrer ärmsten Schichten. Für die Kapitalisten bedeutet das Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen bzw. Gewerbesteuer. Zu diesen Zahlungen sind sie verpflichtet, also unfrei. Die Bankierstochter nennt das Diktatur.

Beides, Gleichheit und Freiheit, könne es nicht geben. Breuel entscheidet sich für Freiheit, zumal Ungleichheit nicht automatisch zu Unfreiheit führe. Logisch, wer hart arbeitet und wenig verdient, lebt zwar ungleich schlechter als der gut Verdienende oder gar der Kapitalist, erkrankt wahrscheinlich schon jung und stirbt auch früher. Aber er ist frei – von öffentlich gesicherter Versorgung, von auch nur annähernd ausreichender Rente, von bürokratischem Papierkrieg zum Erhalt von Leistungen. Der Kapitalist hingegen ist frei von irgendwelchen Abgaben bzw. Lohnnebenkosten.

Diese Freiheit fördere die Mündigkeit des Menschen. Er könne „Ei-

genverantwortung und Initiative für sich und andere, für heute und morgen beweisen“ (S. 81). Der Lohnabhängige soll selber sehen, wie er sich gegen die Wechselfälle des Lebens absichert, ob er sieben Tage die Woche, möglichst viel nachts oder wie auch immer arbeitet, um sich z.B. zusätzlich privat gegen alles mögliche zu versichern. „Eine demokratische Gesellschaft ... kann nur das Leistungsprinzip als Grundlage für die Zuteilung oder den Erwerb materieller Lebenschancen anerkennen.“ (S. 86)

Breuel fordert die drastische Einschränkung der Dienststellen (S. 110f). Die Kommunen sollen durch „Druck der leeren Kassen“ (Industriemagazin 3/87) zur Privatisierung gezwungen werden. Die Staatsstätigkeit soll auf Polizei- und Unterdrückungsaufgaben konzentriert werden: „Neben einer Rückbesinnung auf einen allgemein anerkannten Grundkonsens aller demokratischen Kräfte bedarf es also einer Stärkung der politischen Strukturen, eines Wachstums staatlich organisierter Disziplin und natürlich der Selbstdisziplin von uns allen.“ (S. 90)

Dazu braucht es einen Beamtenapparat, beseelt vom Leistungsgedanken, spürbar losgelöst von kollektiver Sicherung durch Anlehnung an Tarifverträge sowie von allen automatisch steigenden Versorgungsansprüchen: „Wir brauchen eine Exekutive, die innerhalb des von der Legislative gesetzten finanziellen und personellen Rahmens den kreativen Freiheitsraum erhält, innerhalb dessen sie ihre Leistungsfähigkeit entwickeln und beweisen kann“ (S. 91). Das setzt die Säuberung des öffentlichen Dienstes von kollektivem, gewerkschaftlichem Denken voraus.

Antragsmaterial zum Gewerkschaftstag Wunsch nach Zusammenschluß und Gegenwehr

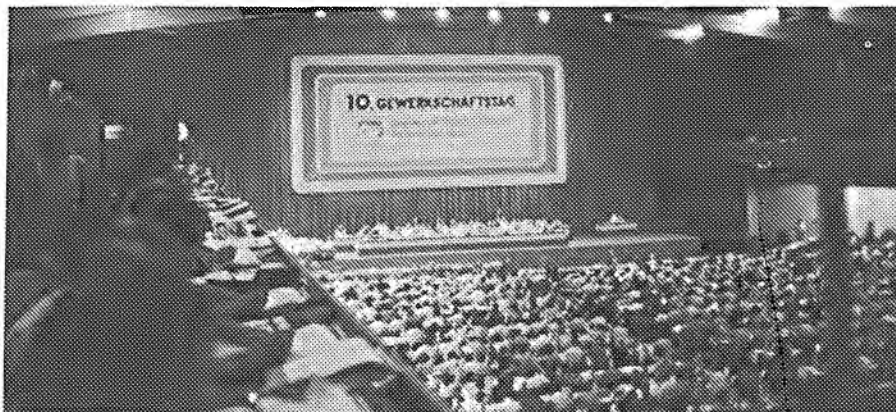
569 Anträge haben die Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstags in Hamburg zu beraten.

Auffallend ist, daß der Hauptvorstand (HV) der ÖTV zu allen wichtigen Bereichen eigene „Leitanträge“ angefertigt hat, denen dann von der Antragskommission meist alle anderen Anträge als Material zugeordnet werden. Dadurch werden z.T. fortschrittliche, weitgehendere Positionen mitaufgenommen, gleichzeitig aber Kritik und Forderungen abgeschwächt, da als Material relativ unverbindlich.

Untersucht man die 112 Anträge zur Tarifpolitik, so findet sich keine unmittelbare Kritik am Tarifabschluß dieses Jahres. Dies deshalb, weil die Anträge bereits im Frühjahr letzten Jahres gestellt und im Winter beraten wurden. Man darf also auf Initiativanträge gespannt sein. Eine interessante Diskussion ist zum tarifpolitischen Leitantrag (A 239) zu erwarten. Die Absichten verschiedenster Anträge sind in ihm gut aufgehoben, aber im Gegensatz zu vielen Anträgen, die die Tages- und Wochenarbeitszeitverkürzung befürworten, stellt der HV alle anderen Formen gleichwertig zur Diskussion. Zur Frage der Einkommen behauptet der HV, daß die Tariffrunden der letzten Jahre (insbesondere '86 und '87) Reallohnsteigerungen erbracht hätten. Folglich sieht er keine Notwendigkeit der besonderen Berücksichtigung unterer Lohn- und Gehaltsgruppen, und Anträge, die deren Streichung fordern, werden von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen. Auch die zunehmende Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses gerade im öffentlichen Dienst kommt wenig im Leitantrag zum Ausdruck. Daß hier aber von den Mitgliedern großer Handlungsbedarf gesehen wird, kommt in vielen Anträgen zur Absicherung ungeschützter Arbeitsverhältnisse zum Ausdruck (übrigens auch in vielen Anträgen zur Aufnahme Arbeitsloser, ABM-Beschäftigter, Zivildienstleistender in die ÖTV, um eine weitere Spaltung zu verhindern). Im Gegensatz zu Anträgen, die eine mehr dezentral ausgerichtete Tarifpolitik befürworten, hält der Leitantrag des HV fest: „Die aus der langen Tarifgeschichte der ÖTV herausgebildete Aufteilung von zentraler und dezentraler Tarifarbeit hat sich be-

währt ... Um die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der jeweiligen Tarifbereiche bundesweit möglichst einheitlich zu gestalten, nimmt die zentralgeführte, bundesweit orientierte und organisierte Tarifarbeit eine vorrangige Rolle ein. Gerade die schnelle und sprunghafte Entwicklung neuer Technologien und unterschiedliche rechtliche und regionale Betroffenheit kann es aber auch notwendig machen, in bestimmten Fällen dezentral Tarifverträge abzuschließen. Nicht sinnvoll ist es, überregionale Tariffragen durch dezentrale Tarifverträge lösen zu wollen...“ Stärkere Bezirke befürworten z.B. mehr eine bezirkliche und sogar betriebliche Tarifpolitik. Dies impliziert auch

Besoldungskürzungen, gerechtere Beurteilungen, Stellungnahmen gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher u.a., aber wenig Grundsätzliches. So gibt es nur einen Antrag, der sich direkt mit dem einheitlichen Personalrecht befaßt. Hier, wie auch in anderen Anträgen, die diesen Punkt streifen, wird dabei vorrangig an eine Vereinheitlichung von tariflichen Bestimmungen in Bezug auf Arbeiter und Angestellte gedacht. Ärgerlich ist es, wenn der HV in seinem Leitantrag zur „Beamtenpolitik“ (A 186) schreibt: „Während die Tarif- und Besoldungspolitik der Gewerkschaft ÖTV die materielle Lage der Beamten entscheidend verbessern konnte, verstärkt konservative Politik Fehlentwicklungen im Beamtenrecht ...“ Dies paßt nicht zusammen und widerspricht den o.g. Anträgen.



eine intensivere Auseinandersetzung um Arbeitsinhalte und Fragen nach Tarifverträgen über Personal- und Leistungsbemessung. Mehrere Anträge fordern deshalb eine Änderung der Tarifpolitik, so z.B. im Antrag 223: „Die Qualität und die Inhalte der Tarifpolitik müssen sich ändern. Bisher existieren im ÖTV-Bereich kaum tarifliche Regelungen, die arbeitsfeld- und betriebsbezogene Arbeitsbedingungen regeln. Zu überlegen ist, wie die Gestaltungsnotwendigkeiten aufgrund der besseren Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber Dienstvereinbarungen auch tarifpolitisch anzugehen sind. Hierzu ist die Tarifpolitik hin zu betriebsnahen Tarifverträgen zu öffnen. Die Möglichkeiten, Tarifverträge auf Bezirks- oder Kreisebene abzuschließen, sind zu erweitern, bzw. müssen geschaffen werden.“

Wenn man die Angriffe auf die Beamten und damit ja auf den öffentlichen Dienst insgesamt in den letzten Jahren betrachtet, so findet man zwar etliche Anträge auf Rücknahme von

Mehrere Anträge sprechen sich gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes und gegen die Einführung eines Dienstleistungsabends aus und solidarisieren sich mit der HBV. Ebenso werden die Aktionen der DPG gegen die Privatisierung unterstützt.

Erfreulich sind viele Anträge gegen das sogenannte Beratungsgesetz zum § 218. Positiv ist auch die Diskussion um das Verbot neonazistischer Parteien, mehrere Anträge (auch der Leitantrag des HV) fordern das Verbot nach Artikel 139 GG.

Wenngleich insgesamt auch nicht in vielen Anträgen, so doch sehr entschieden werden das Niederlassungsrecht für Ausländer, damit die umfassende soziale, politische und rechtliche Gleichstellung und nicht mehr die „Integration“ gefordert.

Zwei Anträge zur Änderung des Statuts dahingehend, daß nicht mehr Berlin, sondern Stuttgart der Hauptsitz der ÖTV ist, sollten unbedingt angenommen werden.

zeitbeschäftigung ist es besonders wichtig, wie mit den Teilzeitbeschäftigten verfahren wird. Von vielen wurde eine Wahlmöglichkeit zwischen Arbeitszeitverkürzung und Gehaltserhöhung für Teilzeitbeschäftigte gefordert, um die eh niedrigen Einkommen zu erhöhen und um die überwiegend unfreiwilligen Teilzeitarbeitsverhältnisse an die Normalarbeitsverhältnisse heranzuführen.

Was ist nun in der nächsten Zeit zu erwarten? Schon jetzt liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die perspektivisch Auswirkungen auf die Kampfkraft der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben werden:

– Ende letzten Jahres legten die Regierungsparteien den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes“ vor. Ähnlich wie bei dem Entwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes geht es um den Schutz von „Minderheiten“. So heißt es im Vorwort zum Entwurf: „Das Bundespersonalvertretungsgesetz trägt dem Minderheitenrecht nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Der Gesetzentwurf soll daher die Rechte der Minderhei-



ten in den Verwaltungen stärken... Mit der Novellierung der Wahlvorschriften wird das Minderheitenrecht konkurrierender Gewerkschaften im Bundespersonalvertretungsgesetz gewährleistet und die

Ausübung des Wahlvorschlagsrecht der Beschäftigten erleichtert.“ (BT-Drucksache 11/1190 v. 16.11.87) Konkret heißt das, daß nur noch ein Zwanzigstel (bisher ein Zehntel) der Beschäftigten, höchstens jedoch 50

Möglichkeiten bis 1991 höhere Einkommen durchzusetzen

Mit dem diesjährigen Tarifaufschluß scheinen die Einkommen im öffentlichen Dienst bis Ende 1990 eingefroren; bei Erhöhungen von 2,4% ab April 1988 (was bei zwei Nullmonaten eine Erhöhung von 2% im Jahresdurchschnitt ergibt), von 1,4% für 1989 und 1,7% für 1990. Neben der anziehenden Inflationsrate sind es die in Planung befindlichen höheren Verbrauchssteuern, höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder die Folgen des Gesundheits-Reform-Gesetzes, die insbesondere bei den unteren Einkommensgruppen drastische Reallohnverluste bewirken werden.

Eine Überprüfung des Komplexes von Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst ergibt jedoch, daß die Gewerkschaften trotz allem noch einen Handlungsspielraum haben, der unbedingt genutzt werden muß. Insbesondere sind folgende einkommensmäßig relevanten Tarifverträge z.Zt. kündbar: Allgemeine Zulage, vermögenswirksame Leistungen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt.

Allgemeine Zulage/Allgemeiner Zuschlag Alle Arbeiter und Angestellten bis Vergütungsgruppe Vc bzw. Vb bzw. Kr.VI erhalten monatlich ei-

nen Zuschlag/eine Zulage von 67 DM; Angestellte der Vergütungsgruppen ab Vb bis II, bzw. ab Kr.VII erhalten 100 DM. Die diesbezüglichen Tarifverträge waren erstmals zum 31.12. 1985 kündbar. Sie können jetzt mit der Frist von einem Monat zum Monatsende gekündigt werden. Ein Problem für eine einheitliche Tarifbewegung wird sein, daß diese Tarifverträge nicht gelten für den Bereich der „Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg e.V.“ und auch bei der Beamtenbesoldung keine entsprechende Zulage existiert.

Vermögenswirksame Leistungen erhalten alle Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes monatlich in Höhe von 13 DM. Nur wenn die Gesamtvergütung nicht 1900 DM erreicht, erhält man 26 DM. Auch der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats gekündigt werden.

Urlaubsgeld Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten jährlich ein Urlaubsgeld in Höhe von 300 DM. Für die unteren Vergütungs- und Besoldungsgruppen erhöht sich das Urlaubsgeld auf 450 DM. Die Auszahlung des Ur-

laubsgeldes ist allerdings an die Voraussetzung geknüpft, daß der Anspruchsberechtigte am 1. Juli im Arbeitsverhältnis steht und seit dem 1. Juli des Vorjahres ununterbrochen im öffentlichen Dienst beschäftigt war. Das bedeutet, daß durch die Anspruchsvoraussetzung für das Urlaubsgeld die Spaltung zwischen Stammebelegschaft und unstet Beschäftigten vertieft wird. Der Tarifvertrag zum Urlaubsgeld kann ebenfalls mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats gekündigt werden. Wird das Urlaubsgeld erneut verhandelt, so muß von Anfang an die Aufhebung der Spaltung zwischen Stammebelegschaft und unstet Beschäftigten unverzichtbarer Bestandteil der Tarifforderung sein.

13. Monatsgehalt Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten jährlich ein 13. Monatsgehalt. Die Tarifverträge hierüber sind seit 1977 kündbar und sind zum 30. Juni eines jeden Jahres kündbar. Die Anspruchsvoraussetzungen für das 13. Monatsgehalt spalten ähnlich wie beim Urlaubsgeld zwischen Stammebelegschaft und unstet Beschäftigten. Die Aufhebung dieser Spaltung müßte ebenso Gegenstand einer Tarifaufeinanderersetzung um das 13. Monatsgehalt sein.

und mindestens drei, für einen Wahlvorschlag stimmen müssen. Es geht hier vor allem um kleine (Haus-)Gewerkschaften, die eine Chance haben sollen, ihre Kandidaten (i.d.R. höhere Beamte) durchzubringen.

– Der zweite Gesetzentwurf betrifft Teilzeitbeschäftigung für Beamte. Für Beamte gibt es in bezug auf Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung Höchstgrenzen, danach müssen die Beamten auf ganze Stellen zurückkehren. Insbesondere im Lehrerbereich wurde davon viel Gebrauch gemacht. In den nächsten Jahren würden sehr viele zurückkehren müssen. Da zudem ein halbtags oder zu zwei Dritteln beschäftigter Lehrer im Verhältnis zur Bezahlung viel mehr leistet, hat der Dienstherr natürlich an der Verlängerung der Teilzeit Interesse. Sich familienfreundlich gebend heißt es: „Ziel der vorgesehenen Maßnahmen ist es daher, durch eine Flexibilisierung der gegenwärtigen Freistellungsregelungen, insbesondere durch eine Verlängerung der geltenden Fristen, die Beschäftigungsmöglichkeiten auszuweiten und gleichzeitig familienpolitische Anliegen zu berücksichtigen. Dabei ist zu beachten, daß... die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nur weitgehend kostenneutral und unter Wahrung der Struktur des öffentlichen Dienstes erfolgen kann.“ (BT-Drucksache 11/2218 v. 29.4.88) Statt bisher 18 soll Beamten für Teilzeit und Beurlaubung zusammen höchstens 25 Jahre gewährt werden. Diese Maßnahme gilt bis 31.12.93. Danach muß der Dienstherr ein neues Gesetz beschließen. Vielleicht wird dann ja auch der beamtenrechtliche Grundsatz der Hauptberuflichkeit ganz aufgegeben. Sicher dürfte jedoch schon jetzt sein, daß es in bestimmten Bereichen (z.B. bei den Lehrern) künftig keine vollen Stellen mehr geben wird – ähnlich wie jetzt schon im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen, die regelmäßig nur noch mit $\frac{2}{3}$ der vollen Wochenstunden eingestellt werden und nur in Ausnahmefällen eine volle Stelle erhalten. Alle wesentlichen Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst orientieren sich an beamtenrechtlichen Bestimmungen. Die Durchsetzung des „Teilzeitbeamten“ hätte also Auswirkungen auf das normale Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst, das dann vielleicht ein Teilzeitarbeitsverhältnis wird. Zimmermann will sich jedenfalls mit Nachdruck „für den weiteren Ausbau der Flexibilisierung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wie etwa der Teilzeitbeschäftigung“ einsetzen, wie er auf der Jahrestagung des Deutschen

Späths Vorstellungen zur Dienstleistungsgesellschaft

Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Autor des Buches „Wende in die Zukunft“ fordert neue ordnungspolitische Schritte auf dem Weg in die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Die alte Industriegesellschaft kann seiner Meinung nach nicht mehr auf dem Weltmarkt weiter expandieren, sie muß einen Wertewandel vollziehen, hin zur Spitzentechnologie. Der klassische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit löst sich dabei auf, und für den engagierten Bürger, der dann flexibler und selbstbestimmter arbeitet, natürlich ohne „überkommene“ kollektive Arbeits- oder Sozialrechte, entsteht mehr Autonomie. Daraus leitet dann Späth ab: „... Die gestiegene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Bürger muß ihre Entsprechung finden in einer schrittweisen und ordnungspolitisch wohlgedachten Ergänzung von Elementen der Fremdversorgung durch solche der Selbstversorgung.“ (S. 165) Und bei der Überlegung, wie dies vonstatten gehen soll, greift Späth auf die „Ordnungstheorie des Sozialstaates“ (Aufsatz von Phillip Herder-Dornreich) zurück: „Was früher von selber nebenher anfiel, müssen wir heute bewußt organisieren: die Versorgung mit menschlicher Zuwendung. Aber wie macht man das?“ Späth liefert eine Argumentation. „Der marktwirtschaftliche Sozialstaat zeigt unverkennbare Züge des Leviathans (menschenfressendes Ungeheuer, d.V.): Er ordnet zwar, aber es ist die Ordnung des Unersättlichen. Weil sein Finanzbedarf das wirtschaftliche Leistungsvermögen chronisch übersteigt, produziert er entweder neue Schulden oder Wachstumszwänge, die über den aktuellen Konsum hin-

ausgehen ... Eine Gesellschaft, die Versorgung auf Kosten der Vorsorge betreibt, kann kaum den Anspruch erheben, sonderlich zukunftsorientiert zu sein. In ihrer Werthierarchie rangiert das Hier und Jetzt eindeutig vor dem Morgen.“ (S. 160) Deshalb – weg mit einer vergangenheitsorientierten Sozialpolitik –, hin zu einer Sozialethik der Subsidiarität statt der Solidarität, die sich brutal Bahn bricht, wenn der Staat seine Infrastruktur umwandelt: „Bestimmte Leistungen – wie Verkehrswegeerschließung und -unterhaltung, Bau von Schulen, Krankenhäusern und Sportstätten, Post- und Fernmeldewesen – haben eine lange etatistische Tradition und werden von alters her von vielen Menschen in Anspruch genommen. Folglich fallen sie nach landläufiger Meinung unter den Begriff Infrastruktur, und ergo ist es Aufgabe des Staates, sich hierum zu kümmern.“ (S. 191) Diese Rollenverteilung kündigt Späth radikal auf und erklärt als zeitgemäße Infrastruktur: „Sie muß ein Spiegelbild jener Bedürfnisse sein, welche die Menschen in ihrer individuellen Auseinandersetzung mit Umwelt, Gesellschaft und Technik artikulieren, und indem sie diese Befürfnisse befriedigt, leistet sie nicht nur wirtschaftliche Hilfe, sondern ebenso kulturelle und soziale Integration.“ (S. 196) Er verneint jeden kollektiven Anspruch auf Versorgung oder Daseinsvorsorge. Er will variable, differenzierte Leistungsangebote mit Selbstbeteiligung in den Sozialversicherungen, ein konsequent nach Subsidiaritätsprinzipien verfahrenes Fürsorgesystem mit abgestimmter freiwilliger Leistungsstruktur. Und wer zu wenig leistet geht in der visionären „Versöhnungsgesellschaft“ zugrunde. (Quelle: Wende in die Zukunft, Lothar Späth; Rowohlt Verlag)

Beamtenbundes betonte (Innenpolitik Nr. I/1988, S. 11).

Ebenfalls dort hat Zimmermann versichert, daß in Bälde der schon 1985 beschlossene „Strukturbericht zur Entwicklung des öffentlichen Dienstes“ mit ersten umsetzungsreifen Vorschlägen verabschiedet wird. Ist der öffentliche Dienst reif zur Zerschlagung? Einen gewissen Eindruck, was geplant ist, kann man der Rede des Westberliner Innensenators Kewenig (CDU) auf der CeBIT-Messe in Hannover entnehmen: „Der Haushalt der Bundesrepublik wird wesentlich durch die Verwaltungskosten der

Kommunen und der Bundesländer bestimmt. Es liegt in der Verantwortung der Politik, diesen Aufwand zu reduzieren, um dazu beizutragen, daß der Steuerzahler... entlastet oder aber die vorhandenen Ressourcen sinnvoller angewendet werden können. Produktivität und Qualität der Verwaltungsarbeit werden mit Recht immer deutlicher von uns abverlangt... Die Mitarbeiter zu halten und zu entwickeln, wird auf der Basis bestehender Tarife nicht einfach sein, da die Einkommen der Informatiker und Nachrichtentechniker in der öffentlichen Verwaltung doch um einiges nie-

driger sind als in der privaten Wirtschaft...“ Noch deutlicher, zu welchem Zweck der öffentliche Dienst umgewandelt werden soll, spricht Staatssekretär Leistner (NRW) aus: „Die optimale Erbringung administrativer Leistungen wird damit zum Beispiel immer mehr zu einem ökonomischen Faktor für die Wirtschaft. Das reibungslose Zusammenspiel der Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Verwaltung wird immer wichtiger. Leistungsfähige öffentliche Verwaltung wird damit zu einem bedeutenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit... Verwaltungshandeln muß im Verhältnis zur privaten Wirtschaft zu einer bedarfsgerechten Erstellung öffentlicher Güter im Leistungsverbund mit deren Produktion von Sachgütern und Dienstlei-

stungen werden...“ (Hervorh. durch den Verf.).

Daß diese Pläne gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet sind, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn man die Diskussion um die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung mit einer Diskussion um Arbeitsinhalte, Personal- und Leistungsbemessung, Ansprüche und Bedürfnisse der auf die öffentlichen Dienstleistungen Angewiesenen verbinden würde, könnte man eine ideologische Front gegen diese reaktionären Pläne aufbauen, die auch die materiellen Interessen berücksichtigt. Einige Erfahrungen gibt es bereits dazu (z.B. im Erzieher- oder im Bereich der Sozialämter), gute Ansätze für diese Diskussion bietet auch das Antragsmaterial zum Gewerkschaftstag.

Überarbeit, Lohnsenkungen, Teilzeitexplosion im Lehrerbereich – GEW operationsunfähig

In den letzten zehn Jahren konnte die Reaktion weitreichende Angriffe auf die Lohnhöhe, die Lohndifferenzierung und die Arbeitszeitvolumen der großteils beamteten Lehrkräfte durchführen, ohne daß der GEW, soweit sie die Vorhaben nicht mehr oder weniger tolerierte, auch nur in einem wesentlichen Punkte eine Abwehr gelungen wäre.

Bereits 1974 wurde die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst von 42 auf 40 Wochenstunden nicht auf den Lehrerbereich übertragen mit der Begründung, der Lehrermangel lasse dies nicht zu. Die GEW gab mehrere wissenschaftliche Studien in Auftrag (1), die je nach Altersgruppe

und Schulart durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von bis zu 60 Stunden feststellten. Darüberhinaus ergaben diese Studien, daß die Arbeitszeit mit geringerer Wochenstundenverpflichtung (Deputat) relativ steigt: Arbeiteten Befragte mit vollem Deputat im Schnitt der Schularten 46,3 Stunden wöchentlich, so arbeiteten Befragte mit Dreivierteldeputat 39,2 Stunden und solche mit halbem Deputat 29,1 Stunden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß viele, soweit finanziell machbar und abgesehen von der Zwangsteilzeit, das Deputat verkürzten, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, was sich auch darin niederschlägt, daß ein Drittel der

Lehrkräfte angibt, eine Arbeitszeitverkürzung dafür verwenden zu wollen.

Die Teilzeitbeschäftigung nahm in den letzten zehn Jahren sprunghaft zu. So stieg der Anteil der Teilzeiter ($\frac{1}{2}$ - bis $\frac{3}{4}$ -Lehrauftrag) an den allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs von 18,8% im Jahre 1978 auf 34,2% im Jahre 1987. Diese Verhältnisse dürften im Schulbereich repräsentativ sein, wobei die knapp unter einem halben Deputat liegenden rechtlosen Niedrigstlohnverhältnisse von Nebenlehrern statistisch nicht erfaßt werden (DM 800,- netto im Monat).

Was die Lohnsenkungen anbelangt, so setzten die Landesregierungen bei den Lehramtsanwärtern Anfang der 80er Jahre Gehaltskürzungen von bis zu 35% durch; bei der Eingangsbesoldung wurden 1984 die Besoldungsgruppen A9-A10 für drei Jahre und die Besoldungsgruppen A12/13 für vier Jahre um eine Besoldungsgruppe, d.h. um 300–400 DM monatlich gesenkt. Desweiteren wurden in verschiedenen Ländern die neu eingestellten Lehrkräfte gezwungen, die ersten fünf Jahre mit Dreivierteldeputat zu unterrichten.

Das Einreichen von GEW-Petitionen und das Hoffen auf die vergleichsweise „kampfstarke“ ÖTV beeindruckten niemanden. Die von GEW-Funktionären in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit vielfach vorgetragenen Beteuerungen, der Berufsstand habe nun doch wirklich genug Sonderopfer gebracht, fanden bei den Soldgebern kein Gehör.

Bisher legten die Dienstherren noch keinerlei konkrete Vorstellungen zur Arbeitszeitverkürzung im Lehrerbereich vor, außer der hessischen Landesregierung, die nach wie vor die Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst in einem Pilotprojekt nicht auf die Beamten übertragen will. Die GEW (größtenteils auch die Beamtenverbände in diesem Bereich) fordern von der Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst, zu beschließen, einheitlich ab dem Schuljahr 1989 die Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte mit 25 und mehr Deputatsstunden um zwei Wochenstunden zu verkürzen und um eine Stunde für diejenigen unter 25 Stunden Unterrichtsverpflichtung. Dies bedeutete nach GEW-Berechnungen 30000 Neueinstellungen mit vollem Deputat bei beschäftigungswirksamer Umsetzung.

Anmerkungen: (1) u.a. Häbler, Anton Kunz: Qualität der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit in Schule und Hochschule, hrg. IMU-Institut München, 1985, 248 S.



„Zukunft des öffentlichen Dienstes“ Strategiediskussion der ÖTV

Mit einer Sachverständigenanhörung hat die Gewerkschaft ÖTV im Oktober letzten Jahres die Kampagne „Zukunft des öffentlichen Dienstes mitgestalten“ gestartet.

In ihrem Einleitungsreferat bewertete die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Matthies die zurückliegende Politik der ÖTV wie folgt: Die Gewerkschaft ÖTV hat „Ende der sechziger Jahre den kostenorientierten Rationalisierungsmodellen der Arbeitgeber ein Konzept zur ‚qualitätsorientierten Modernisierung des öffentlichen Dienstes‘ entgegengestellt. Die qualitätsorientierte Modernisierung sollte, so Heinz Klunker 1971, zu ‚einer optimalen Synthese zwischen dem ständig wachsenden Anspruch der Allgemeinheit nach mehr und besseren Dienstleistungen und den berechtigten Ansprüchen nach besseren beruflichen und sozialen Regelungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes‘ führen. Kernpunkt dieses Konzepts war die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht...“ (1)

Zwar verweist auch Dr. Wulf-Matthies auf den „Zusammenhang zwischen der Qualität der Arbeitsbedingungen und der Motivation der Beschäftigten einerseits und der Qualität öffentlicher Dienstleistungen andererseits“ (2), dennoch gibt es Anhaltspunkte dafür, daß unter dem Vorwand, Dienstleistungen zu verbessern, Ansprüche der Beschäftigten unter die Räder kommen werden, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird.

So weist der Prof. Hans Brinckmann (Forschungsgruppe Verwaltungsautomation, Gesamthochschule Kassel) bei der Sachverständigenanhörung bereits darauf hin: „Es gibt aber auch Interessengegensätze, die Frage der Öffnungszeiten ist dafür ein gutes Beispiel“ (3). Jetzt wird von der Antragskommission dem ÖTV-Gewerkschaftstag ein Antrag zur Annahme empfohlen, der sich in der Begründung gegen den Dienstleistungsabend richtet, gleichzeitig aber eine weitgehende Flexibilisierung der Dienstzeiten befürwortet: „Die ÖTV befürwortet einen verbesserten Bürgerservice. In einigen Bereichen kann es dazu führen, daß die z.Z. festgelegten Öffnungs- und Dienstzeiten öffentlicher Einrichtungen verändert bzw. erweitert werden müssen... Erweiterte Öffnungszeiten dürfen nicht über 18.30 Uhr hinausgehen. Zusätzliche Bürgerserviceleistungen dürfen nicht zu einer Ausweitung von Samstags-

und Sonntagsarbeit führen... Bei veränderten Dienstzeiten sollten zunächst nur diejenigen berücksichtigt werden, die freiwillig hierzu bereit sind.“ (4)

Im Antrag 180 des Hauptvorstandes „Zukunft des öffentlichen Dienstes“ an den ÖTV-Gewerkschaftstag wird zwar ein ganzer Katalog von Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsorganisation, der Arbeitsinhalte und der Qualifikation aufgestellt, aber ausgerechnet die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht nicht mehr erhoben. Das ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die Forderung nach einheitlichem Personalrecht, die sich in ihrem Kern gegen das reaktionäre Beamtentum richtet, unter Klunker

lidarischen Gesellschaft“. Frau Dr. Wulf-Matthies lehnt in ihrem Referat zurecht „Marktmodelle, die die Privatisierung gewinnträchtiger Leistungen in Verbindung mit einer öffentlichen Minimalversorgung und ehrenamtlicher Tätigkeit anstreben“ (6) ab, ebenso „die Philosophie kleiner Netze mit Selbst- und Laienhilfemodellen, die zum Teil in der alternativen Szene entwickelt wurden“. (7) Richtet sie sich einerseits gegen die Pläne der Reaktion und die Philosophie der Mittelklasse als „Förderung unterschiedlicher Formen der Ausbeutung und Selbstausbeutung“ (8) durchzieht die reformistische Position des neutralen Staates die ganze Konzeption der ÖTV zur „Zukunft des öffentlichen Dienstes“: „Wie muß ein sozial gerechtes Staatswesen aussehen, welche Verantwortung muß der Staat übernehmen, nachdem die Marktkräfte bei



nicht nur als Ausweitung von Mitbestimmungsrechten verstanden, sondern auch als Mittel diskutiert wurde, den hoheitlichen, d.h. den Gewaltcharakter des Staatsapparates, wenn nicht zu überwinden, so doch zurückzudrängen. War es auch eine reformistische Vorstellung, durch ein einheitliches Personalrecht den Gewaltcharakter des Staates ändern zu wollen, ist diese Forderung andererseits unverzichtbar, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen und bessere Voraussetzungen für die Empfänger von Dienstleistungen zu schaffen, ihre Ansprüche gegenüber den Trägern durchzusetzen.

Ohne den Dienstherrn als Gegner für die Beschäftigten und die Träger als Gegner für die Dienstleistungsempfänger zu benennen, propagiert die ÖTV die „Vollendung des Sozialstaates“ (5) und das „Modell einer so-

der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beim Schutz der Umwelt so offenkundig versagt haben?“ (9)

Die ÖTV propagiert die Stärkung öffentlich-rechtlicher Systeme und die Stärkung der Kommunen. Die entscheidenden Fragen, welche Rechte haben die Beschäftigten gegenüber den Dienstherrn, und welche Rechte haben die Leistungsempfänger gegenüber den Trägern der Dienstleistungen, bleiben offen. Das Konzept der ÖTV läuft eher darauf hinaus, die Rechte der Dienstleistungsempfänger gegenüber den Beschäftigten zu stärken, anstatt gegenüber den Trägern.

Quellen: (1) ÖTV Argumente 6/Dezember 87, S.5; (2) a.a.O., S.6; (3) a.a.O., S.23; (4) Antrag 184 an den Gewerkschaftstag 88; (5) ÖTV Argumente S.4; (6) a.a.O., S.6; (7) a.a.O., S.6; (8) a.a.O., S.7; (9) a.a.O., S.6.

- (har, irm, irs, kar, utg, zem)



WEU-Militärpläne

In diesen Tagen führt die Westeuropäische Union (WEU) in Paris ihre Frühjahrsversammlung durch. Unter anderem hat der spanische Verteidigungsminister seinen Besuch angesagt. Er unterstreicht damit den Beitrittsantrag seiner Regierung zur WEU, über den die Versammlung evtl. bereits jetzt entscheiden wird.

Kurz vor Beginn der WEU-Versammlung hatte Bundesverteidigungsminister Scholz den weiteren Verbleib von westdeutschen Kriegsschiffen im Mittelmeer mitgeteilt. Im Herbst letzten Jahres hat die WEU eine „Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen“ beschlossen, im Persischen Golf sind Kriegsschiffe von WEU-Staaten. Welche Militärstrategien wurden auf der Frühjahrstagung in Paris erörtert?

Frankreich: Plattform der PCOF gegen Faschisierung

Im April d.J. veröffentlichte die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF, 1979 gegründet) eine vom Zentralkomitee verabschiedete „Plattform der Einheit und des Kampfes gegen die Faschisierung“. Im einzelnen ruft die PCOF zum Kampf und zur Frontbildung gegen den Abbau von Arbeiterschuttsrechten, gegen Flexibilisierung und Einrichtung ungeschützter Arbeitsverhältnisse, gegen Faschisierung und für die Solidarität und das friedliche Zusammenleben der Völker auf. Dabei wendet sich die PCOF entschieden z.B. gegen den französischen Imperialismus und Kolonialismus, gegen die EG und gegen die Achse Bonn-Paris.



Arbeitsloseninitiativen

Seit 1984 existiert in Hildesheim ein „Arbeitslosentreff“. 1986 beginnt die „Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppe“ die Probleme Arbeitsloser öffentlich darzustellen und stellt Forderungen an Kommune und Staat. Sie gibt eine Zeitschrift heraus, die u.a. für Nulltarif, ausreichendes Arbeitslosengeld, gegen Lohndrückerei durch

nichttarifliche ABM-Stellen eintritt. In einem Interview wird über die Entwicklung der Gruppe, über Konflikte mit staatlichen oder kommunalen Einrichtungen berichtet. Weitere Pläne – auch unter der Perspektive des „2. Bundeskongresses der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut“. Welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen gibt es?

Interview mit der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans

Im Februar 1988 führte die Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans erfolgreich ihren zweiten Kongreß durch. Die Redaktion der Politischen Berichte hatte jetzt die Gelegenheit, ein Interview mit einem Mitglied des Zentralkomitees zu führen, der zugleich ihr verantwortlicher Vertreter im Ausland ist. Der Genosse berichtet über die Grundzüge des neuen Programms und die politischen Ziele der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans, über ihre Einschätzung der Islamischen Republik Irans, über die Lage der arbeitenden Klassen und über ihre Kämpfe unter schwierigsten Bedingungen, über die Zusammenarbeit der Revolutionäre im Iran.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM
Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, 1,20 DM
Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe, 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein / Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen / Bremen
Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Walddparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lotzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kuster.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP.